

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: C. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 6. April 1899.

Expedition: C. 19, Benth-Strasse 3.

Sprachenfrage und Gesetz.

—st— Wien, 30. März.

Man kann nun so ziemlich erkennen, wie der geheime Kriegsplan beschaffen ist, den die Regierung Thun zur Lösung der parlamentarischen Krise ausgeheckt hat. Der Ketter in der Not ist natürlich wieder der § 14 jener merkwürdige Paragraph, auf den sich die österreichische Verfassung nunmehr reducirt. Um den furchtlichen Plan der Herren Thun und Raial auch denen verständlich zu machen, die sich nicht berufsmäßig mit dem ewigen österreichischen Jammern zu beschäftigen haben, muß notgedrungenweise an die Entstehung des gegenwärtigen Sprachenkrieges erinnert werden. Das Ministerium Baden hatte im Jahre 1897 zwei Verordnungen erlassen, durch welche in Böhmen und Mähren bei allen staatlichen Behörden und Gerichten die absolute bis ins letzte Detail minutiös bestimmte Doppelsprachigkeit eingeführt wurde. Nicht nur, daß im ganzen Gebiete beider Länder jeder Staatsbürger in seiner Sprache an die Behörde herantritt — ein Grundsatz, mit dem man im allgemeinen nur einverstanden sein wird — auch die sogenannte innere Amtssprache, die Sprache der Behörden untereinander, wurde durchaus doppelsprachig gestaltet. Die Sprache, die eine Behörde zu gebrauchen hat, richtet sich nach diesen Verordnungen, nicht nach der Sprache, die die Bevölkerung des bestimmten Gebietes spricht, sondern nach der Sprache, in der die betreffende Sache anhängig gemacht worden ist. Nicht die Nationalität der anhängigen Bevölkerung, sondern die Sprache, die ein prozessfähiger Advokat in einer Eingabe zu wählen beliebt, sollte die Marschroute für die Sprache der Behörde, und zwar bis ins letzte Amtsstück hinein bilden und bestimmen. Es liegt auf der Hand, daß diese Verordnungen durchaus nicht „gerecht“ sind und mit dem Principe der Gleichberechtigung, wie wir Socialdemokraten es verstehen, gänzlich unvereinbar sind. Böhmen ist keineswegs ein zweisprachiges Land im dem Sinne, daß die beiden das Land bewohnenden Volksstämme gemischt unter einander wohnen, sondern Deutsche und Tschechen wohnen gelagert auf bestimmten Gebieten; neben einem gemischtsprachigen Gebiete existiert ein rein tschechisches und ein rein deutsches Sprachgebiet, die sprachlich beide gleich zu behandeln weder notwendig noch nützlich erscheint. Welche tief eingreifenden Folgen die Erlassung jener badenischen Ordnungen nach sich gezogen, ist bekannt. Seit dem Tage ihrer Kundmachung befindet sich Oesterreich in einem Zustande leidenschaftlicher Aufregung, aus der die Obstruktion entspringt, die bis heute das Parlament lähmt und eine Krise des gesamten Staatslebens erzeugt hat.

Die Bestrebungen der Deutschen gegen das Prinzip der mechanischen Doppelsprachigkeit mag manches Uebertriebene enthalten; im Kerne ist sie durchaus begründet. Das deutsche Sprachgebiet in Böhmen ist eine Thatsache, und es ist weder vom nationalen noch vom staatlichen Standpunkte aus einzusehen, warum die Deutschen, die dieses geschlossene Sprachgebiet bewohnen, doppelsprachig verwaltet werden sollen. Selbst aus der starren Gleichberechtigungsformel können die Tschechen keine andere Forderung ableiten, als den Schutz für die in das deutsche Gebiet versprengten tschechischen Minoritäten. Diese Forderung unterschreiben die Socialdemokraten nicht nur, sondern sie erheben sie selbst um so dringender, als diese Minoritäten wesentlich Arbeiter sind, die aus dem tschechischen agrarischen Gebiete in das deutsche Industriegebiet gezogen sind und deren Arbeit so vielfach das zu verdanken ist, was man dem Reichtum des deutschen Volkes zu nennem pflegt. Aber mit dem Principe, daß jeder Staatsbürger in Böhmen sein Recht in seiner Muttersprache verlangen darf, hat einleuchtenderweise die innere Amtssprache der Behörden und hat die Forderung nach absoluter Doppelsprachigkeit aller Beamten nichts zu schaffen. Die Forderung ist auch keineswegs national, denn ein zweisprachiges Volk ist ein Konfession; sie ist vielmehr der Ausdruck der staatsrechtlichen Politik der Tschechen, die das komische Schlagwort von der Einheit und Unteilbarkeit des Königreichs Böhmen geboren hat.

Allerdings muß gesagt werden, daß wieder der Zustand vor der Erlassung der badenischen Sprachenverordnungen ein für die Tschechen unwürdiger und unerträglicher war. Nach den bis dahin geltenden Verordnungen aus der Laaffischen Periode stand nämlich die Sache so, daß in ganz Böhmen die innere Amtssprache der Behörden und Gerichte die deutsche war. Die Tschechen sind aber in Böhmen die Mehrheit der Bevölkerung, und es ist klar, daß sich ein so entwickeltes und selbstbewusstes Volk, wie es die Tschechen sind, auf die Dauer in dem Lande nicht zur zweiten Bioline verurtheilen lassen wird, in dem es die Majorität der Bevölkerung bildet. Die Lösung des Problems, wie sie Baden gab, war falsch; aber das Problem selbst brauchte und braucht eine Lösung. Die Lösung liegt aber nicht darin, daß beide Stämme im ganzen Land gleich behandelt werden, sondern darin, daß sie gleichmäßig behandelt werden. Die Rechte, die den Deutschen eingeräumt werden, muß jeder Vernünftige auch den Tschechen zubilligen; und die Tschechen, die die Sprache auf sich zu nehmen haben, müssen auch den Deutschen zugehoben werden. Die Formel stellt sich dann dar: deutsche Verwaltung im deutschen, tschechische Verwaltung im tschechischen, doppelsprachige im gemischten Gebiet. Rügt man diesem Principe noch Bestimmungen zum Schutze der Minoritäten an, so hat man das erreicht, was überhaupt zu erreichen ist: eine Regelung, die die Reibungsflächen zwischen den habenden Nationen soweit als nur möglich einschränkt, der nationalen Ehre beider Volksstämme Rechnung trägt und dem praktischen Bedürfnisse der Bevölkerung am weitesten entgegenkommt.

Es ist nun nicht zu verkennen, daß sich diese Formel, auf die von den Socialdemokraten in ihrer Forderung nach der Autonomie der Völker zum erstmaligen hingewiesen wurde, immer mehr durchzusetzen beginnt und sich zwischen dem Chauvinismus von beiden Seiten als die wahrhaft richtige Mitte erweist. Auch die Regierung Thun hat sich zu diesem Standpunkt bekehrt; den Anfang zur Umkehr bezeichnen schon die Sprachenverordnungen des Finanzministeriums Gautsch, die bereits mit jener mechanischen starren Gleichberechtigungsformel gebrochen hatten, wenn sie auch sonst nur eine schwächliche Halbheit sind. Die Regierung Thun hat auch wiederholt ankündigen lassen, daß sie einen Gesetzentwurf ausgearbeitet hat, der, soweit man den offiziellen Äußerungen Glauben schenken darf, im Geiste der nationalen Autonomie gehalten ist. Was läge nun näher, als daß die Regierung den Reichsrat schleunigst einberufen und im offenen Parlament die Gesetzgebung des Entwurfs mit allen Kräften betreiben würde? Man braucht da an

keine parlamentarischen Listen und Kniffe zu denken, an keine Gewaltthaten, die österreichischen Regierungen immer als das erste Auskunftsmittel einfalten, sondern einfach an die Verteidigung des Entwurfs durch logische Argumente. Ganz Oesterreich sehnt sich nach Beendigung dieses verwerflichen Sprachenkampfes, und wenn eine Regierung nur halbwegs Geist und Mut hätte, diese Friedenssehnsucht gegen die berufsmäßigen Chauvinisten zu verteidigen, so kann sie gar nicht unterliegen. Es giebt auch keinen anderen Weg für einen nationalen Ausgleich, als die Beratung im offenen Parlament. Nur ein Gesetz, das im Parlament geschaffen wird, kann eine gewisse Beruhigung der aufgeregten Gemüter bewirken, weil sich nur ein solches Gesetz als das Ergebnis der wirklichen Kräfte- und Mächterhältnisse im Staat darstellt. Eine Verordnung kann diese Wirkung — und doch nur diese Wirkung sucht man — nie erzielen, denn wenn sich zur alleinigen Spenderin des Rechts die Regierung aufwirft, so bewirkt sie nichts als allgemeine Unzufriedenheit. Wenn sonst eine Regierung das Recht auf ihrer Seite hat, so sucht sie nichts eifriger, als das Parlament auf ihre Seite zu dringen; die Regierung Thun aber will nicht das Parlament besiegen, sondern sie will es um sein Recht betriegen.

Das ist nämlich der dumme Plan des Grafen Thun: Er will seinen Entwurf mit dem § 14 als „Gesetz“ ins Leben setzen und das Parlament vor eine vollendete Thatsache stellen. Der Plan ist so blödsinnig, daß selbst die Regierung zaudert, und deshalb hat in ihrem Namen der niederösterreichische Statthalter vorgeschrien an die deutschen Oppositionsparteien die bewegliche Aufforderung rüsten müssen, sie mögen sich an dem „gemeinsamen Beratungstisch“ zusammensetzen und eine einverständliche Lösung der Sprachenfrage versuchen. Das heißt: Die Regierung möchte, bevor sie einen entscheidenden Schritt thut — die Verordnung entweder herausgiebt oder den Reichsrat einberuft — die Parteien gerne zu einer außerparlamentarischen Konferenz laden, wenn sie nicht zu befürchten hätte, daß ihr die Einladung von den Deutschen ebenso schändliche Zurückweisung wird, wie es bereits zweimal geschehen ist. Wie die Dinge stehen, ist nicht wahrnehmlicher, als daß die Regierung ihren dummen Plan wirklich ausführt, die Verordnung im Frühjahr herausgiebt und abwarten wird, wie der Reichsrat im Herbst die vollendete Thatsache aufnehmen wird. Nichts ist charakteristischer für Oesterreich, als daß mit Ausnahme der Socialdemokraten eigentlich keine Partei die Einderung des Parlaments verlangt. Man ist hier durch die zweijährige Verordnungsverwirrung vollständig korrumpirt worden; keine Partei will etwas thun, für etwas die Verantwortung übernehmen, sondern jede ist froh, wenn sie sich, um ein gutes Wort des Abg. Steinwender zu gebrauchen, auf den Standpunkt der impotenten Kammer zurückziehen kann. Diese servile Willen- und Kraftlosigkeit, mit der hierzulande ebenso wie die Regierung auch alle bürgerlichen Parteien behaftet sind, die ist die wahre Krankheit dieses Oesterreichs.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. April.

Die Berliner Wahl.

Der brave Liberalismus, den die „Vossische Zeitung“ in den gebildeten Familien verbreitet, buhlt angesichts der heran nahenden Reichstags-Erfahrungswahl im zweiten Berliner Wahlkreise immer brünstiger um die Stimmen der Konservativen. Die Jünger und Antisemiten, die Junker und Ruder werden als zärtliche Verwandte angeprochen, die Einigkeit der bürgerlichen Parteien mit Riquelscher Sammelsucht erbittet, die reaktionären Schädlinge jeder wirklich liberalen Kultur losend umvorben. Fehlt nur noch, daß die Liberalen der „Vossin“ als Wahlsparole ausgeben, gleich im ersten Wahlgange für den Konservativen zu stimmen.

Eugen Richter, der nur noch Komödie spielen kann, agiert augenblicklich nicht mehr in der Posse vom „Centrumsieg“, sondern in dem Lügenpiel von den „socialdemokratischen Wahlfälschungen“. Er stellt in Aussicht, daß er die von ihm geforderten Nachweise socialdemokratischer Wahlfälschungen entrollen werde, wenn der Socialdemokrat Fischer gewählt sei. Hofft er, daß aus Nichts vor den Enthüllungen die Arbeiter nun Fischer nicht wählen werden? Mit diesem kindischen Einschüchterungsversuch hat Eugen Richter glücklich die Höhe Ahwards erreicht, mit dessen Jüngern der Freisinn ja ohnehin jetzt Hand in Hand gehen will. In der That ist Richters sociale Anschauung gar nicht weit von der des konservativen Kandidaten entfernt, der in einer Wählerversammlung sein sociales Programm dahin erläuterte, daß mit der Socialreform mit Rücksicht auf das Ausland innegehalten und als Ersatz die Zuchttausbildung gefordert werden müsse.

Der konservative „Reichsbote“ tritt mit einem zum Teil himberbrannten Artikel gegen die veraltete, verdroffene demokratische Populistik und die socialdemokratische Revolutionspolitik und für den alleinseligmachenden konservativen Kandidaten ein.

Die liberalen Liebflosungen werden also mit spröder Abwehr vergolten. Aber das ist nur äußerlich. Ingeheim sind sie doch handelskeins, und Liberalismus und Reaktion finden sich sicher zur gemeinsamen Umsturz-That.

Die Arbeiter aber werden Hoffentlich dafür sorgen, daß der gemeine Schächer um den Prostitutionsfond gebracht wird. Wenn die Socialdemokratie gleich im ersten Wahlgange siegt, dann hat Liberalismus und Reaktion umsonst den letzten Rest ihrer Grundsätze aufgegeben.

Die Freiheit, die er meint.

Herr v. Poddbielski hat kürzlich drei Ober-Postassistenten in Audienz empfangen. Den Anlaß bildete die Veröffentlichung einer Resolution zu Gunsten des Redakteurs des

Organs des Postassistenten-Verbandes, der „Deutschen Postzeitung“, Hubrich. Der Staatssekretär machte nach der „Deutschen Postzeitung“ folgende Eröffnungen:

Das gegenwärtige Verhältnis zwischen Behörde und Verband könne unmöglich weiter bestehen. Der Verband nehme eine Kampfstellung ein, welche viele Mitglieder zur Unbotmäßigkeit zu verleiten geeignet sei. Fortgesetzt vorkommende Einzelfälle liefern den Beweis dazu. Wie es jetzt stehe, bilde der Verband gewisse machen einen Staat im Staate, da er die Interessen einer einzelnen Beamtenklasse vertreten wolle, während seine Mitglieder ebenso als Teile der ganzen Verwaltung sich zu fühlen haben, wie die Angehörigen der anderen Beamtenklassen. Die berechtigten Wünsche suche der Staatssekretär nach Kräften zu erfüllen, den Beweis dafür habe er bereits erbracht. Er vertrete die Interessen der Assistenten ebenso wie die der anderen Beamten und müsse verlangen, daß die ihm unterstellten Beamten in diesem Sinne volles Vertrauen zu ihm haben. Er fordere also, daß in den Satzungen des Verbandes der Punkt betreffend „Vertretung der Interessen des Postassistenten-Verbandes“ abgeändert werde. Die freie Meinungsäußerung im Verbandsorgan wolle er keineswegs verbieten, ebenso wenig eine maßvolle Kritik; er nehme brauchbare Anregungen aus der Verbandszeitung ebenso gerne an wie von anderer Stelle. Keinesfalls aber dürfe die Spitze sich gegen die Verwaltung als solche kehren, die Zugehörigkeit zum Ganzen müsse überall der Grundton der Erörterungen sein. Die Entsetzung des Redakteurs verlange er nicht, dagegen müsse der Vorstand die Verantwortung für alles, was in das Verbandsorgan komme, übernehmen. Für die wirtschaftlichen Bestrebungen des Verbandes habe er volle Sympathie. Ueber das Vergangene wolle er den Schleier ziehen. Er biete endlich die Hand zum Frieden. Se. Majestät wolle zufriedene Beamte und er, der Staatssekretär, sei bestrebt, Zufriedenheit zu schaffen.

Die Anbiederer beifallen sich zu versichern, den Mitgliedern schwebte dieselbe Entwicklungslinie des Verbandes wie dem Staatssekretär vor. Herr v. Poddbielski forderte dann noch, daß möglichst bald ein Verbandstag einberufen werde, auf dem die Sache geregelt werden soll. Auf den Einwand, daß der diesjährige Verbandstag schon auf Mitte Juni angefeht sei, betonte Ministerialdirektor Witko nochmals den Wunsch einer früheren Regelung. In einer Unterredung mit Geh. Rath Dr. Spilling wurden dann die Aenderungen der Satzungen festgestellt. Der Verbandsvorstand hat demgemäß einen außerordentlichen Verbandstag auf den 5., 6. und 7. Mai in Berlin angefeht, auf welchem die Aenderung beraten werden soll, deren Wortlaut und Wesen bisher nicht bekannt geworden ist.

Man darf gespannt sein, ob sich die Postassistenten ihrem Chef löblich unterwerfen werden, und sich mit einer von Poddbielski dosierten Freiheit begnügen werden, die den Beamten statt der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte das „Wohlvollen“ ihres Vorgesetzten gnädigst gewährt.

Deutsches Reich.

Gegen den Mittelkanal spricht sich die „Aölnische Volkszeitung“ aus. Hält die Abweigung des Centrums gegen dieses Kulturwerk vor, so hätte der Regierungsentwurf keine Aussicht auf Annahme. Indessen wenn die angemessenen Kanalgebühren an das Centrum entrichtet werden, dann wird sich die Kieber-Truppe schon die Notwendigkeit des Unternehmens nachweisen lassen.

Die echten Bismarckmemoiren, die wir Moriz Busch verdanken, sind vor Oestern in deutscher Sprache veröffentlicht worden. Die „Deutsche Tageszeitung“ empfiehlt einerseits die Zerstörung des Totschweigens dieser unliebsamen Legendenzerstörung gegenüber, andererseits rät sie dem „Vorwärts“, den Vertrieb des Buches zu übernehmen. Die „D. Z.“ muß sehr sicher sein, daß wir ihren Rat nicht befolgen, sonst würde sie nicht das Mittel vorschlagen, das geeignet ist, den Dokumenten vom „nackten Bismarck“ die größtmögliche Verbreitung zu sichern.

Graf Mirbach erlät in der „Konservativen Korrespondenz“ eine Erklärung, in der er sich unter Berufung auf seine jüngste Herrenausrede und ein Bismarcksches Citat für die Einführung des öffentlichen Reichstags-Wahlrechts ausdrückt. — Die Konservativen haben sonst eine große Scheu vor der Öffentlichkeit; auf allen anderen Gebieten finden sie durchaus nicht, daß die Heimmlichkeit mit den „besten Eigenschaften des germanischen Volkes in Widerspruch“ stehe. Mügen sie also erst einmal das Prinzip der Öffentlichkeit in ganzem Staatsleben durchführen, ehe sie den Umsturz des Wahlrechts aus moralischen Erwägungen predigen.

Gemahregelt. Der katholische Pfarrer Richen in Biersen ist wegen einer am 19. Februar gehaltenen Rede, in der er gegen die Errichtung einer Bismarck-Säule in Biersen heftig protestierte, seines Amtes als Ortschulinspektor entbunden worden. Um einer Legendenbildung vorzubeugen, stellt die „Aöln. Zg.“ fest, 1. daß der Centrums-Abgeordnete Dr. Lieber in einem Schreiben vom 1. März ausdrücklich erklärte, auf ihn könne sich niemand berufen, um katholischen Biersens, die eine Beteiligung an der Errichtung einer Bismarck-Säule ablehnen, ins Unrecht zu setzen; 2. daß der Centrums-Abgeordnete Koeren dem Pfarrer Richen in einem Schreiben vom 27. Februar ausdrücklich die vollste und freudigste Zustimmung aussprach; wie ein Centrumsmitglied eine andere Stellung einnehmen könnte, sei ihm unverständlich; 3. daß der katholische Oberpfarrer Stroug die D r u c k e r u g der Richenschen Schmähe anordnete und sie von Hans zu Hans verteilte ließ.

Das Centrum wird nun wohl nicht unterlassen können, sich mit dem Gemahregelten solidarisch zu erklären. Wenn Bismarck sich erlaubt hat, katholische Bischöfe „Hundsötte“ zu schimpfen, so wird man einem katholischen Geistlichen nicht verübeln, daß er seine Kritik über die Persönlichkeit Bismarcks nicht sehr glimpflich äußert.

Daß aber der Staat den Bismarck-Diendienst durch seine Organe zwanngsweise vor Störungen behütet, ist eine Nachahmung des durch die Inquisition geschützten Heiligenkultus.

Die Insertions-Gebühr

bedrät für die sechsgepaltenen Kolonellen oder deren Raum 40 Flg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Flg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“.

Weibliche Fabrikinspektoren. Der Bund deutscher Frauenvereine hatte beim Minister für Handel und Gewerbe beantragt, den von ihm veranlasseten Kurien zur Ausbildung weiblicher Gewerbe-Aufsichtsbeamten einen Gewerbe-Aufsichtsbeamten als Dozenten zur Verfügung zu stellen. Darauf hat der Minister geantwortet, er könne dem Wunsche schon mit Rücksicht darauf nicht entsprechen, daß die für eine solche Aufgabe in Betracht kommenden Beamten durch ihre Dienstgeschäfte voll in Anspruch genommen seien. Ueberhaupt sei die Einstellung weiblicher Hilfskräfte in den Gewerbe-Aufsichtsdienst wegen des Mangels an Mitteln vor dem 1. April 1900 nicht möglich. Eintretendenfalls sollen besondere Anreize für die weiblichen Aufsichtsbeamten eingeführt oder diese zu den schon abfährlich in Berlin stattfindenden, vom Minister eingerichteten Instruktionstagen für männliche Aufsichtsbeamte zugelassen werden.

Eine neue Verordnung, welche allgemeine Bestimmungen für das Verhalten der **Stützpolizeibeamten** in Aussicht stellt, ist nach der „Westfälischen Zeitung“ vom Minister erlassen worden. Besonders sollen die Beamten, wenn eine weibliche Person von einer Privatperson eines Stützpolizeibereichs besichtigt wird, sich darauf beschränken, die Personalien der Besichtigten, sowie des Anzeigenden festzustellen. Dabei ist jede angedeutete Legitimation ungeachtet an Ort und Stelle selbst entgegenzunehmen und zu prüfen. Wenn es thunlich und geboten ist, hat der Beamte die nötigen Feststellungen auch in der Wohnung der „Frauensperson“, sofern diese im Polizeibezirk liegt, vorzunehmen und zu diesem Zwecke die „Frauensperson“ nach der Wohnung zu begleiten. Nur wenn sich auf diese Weise oder sonst in sonstiger, jedoch den Zweck sicherer Art die Feststellung der Personalien der „Frauensperson“ nicht erreichen läßt oder wenn aus anderen Gründen eine vorläufige Festhaltung derselben unbedingt geboten erscheint, ist sie in möglichst schonender Weise der nächsten Revier- oder sonstigen Polizeiwache zuzuführen, und dort sofort — auch zur Nachtzeit — der Reviervorsteher oder sonstige Vorsteher der Polizeiwache oder, wenn dieser abwesend und nicht alsbald zu rufen sein sollte, sein Vertreter zu benachrichtigen, welcher das weitere Erfordernisse zu veranlassen hat. Auch in diesem Falle darf eine nicht unter sittenpolizeilicher Kontrolle stehende „Frauensperson“, sofern sie von einer Privatperson denunziert ist, nicht in Gewahrsam gehalten werden, sondern ist nach Aufnahme einer Verhandlung sofort wieder zu entlassen. Falls der Anzeigende sich nicht zu legitimieren vermag, ist er gleichfalls zum Erscheinen auf der Revier- oder sonstigen Polizeiwache behufs der Feststellung seiner Personalien aufzufordern.

Stellung zum deutschen Fleischbeschau-Gesetz werden die deutschen Bauernvereinigungen nehmen, die auf Einladung des deutschen Fleischerverbandes gestern, den 5. April, in Frankfurt a. M. zu Beratungen zusammengetreten sind. Den Verhandlungen wird folgende Eingabe an den Reichstag zu Grunde gelegt werden, die bereits von der größeren Zahl der deutschen Bauernvereinigungen unterzeichnet ist: „Die Reichsregierung hat eine Reichs-Fleischbeschau-Vorschrift erlassen, die nach dem allgemeinen Urtheil der landwirthschaftlichen Landwirthe und Fleischer den Interessen der heimischen Produktion und der heimischen Konsumtion in keiner Weise gerecht wird, vielmehr von diesen schwere Opfer verlangt, dem Auslande aber erhebliche Vorteile einräumt. Die Unterzeichneten richten daher an den hohen Reichstag das ergebene Ersuchen, dem Gesetzentwurf nur dann seine Zustimmung erteilen zu wollen, wenn nachstehende Forderungen berücksichtigt werden: 1. Die Bestimmungen des Bundesrats sind zu beschränken auf den Erlass von Vorschriften, welche zur Durchführung des Gesetzes erforderlich sind. Keinesfalls dürfe ihm Vollmachten gegeben werden, durch die er befugt wird, dem Umfang der Fleischbeschau zu erweitern oder zu verengen und die Zulassung fremder Fleischwaren und fremden Viehes zu erleichtern oder zu erschweren. 2. Ausländische Fleischwaren sind nur zur Einfuhr in das Reichsgebiet zuzulassen, wenn es gelingt, sie einer mindestens gleichwertigen Untersuchung zu unterwerfen, wie sie gegenüber den heimischen Produkten der Landwirthschaft und der Fleischerei vorgeschrieben ist. Die Art und die Kosten solcher Untersuchung sind im Gesetz festzulegen. 3. Soweit durch einen etwaigen Ausfall der fremdländischen Fleisch- und Fettwaren der Bedarf des deutschen Volkes seitens der heimischen Landwirthschaft nicht gedeckt wird, ist lebendes ausländisches Vieh unter solchen Bedingungen zuzulassen, die eine Verseuchung der heimischen Viehbestände ausschließen und, soweit es Schlachtvieh ist, derselben doppelten Kontrolle zu unterstellen, die für deutsches Schlachtvieh vorgeschrieben ist. — Die Bedingungen, unter welchen ausländisches lebendes Vieh zur deutschen Fleischbeschau zugelassen wird, sowie die Vorschriften, welche gleichzeitig eine Seuchenübertragung auf heimische Viehbestände ausschließen, müssen im Gesetz selbst festgelegt werden. 4. Schlachtungen, die ausschließlich für den eigenen oder der Familie Bedarf vorgenommen werden, sind von der Fleischbeschau befreit. Geeignete Garantien gegen Mißbrauch dieser Bestimmungen sind im Gesetz vorzusehen. 5. Die Fleischbeschau wird von dazu ausgebildeten und vereidigten Laien ausgeführt, dergestalt, daß einwandfreies Fleisch von ihnen freigegeben wird, während bei Beanstandung und Konsultation auf Verlangen des Eigners der vorgelegte Tierarzt des Bezirkes hinzuzuziehen ist. (Folgen Unterschriften.)“

Die Gefangenen gegen Unfall zu versichern, ist eine seit langem erhobene Forderung. Jetzt hat nun der Justizminister durch eine allgemeine Verfügung angeordnet, daß den Gefangenen, die während der Haft einen Unfall erleiden, oder den Angehörigen solcher Gefangenen aus Staatsmitteln Unterstützung gewährt werden können. Diese Unterstützungen werden aber vom Justizminister nach seinem Ermessen bewilligt und ein Anspruch auf Entschädigung für Unfallverletzungen steht den Gefangenen oder ihren Angehörigen nicht zu. Da es billig erscheint, auch die Privatunternehmer, in deren Interesse Gefangene beschäftigt werden und von deren Anordnungen die mit den Vertrieben verbundenen Gefahren teilweise abhängen, zur Tragung der entstehenden Kosten heranzuziehen, so hat der Justizminister in Uebereinstimmung mit dem Verfahren, das bei den dem Minister des Innern unterstehenden Strafanstalten besteht, angeordnet, daß den Unternehmern, die Gefangene der gerichtlichen Gefängnisse beschäftigen, bei den Vertragsabschlüssen u. s. w. die Verpflichtung auferlegt wird, einen Beitrag von einem halben Pfennig für den Kopf und jeden auch nur angefangenen Arbeitstag der von ihnen beschäftigten Gefangenen zu entrichten.

Das bedeutet zwar einen kleinen Fortschritt, muß aber doch als eine ganz unzulängliche Maßnahme bezeichnet werden. Es sollte nicht in das Ermessen des Ministers gestellt sein, Unterstützungen gewähren zu können. Die Herren Industriellen und die Agrarier beuten die Gefangenen gerade genug aus, zieht man sie wenigstens zu den Beiträgen heran, die sie sonst auch für die freien Arbeiter zu leisten haben.

Ueber die Beschäftigung russischer, polnischer und gallischer Arbeiter hat der Regierungspräsident von Schleswig neue Bestimmungen erlassen. Sie beziehen sich nur auf Arbeiter, nicht aber auch auf andere Personen, z. B. auf kaufmännische Gehilfen etc. Diese können in inländischen Betrieben beschäftigt werden, ohne daß es hierzu einer Genehmigung der Behörden bedarf. Die Beschäftigung polnischer Arbeiter in industriellen Betrieben, sofern letztere nicht zu den landwirthschaftlichen Nebenbetrieben gehören, ist gänzlich untersagt. Die ausländischen Polen haben spätestens am 1. December d. J. das Inland zu verlassen. Zur Sicherung der Mäthe der fremden Arbeiter endlich ist die Erlaubnis zu ihrer Beschäftigung regelmäßig von der Bedingung abhängig zu machen, daß die Arbeitgeber sich zu den Kosten der eventuellen Heimführung der Arbeiter verpflichten. — Wie reimt sich dieser Standpunkt zusammen mit den Bestrebungen der Regierung, die Zufuhr ausländischer Arbeiter nach den Gesetzen der Junter möglichst zu erleichtern? —

Der Bombenschwindel löst sich auf in eine elende Polizeimache. Die Anklagelammer von Ancona erklärte, wie wir

bereits kurz mittheilten, daß ein Anschlag gegen das Leben des Kaisers Wilhelm ausgefallen sei. Dagegen wurde eine Anklage wegen Vorspiegelung falscher Thatfachen gegen Mario Bazzani erhoben, weil er eine Bombe im Kaffeehaus Parini übergeben haben soll, um den Schein eines Attentats zu erwecken. Bazzani wird sich vor dem Schwurgericht von Ancona zu verantworten haben. Ferner hat die Anklagelammer dreizehn der in Alexandria verhafteten Anarchisten zur Beurteilung dem Konsulargericht von Egypten überwiesen wegen Beteiligung an einem verbrecherischen Anschlag.

Die gebildete Stimmung und die Besorgnis, die nach den Erzählungen des Herrn v. Mikbach unter den Ausführlern nach Jerusalem infolge der Nachrichten aus Alexandria vorgeherrschet hat, war also unnützlich, sie war hervorgehoben durch raffinierte Polizeispiegel.

Schärfere Ueberwachung der Margarinfabrikation ordnet das bayrische Ministerium an. Es hätten sich Mißbräuche herausgestellt, die eine strenge und fortlaufende Ueberwachung der Margarinfabrikation notwendig machen. — Die Agrarier, die mit dem Gesetz einen Reifall erlitten haben, werden immer neue „Mißbräuche“ erfinden und immer neue Enttäuschungen erleben. —

Und Hessen, 1. April. (Fig. Ber.) Das heftige Ausführungsgezet zum Bürgerlichen Gesetzbuch ist jetzt im Ausnahmefertigstellung und wird Ende d. Mts. in der Zweiten Kammer zur Verortung kommen. Von sozialdemokratischer Seite sind dazu eine Reihe von Abänderungsanträgen gestellt, die zum Teil auch vom Centrum und von den Freisinnigen unterstützt werden. Sie beziehen sich auf die Erweiterung der Haftbarkeit des Staates für seine Beamten, die Rechte der Mutter hinsichtlich der religiösen Erziehung der Kinder, die Aufhebung der Fideikommiss resp. Vererbung von Neubegründungen, sowie auf die Abänderung der **Gesindeordnung** im Sinne der Reichs-Gewerbeordnung. In letzterer Beziehung ist Aussicht vorhanden, das Recht der Dienstherrschaft, Zeugnisse über Führung und Leistungen im Dienstbuch einzuschreiben, in Wegfall zu bringen, da die Mehrheit des Ausschusses sich für diese Anpassung an die Gewerbeordnung ausgesprochen hat. Unsere weiteren Anträge gehen auf kürzere Bemessung der Vertragszeiten, Kündigungsfristen und Lohnsälligkeitstermine. —

Und Hessen, 3. April. (Fig. Bericht.) Die Zweite Kammer ist auf Dienstag, den 18. April, einberufen. In Sachen der **Steuerreform** hat die Regierung den Ständen noch nach Fertigstellung des Ausschussberichts eine letzte Erklärung zugehen lassen, in der sie an dem heftigstrittenen Weinsteuervertrag, gegen das ca. 200 Petitionen von Gemeinden, Körperschaften und Interessenten vorliegen, festhält. Ohne Weinstener werde die ganze Steuerreform hinfällig, da keiner der gemachten Ertragsvorschlüge (Erhöhung der Progression der Einkommensteuer auf 5 Proz.; höhere Sätze für die Vermögenssteuer; Verschärfung der Erbschaftsteuer) annehmbar sei. — Danach wird es zu einem erbitterten Kampf in der Kammer kommen. Das Zustandekommen der Reform scheint sehr fraglich. —

Die Korruption des politischen Systems in Ost-Lothringen wird in eine äußerst charakteristische Beleuchtung gerückt durch eine Reihe von „Enttüllungen“, die wir einem von der Regierungskrippe weggedrängten Geschäftsinhaber, dem ehemaligen Drucker und Verleger des „Ersteiner Kreisblattes“, Herrn Görzen, zu verdanken haben. Dieser hatte i. J. in einem von dem früheren Kreisdirektor von Erstein, **Peucer**, gegen den liberalen „Eisener“ angestrengten Preßbeleidigungs-Prozess eidlich behauptet, daß Herr Peucer bei der Reichstagswahl 1898 im Wahlkreise Erstein-Polsheim erlaubte Wahlzettel bei ihm drucken und dieselben in den Industrie-Orten des Bezirks ausgeben ließ, um auf diesem Wege die sozialistischen Wähler der letzteren feststellen zu können. Diese eidliche Behauptung der Wahrheit konnte man dem Kreisblattdrucker nicht verzeihen; Herr Peucer strengte sogar eine Weineidklage gegen ihn an, wurde mit derselben jedoch von der Staatsanwaltschaft abgewiesen. Die Reichstagswahl von 1898 hat nun den erwünschten Anlaß zur Freisetzung des unheimlichen Wärrwiffers. Herr Görzen erzählt darüber das Folgende: Mit dem 1. April a. J. wurde der Regierungsrat **Vaumbach** als Kreisdirektor nach Erstein versetzt, nachdem der schwer kompromittierte Herr Peucer inzwischen zum Regierungsrat beim Bezirkspräsidium in Colmar befördert worden war. Mein Verhältnis zu ihm war anfangs ein leidliches; doch mit der Reichstagswahl wurde manches anders im Kreise Erstein. Ich wollte zu Beginn der Wahlbewegung einen kurzen sachlichen Bericht über eine vom liberalen Bewerber, **Pfarrer Delfor**, in Erstein gehaltene Wahlrede bringen; die Aufnahme dieses Berichtes wurde mir jedoch vom Kreisdirektor **Vaumbach** verboten. Nicht genug damit, besam ich auch noch Vorwürfe, weil ich es „gewagt“ hatte, anzutragen, ob ich das mir zugeordnete Wahlprogramm Delfor's im Kreisblatt aufnehmen könne. Ich schiene die „Pflichten“ eines Verlegers des „amtlichen“ Kreisblattes nicht zu kennen, da ich glaubte, solche Artikel aufnehmen zu dürfen. — Herr Görzen erklärte sich bereit, etwaige mißliebige Sätze in dem Artikel zu streichen, fand aber auch jetzt noch kein geneigtes Ohr. Er deutete sich völlig und verzichtete sowohl auf die Veröffentlichung des Delfor'schen Wahlauftrages als auch des Berichtes über die Wahlversammlung. Das genügte dem Herrn Kreisdirektor aber immer noch nicht. Wenige Tage nach der Wahl, die dem liberalen Bewerber mit starker Mehrheit den Sieg gebracht hatte, ließ der Kreisdirektor „seinen“ Drucker zu sich beiseiden, um ihm zu eröffnen, daß der amtliche Teil zum Kreisblatt auf den 1. Januar 1899 gekündigt werde. Als Grund gab der Kreisgewaltige an, Görzen habe seine Pflichten als Verleger des amtlichen Blattes verletzt, hauptsächlich dadurch, daß er mit dem letzteren ein Wahlflugblatt des Kandidaten Delfor verbreitet habe; das habe „dem Hof den Boden ausgeschlagen“. Es sei seine (des Kreisdirektors) Pflicht gewesen, diese Angehörigkeit zur Kenntnis der Regierung zu bringen, die darauf die Kündigung verfügt habe. Herr Görzen protestierte gegen eine derartige Beschuldigung und berief sich hierbei auf das Zeugnis seines Druckerpersonals, auf die Leiter und Empfänger des Kreisblattes. Umsonst: es blieb bei seiner Mahnung, und der Kreisdirektor beschränkte sich darauf, zu antworten, es seien einige Herren zu ihm gekommen, die ihm die Zeitung mit dem darin liegenden Flugblatt gezeigt hätten; die Namen der Herren nenne er nicht. Herr Görzen beschwerte sich beim Ministerium und beim Statthalter. — Umsonst. Damit waren die Beschwerdemittel des Herrn Görzen erschöpft, und er wählte nun denjenigen Ausweg, zu dessen Vermeidung vor ihm schon so mancher in ähnlicher Lage sich gezwungen sah: er richtete sich aus dem Dunkel der bürokratischen Amtsstuben in das helle Licht der Oeffentlichkeit. Die Motive, welche ihn zu diesem Vorgehen veranlaßt haben, können hier sichtlich ununtersucht bleiben. Es genügt uns, an der Hand der „Enttüllungen“ eines in die Geheimnisse der reichsständischen Verwaltungsmaschinerie Eingeweihten wieder einmal die Unhaltbarkeit des herrschenden Regierungssystems im Lande der „wiedergeborenen Brüder“ aufgezeigt zu haben. —

Das Kolonialfieber, eine Krankheit, von welcher der Tropenkolle nur eine Abart ist, hat der deutschen Regierung in Samoa arge Verlegenheiten bereitet. Daß der deutsche Kommissar die Großmachtserkennung der deutschen Patriotenpresse ernst genommen und geglaubt hat, unter den Schiffslanonen der Engländer und Amerikaner ebenso „schneidig“ handeln zu können, wie ein „schneidiger“ Polizeikommissar auf dem Berliner Gendarmenmarkt, das geht aus allen — englischen, französischen und deutschen, sogar seinen eigenen Berichten hervor.

Herr v. Bülow, der sich bis jetzt im ganzen ziemlich vernünftig geäußert hat, weiß, daß dieser Großwahn wenig Berechtigung hat, und daß Deutschland unter keinen Umständen es auf einen Konflikt mit England oder Amerika darf ankommen lassen. Er hat eine gemeinsame Kommission vorgeschlagen, welche diese Angelegenheit regeln und das Verhältnis der drei Großmächte (Deutschland, England und Vereinigte Staaten) auf eine dauernde Grundlage stellen soll. Er hat ferner im Voraus erklärt, daß Deutsch-

land jedes inkorrekte Handeln deutscher Beamten desabouiren werde, und natürlich das Gleiche auch von den anderen Mächten erwarte. Inzwischen ist Herr Kassel, der deutsche Kommissar, bereits abberufen worden und sein Nachfolger schon unterwegs.

Von der amerikanischen Regierung, die in der Person des Admirals Kautz auch ein Opfer des Kolonialfollers zu beklagen hat, sind die deutschen Vorschläge sofort angenommen worden. Ob auch von England — das steht noch nicht fest. Die Nachrichten widersprechen sich da; nach den neuesten hätte England seine Zustimmung gegeben. Jedenfalls erscheint es unbenutzbar, daß irgend eine der drei Mächte die auf Samoa verübten Exzesse billigen und sich weigern kann, eine glückliche Verständigung zu suchen.

Wir haben die vernünftige Haltung des Herrn v. Bülow ausdrücklich anerkannt.

Vernünftig sein ist aber nicht immer leicht. Herr v. Bülow wird von unseren schreibenden Patriotenblättern angerechnet und verhöhnt, weil er vernünftig ist. Sie erinnern an das alte Wort der Wienerfronde gegen Caprivi:

„Wir weichen zurück von Ort zu Ort, Der alte Respekt ist eben fort.“

Der Respekt, der angeblich unter Bismard bestanden haben soll. Aber hat er denn bestanden?

Wir möchten doch, daß Wort Samoa sei in diesen Tagen nicht zum ersten Mal von uns gehört worden. War es etwa nicht Bismard, der seine ersten Kolonialexperimente Anfang der achtziger Jahre auf Samoa machte und durch seine Unkenntnis der welt-politischen Machtverhältnisse es dazu brachte, daß im Jahre 1888 und 1889 die Deutschen dort schwere Schläppen erlitten, ja eine schwere militärische Niederlage. Alles durch den damaligen Konsul hieß **Knappe**, während der heutige Kommissar **Kassel** heißt. Wohlan, was hat Bismard? Er berief den **Knappe** ab, gerade wie Herr v. Bülow den **Kassel** abberufen hat und den **Rose** abberufen will. Dem Fürst Bismard wußte sehr wohl, daß Deutschland außer Stande ist, in jenen Gegenden mit Gewalt vorzugehen. Gerade wie Herr v. Bülow das jetzt weiß. Oder wollen unsere himmelstürmenden Patrioten, daß das deutsche Kriegsschiff vor Apia von den Engländern und Amerikanern in Grund geschossen wird, ohne die leiseste Möglichkeit erfolgreicher Kampfes? Hoffentlich lernt Herr von Bülow aus dem jüngsten Skandal, daß der Kolonialfoller eine sehr gefährliche Krankheit ist, die sich gründlich nur dadurch heilen läßt, daß man die ganze Kolonialpolitik aufgibt, die uns bis jetzt nur Demütigungen gebracht hat. —

Wechsel des deutschen Gesandten in Peking. Gerade im gegenwärtigen Augenblick, in dem Deutschland mit China in kriegerische Differenzen verwickelt ist, findet ein Wechsel des Pekingdeutschen Gesandten statt. Zum Nachfolger des Freiherrn v. Heyling, der infolge eines schweren Halsleidens einen einjährigen Urlaub antritt, ist der bisherige kaiserliche Gesandte in Mexiko, Freiherr v. Ketteler ernannt. Derselbe soll seinen Dienst so rasch wie möglich antreten. Herr v. Ketteler hat der deutschen Gesandtschaft in Peking von 1873 bis 1884 im Dolmetscherdienste und von 1884 bis 1890 als Legationssekretär angehört. —

Ausland.
Russische Censur-Oberhoheit.
Ein seltsames Zeitungs-Kreuzband ist uns zugestellt worden. Die Adresse auf ihm lautet: „Suisse. Bern (weiter folgt der Name und die nähere Adresse eines bulgarischen Studenten, welcher in Bern studiert).“ Auf dem Kreuzband ist eine bulgarische Briefmarke aufgeklebt, auf welche der Poststempel des Aufgabesortes „Sophia“ aufgedrückt ist, auf der Rückseite sehen wir den Stempel des Anfuhrortes „Bern“. Außer diesen erblicken wir aber auf demselben Kreuzband noch einen Poststempel, welcher darauf gar nicht gehört, nämlich den Poststempel — der Stadt Warschau. Und außer diesem noch einen anderen russischen Stempel, welcher lautet: „Das Warschauer Censurkomitee 9. II. 1899.“

Wie uns mitgeteilt wird, erhält der betreffende Student bis auf den heutigen Tag seine Zeitungen aus Sophia mit dem Stempel des Warschauer Censurkomitees versehen. Russland liegt nicht auf dem Wege von Bulgarien nach der Schweiz und was gehen überhaupt die Postsendungen aus Sophia nach Bern das Warschauer Censurkomitee an?

Hat vielleicht die bulgarische Regierung an dem Schalten und Walten der russischen Censur in Russland und neuerdings in Finland ein so großes Wohlgefallen gefunden, daß sie vorläufig wenigstens die fürs Ausland bestimmten Drucksachen von einem russischen Censur durchsehen läßt? Bulgarien unter russischer Censur-Oberhoheit — auch ein Beitrag zur russischen Weltherrschaft. —

Belgien.
Ueber den Verlauf des internationalen Meeting in Brüssel am 2. Oftertag wird uns noch geschrieben: **Vanderveelde**, der den Vorsitz führte, giebt bekannt, daß Ende Mai in Brüssel nochmals ein großes internationales Meeting abgehalten werden würde, auf dem u. a. auch Hyndman, Debel und Wiedrecht vertreten sein würden. Außer Frankreich waren Russland, Italien und England vertreten.

Dejante, Deputirter von Paris, betont in seiner Ansprache, daß nur der Sozialismus den Weltfrieden realisiren könne. Außer ihm sprachen noch die französischen Genossen **Caill**, **Guillemain**, **Gorant**, **Richard**, der Chef-Redakteur der „Petite Republique“. **Walow** spricht im Namen der Bulgaren, **Thorogod** als Abgeandter der Londoner Fabier-Gesellschaft.

Zaureb: Guer Nation du Peuple wird dereinst das National-Palais des belgischen Volkes sein. Materiell und intellektuell wird sich das Proletariat die Welt erobern. Die Reaktion kann uns in unserem Siegeszuge wohl aufhalten, aber den endlichen Sieg nicht verzetteln. — Nachdem die Versammlung eine Protestresolution zu Gunsten der italienischen Securiteiten angenommen, wurde sie geschlossen.

Am Morgen des zweiten Oftertodes hatten die Delegirten einen Rundgang durch die Geschäftshäuser und die Betriebswerkstätten der Genossenschaft gemacht. —

Frankreich.
Paris, 5. April. Der „Figaro“ schließt heute die Veröffentlichung der Zeugenaussagen des Generals **Rogel** mit dem Bericht über dessen Vernehmung vor der Kriminalkammer am 23. und 24. November ab, der über 13 Spalten des Blattes füllt. Aus denselben heben wir hervor: Rogel sagt, das Vordercorps lömte nur von einem Offizier des Generalstabs herrühren, der praktischer Artillerie-Offizier war; von Henry dürfte es nicht herrühren. Rogel verbreitet sich sodann ausführlich über die technischen Punkte, die seine Aussage unterstützen. Er stellt in Abrede, daß Eierkatz sich ein Exemplar der Schießvorschrift des Hauptmanns **Dagancet** verschafft habe. Abdam legt Rogel dar, welche Abteilungen des Generalstabes besonderes Interesse für die einzelnen in dem Vordercorps erwähnten Stücke haben. Das Schriftstück betreffend die hydraulische Rückstoßbremse betreffe nicht die Bremse von 1893, sondern von 1894. Diese Bremse sowie das zugehörige Geschütz seien der Hälfte der Artillerie-Offiziere unbekannt gewesen und erst recht den Offizieren der übrigen Truppengattungen. Rogel geht alsdann auf die Einzelheiten der Herstellung dieser Geschütze ein und berichtet, wie die verchiedenen Regimenter von 1893 bis 1897 mit denselben ausgestattet wurden. Während der Herstellung derselben in Bourges hätten nur die Offiziere, die sich in Bourges befanden, Kenntnis von dem Geheimnis haben können. Zeuge glaubt nicht, daß ein Infanterie-Offizier sich das Modell hätte verschaffen können, selbst wenn er in Bourges gewesen wäre; im Gegentheil ist

Partei-Nachrichten.

er davon überzeugt, daß Drehfuß, der in Bezug auf die Reuerungen sehr wichtig war, sich Kenntnis von demselben verschafft habe. Drehfuß sei der einzige praktische Artillerie-Offizier gewesen, der sich in Bourges aufgehalten habe. General Roget erklärt im weiteren Verlaufe seiner Zeugenaussage, Esterhazy und Henry hätten sich nicht gekannt und niemals Beziehungen zu einander gehabt, sie wären erst nach dem Prozeß gegen Nola miteinander in Verbindung getreten. Das geheime Schriftstück (Cetto Canallo de D.) habe Esterhazy zweifellos von du Paty de Clam erhalten. Im Generalstab sei man darüber erstaunt gewesen, da man nicht begriffen habe, welchen Zweck du Paty de Clam damit verfolgte. Henry selbst habe gesagt, was wolle Esterhazy mit diesem Schriftstück machen, inwiefern solle es seine Unschuld beweisen? Roget behauptet ferner, er habe Beweise, daß du Paty de Clam auch die falschen Blanche- und Esperanza-Telegramme inspiriert habe. Wenn du Paty de Clam behauptet, daß er auf Befehl der Vorgesetzten gehandelt habe, so sei dies unwahr, ebenso sei die Behauptung Esterhazys unwahr, daß er das Werkzeug des Generalstabs gewesen sei. Was das Vordereau betrifft, erklärt Roget: „Wenn man mir beweisen würde, daß Esterhazy das Vordereau geschrieben habe, so könnte ich es natürlich nicht bestreiten, wenn aber Esterhazy selbst die Versicherung gäbe, dann würde ich sie nicht glauben.“ Am Schluß der Zeugenaussage sucht Roget darzutun, daß das „Petit bleu“ eine Fälschung sei. Ferner berichtet er eingehend über die Umstände, unter denen die von Henry verübten Fälschungen entdeckt wurden. —

Italien.

Rom, 5. April. Der 6. internationale Prekologreß wurde heute Vormittag auf dem Kapitol in Gegenwart des Königs und des Ministers vom Bürgermeister von Rom eröffnet. —

Das Befinden des Papstes wird von der „Agenzia Stefani“, nach den Bulletin der Presse, wieder einmal als vollständig befriedigend angegeben. Was die Meldung anbetreffe, nach welcher die Kardinal, welche Präfecten von Kongregationen sind, die Unterschriften an Stelle des Papstes anfertigen, so handele es sich hier um eine Anordnung, die schon vor drei Jahren getroffen worden sei und sich nur auf Angelegenheiten von geringer Bedeutung beziehe. Die Entscheidung über wichtige Angelegenheiten sei nach wie vor dem Papste vorbehalten. —

Dänemark.

Der dänische Reichstag ist vor Ostern geschlossen. Die Resultate der letzten Session sind folgende: 124 Entwürfe standen zur Verhandlung, 43 von ihnen wurden Gesetz, unter denen folgende Hervorhebung verdienen: Vermögensverhältnisse zwischen Eheleuten, Zollgesetz, Erhöhung der Veteranenrente auf 100 Kr., erhöhter Staatszuschuß von 500 000 Kr. zur Altersversicherung, das Landarbeiter-Gesetz, das Schulgesetz. Die drei letzten sind Reformgesetze. Nicht zum Abschluß gebracht sind von wichtigen Gesetzen: Schematische Abstimmung, Abschaffung der Prostitution, Metzergesetz, kommunale Wahlreform, Lohngesetz für Unteroffiziere, Eisenbahngesetz. Unsere Partei beantragte folgende soziale Reformgesetze: 1. Errichtung von Landarbeiter-Ansiedelungen; 2. Staatshilfe bei Arbeitslosigkeit; 3. Achtstundentagsarbeit; 4. Reform der Altersversicherung; 5. Beschränkung der Kinderarbeit; 6. Speisung der Schulkinder; 7. Allgemeines kommunales Wahlrecht; 8. Arbeitszeit in Bädereien; 9. Aufhebung der Kopenhagener Bürgerwehr. Gesetz Nr. 8 nahm der Folkething an, im Landesthing kam es noch nicht zur Beratung. Alle anderen wurden abgelehnt. Zu Nr. 5 wurde die Regierung aufgefordert, eine Statistik zu besorgen. Nr. 2 wurde in einem Ausschuss begraben.

Rußland.

Judenpolitik in Rußland. Eine Verfügung des Petersburger Ministerkomitees ordnet an, daß jüdische Kaufleute für Moskau und die Städte des Moskauer Gouvernements in Söldenscheine erster Klasse nur mit Genehmigung des Finanzministers und des Generalgouverneurs erwerben dürfen. Personen, die die Erlaubnis erhalten, sind berechtigt, in Moskau mit ihren Frauen, ihren unmündigen Söhnen und ihren unverheirateten Töchtern zu leben. Nach Ablauf von 10 Jahren nach Erteilung der Konzession genießen die jüdischen Kaufleute erster Klasse das Recht des weiteren Aufenthaltes nur nach der abermaligen Erteilung der Konzession durch den Finanzminister und den Generalgouverneur. Jüdische Kaufleute erster Klasse können keine Wahlämter in der ständischen Verwaltung oder im Handelsstande bekleiden. — Diese neuen Bestimmungen erstrecken sich nicht auf die bereits in die Moskauer Kaufmannschaft aufgenommenen Personen. —

Griechenland.

Deutscher Soldatendruck. Der „Intern. Corresp.“ wird aus Athen berichtet: Mehr als die Ministercivis interessiert die von halbamtlicher Seite verbreitete Meldung, daß die Berufung deutscher Offiziere zur Reorganisation des griechischen Heerwesens mit der deutschen Regierung entgeltlich vereinbart sei. — Dem Vorgange wird um deswillen eine so große Bedeutung beigemessen, da man annimmt, daß die Berufung der deutschen Offiziere nicht gegen den Wunsch des Sultans erfolgen würde. Daraus sei weiterhin zu folgern, daß sich unter Mitwirkung Deutschlands die früher schon vielfach besprochene türkisch-griechische Annäherung nun doch vollziehen werde.

Afien.

Von den Philippinen. Der Oberkommandierende der amerikanischen Truppen, General Otis, hat eine großsprecherische Proclamation an die Philippiner erlassen, in der er ihnen andeutscherseits, welche Politik die Vereinigten Staaten ihnen gegenüber durchzuführen beabsichtigen. Die Proclamation besagt, die Oberherrschaft der Vereinigten Staaten werde auf dem ganzen Archipel durchzuführen sein, und jeder, der sich dem widersetze, werde es zu seinem eigenen Verderben thun. Die weiteste Freiheit der Selbstverwaltung werde bewilligt werden, soweit es mit den souveränen Rechten Amerikas und einer stabilen, wirtschaftlichen Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten vereinbar sei. Die bürgerlichen Rechte der Philippiner werden geschützt und die religiöse Freiheit gesichert werden. Ehre und Gerechtigkeit verbieten es, das Volk der Philippiner oder die Inseln als Ausbeutungsobjekte zu benutzen.

Einstweilen sind das leere Worte. Die Philippiner sind noch gänzlich unbesiegt und haben sich in das für die Amerikaner ungewohnte Juncere zurückgezogen. Der amerikanische General hält diesen Zustand in die Worte, die amerikanischen Truppen hätten die Fühlung mit den Philippiner verloren. Aguinaldo sei verhaftet. General Arthur marschierte nach Norden, um die Armeen der Philippiner aufzufinden.

Nach einem Rabelbericht aus dem amerikanischen Hauptquartier hat jedoch das Kriegsamt in Washington den General Otis angewiesen, sich auf seine Verfolgung der Philippiner einzulassen und den Feldzug während der Regenzeit einzustellen.

Es hat also mit der proklamirten Oberherrschaft der Vereinigten Staaten im ganzen Archipel noch gute Wege. —

Amerika.

Aus Cuba läuft die folgende Meldung ein: Der Ausschuss der cubanischen Aufständischen-Armee hat sich durch Mehrheitsbeschluss aufgelöst, die Armeelassen und die Waffen den Amerikanern ausgeliefert. Sodann wurde der Gemeinderat von Havana als endgültige Regierung der Cubaner aufgestellt.

Da von Cuba seit einiger Zeit Nachrichten einlaufen, die einander widersprechen und die ganzen dortigen Verhältnisse sehr im unklaren lassen, so ist auch die obige Meldung wohl mit Vorbehalt aufzunehmen. Sie scheint mehr die Wünsche der Amerikaner, als die Thatsachen der Cubaner wiederzugeben. —

Die Landesversammlung der Socialdemokraten Württembergs lagte am Dienstag in Stuttgart. Sie war von 238 Delegierten aus 106 Orten besetzt, die 6200 Mitglieder vertraten. Die Berichte des Landesvorstandes, des Kassierers und der Revisoren wurden ohne Beanstandung genehmigt. Aus der Neuwahl des Landesvorstandes gingen hervor: die Genossen Fischer als Vorsitzender, Belli als Kassierer, Durst als Schriftführer, Schulz und Prihlaff als Revisoren. Als Revisoren wurden die Genossen Epple, Feuerbach, Mich. Fischer, Ehlingen und Hofstein-Ludwigsburg wieder bestätigt. Als Ort der nächsten Landesversammlung wurde wieder Stuttgart bestimmt. Unter den gefassten Beschlüssen ist als besonders wichtig die Entscheidung der Landesversammlung zu erwähnen, daß der Landesvorstand beauftragt wird, ein Wochenblatt für die ländliche Bevölkerung herauszugeben.

Vorhergegangen war eine Konferenz der socialdemokratischen Gemeindevertreter. Es waren auf ihr 33 Gemeinden vertreten, in denen unsere Partei 27 Gemeinderäte und 67 Bürgerausschussmitglieder hat. Außerdem waren 5 Gemeinden angemeldet mit 1 Gemeinderat und 7 Bürgerausschussmitgliedern, so daß wir in 88 Gemeinden durch 102 Genossen vertreten sind. Die Konferenz nahm einstimmig folgende Resolution an:

Die erste Konferenz der socialdemokratischen Gemeindevertreter Württembergs hält eine intensive Weibehaltung unserer Partei an den Wahlen zu den Gemeindevertretungen für geboten, um mehr wie früher Einfluß auf die Verwaltungen der Gemeinden zu gewinnen.

Dazu ist die Schaffung eines allgemeinen Gemeindeprogramms notwendig. Um die dazu erforderlichen Unterlagen zu schaffen, haben sämtliche Gemeindevertreter möglichst darauf zu sehen, alle Gemeinde-Einstellungen zu sammeln.

Zur Verarbeitung dieser Materialien, die allen Gemeindevertretern zu muge zu machen sind, hält die Konferenz die Schaffung einer Centralstelle für notwendig. Dieselbe hat unter Beteiligung des Landesvorstandes die gewonnenen Erfahrungen in geeigneter Weise zur Kenntnis der Genossen zu bringen.

Des weiteren beschließt die Konferenz, eine Kommission zu wählen, die beauftragt wird, im Verein mit dem Landesvorstand und der Centralstelle die Vorarbeiten zur Schaffung eines Gemeindeprogramms zu treffen und einer zum Herbst einzubereitenden weiteren Konferenz einen Programmentwurf vorzulegen, auf Grund dessen die fernere Wahlagitatio zu geschessen hat.

Ein Kongreß der ungarländischen Socialdemokratie tagte am 2. und 3. April in Budapest. Leider zeigte der Kongreß ein Bild häßlicher persönlicher Ränkerien, die schon am ersten Tage zu lebhaften Tumulten führten. Der von 268 Delegierten aus 114 Orten besetzte Kongreß sprach sich für das allgemeine geheime, direkte und gleiche Wahlrecht und für die wirtschaftliche Selbständigkeit Ungarns aus. Am zweiten Verhandlungstage erhob sich der Streit auf neue und der Tumult wurde schließlich so arg, daß der Kongreß mittags 1/2 Uhr polizeilich aufgelöst wurde. Jetzt erst kamen die aufgeregten Menschen zum Bewußtsein ihrer Thorheit.

Eine Deputation des Parteitag-Präsidiums begab sich sofort zum Oberstadthauptmann, um die Zurückziehung der Auflösung nachzusuchen. Der Oberstadthauptmann antwortete ablehnend, bemerkte jedoch, daß der für den nächsten Tag anberaumte Feldarbeiter- und Kleinbauern-Kongreß ungehindert tagen könne.

Die Wahl der Parteileitung muß nun brieflich vorgenommen werden.

Der deutsche Arbeiterverein in Basel zählte Ende 1898 325 Mitglieder gegen 290 Ende 1897. Die Einnahmen des Vereins betragen 8082,26 Fr., die Ausgaben 6000,48 Fr., der Kassenbestand 2081,81 Fr. Im Berichtsjahre kaufte sich der Verein ein eigenes Heim mit Restauration um 142 875 Fr. Für Unterstützungs Zwecke wurden 450 Fr. ausgegeben, außerdem für die Reichstagswahlen 138 Fr. gesammelt.

In Chicago, wo die Genossen schon seit mehreren Jahren am Werke sind, ein deutsches lokales Partei-Organ zu schaffen, ist nun zunächst die Herausgabe eines englischen bewerkstelligt worden, welches den Namen „The Workers Call“ führt und auf dem frillen Boden des internationalen Socialismus steht.

Polizeiliches, Gerichtliches u. s. w.

Ein Wirth in Dortmund, in dessen Lokal eine öffentliche Zimmerer-versammlung tagen sollte, erhielt von der Polizei ein Schreiben, daß wenn er die Versammlung duldet, zwei Stunden vor und ebenso zwei Stunden nach der Versammlung die Schaulsperrre über sein Lokal verhängt würde. Diese polizeiliche Wahnahme hatte zur Folge, daß der Wirt sich beeinflussen ließ und somit die Versammlung nicht stattfinden konnte.

Konferenz der deutschen Socialisten in der Schweiz.

Luzern, 3. April.

Die gestern hier stattgefundene Konferenz war von 23 Delegierten aus 17 Orten besetzt, und zwar aus Zürich, Winterthur, Schaffhausen, Amriswil, Frauenfeld, St. Gallen, Rhyol, Baden, Basel, Luzern, Entlebuch, Zug, Bern, Freiburg, Biel, Horgen, Wädenswil und Cheyve-de-Fonds. Aus dem Berichte des Landes-Ausschusses ist zu erwähnen, daß er in den letzten drei Jahren, d. h. seit der letzten Konferenz, 123 Versammlungen veranstaltet, resp. dafür Referenten bestellte. In Schriften wurden 2100 Exemplare der „Calverischen Broschüre Arbeiter-Katechismus“ gratis an die Mitglieder verteilt. Für Agitation wurden in den drei Jahren 607 Fr. für Unterstützungen 760 Fr. ausgegeben. Der Berichtslatter Genosse Rasperli lagte namentlich über die Gleichgültigkeit der kleinen Sektionen, die wenig geistige Regsamkeit entfallen und oft nicht einmal auf Anfragen eine Antwort geben. Der Bericht wurde sodann genehmigt und dem Landesauschuss eine Entschädigung von 80 Fr. für seine dreijährige Mühewaltung bewilligt. Zum Punkte Agitation wurde beschlossen, den Landesauschuss zu beauftragen, alljährlich zwei Agitationstouren zu veranstalten. Ferner wird den Vereinen empfohlen, Studienzettel zu errichten zum socialen Studium und zur Förderung der socialdemokratischen Bewegung. Für Unterstützung der italienischen Ausgewiesenen wurden 50 Fr. aus der Kasse bewilligt. Für die Mitglieder der Kranken-lasse der Arbeitervereine wird die Freizügigkeit und ferner beschlossen, die Centralisierung der Krankenkassen anzustreben. Ein weiterer Beschluß geht dahin, daß womöglich jedes Mitglied der Organisation seiner Gewerkschaft angehören soll. Sodann wurde die Verschmelzung der Landesorganisationen der deutschen und österreichischen Socialisten in dem Sinne beschlossen, daß die letzteren keinen eigenen Landesauschuss mehr bestellen, sondern eine Vertretung von drei Mann in dem einen Landesauschuss erhalten. Der neue Titel heißt: Landesorganisation der deutschen, österreichisch-ungarländischen und slowenischen Socialdemokraten in der Schweiz. Als Vorort wurde Zürich bestimmt, als Ort für die nächste Konferenz Basel. Am 7. Uhr abends wurde die Konferenz, die zuletzt gemeinsam mit den Oesterreichern tagte, mit einem dreifachen Hoch auf die Socialdemokratie geschlossen.

II. Kongreß deutscher Berg- und Hüttenleute.

Halle, den 4. April 1899.

Sache eröffnet 9/4 Uhr die Verhandlungen und verliest zunächst ein Danktelegramm des Bergmanns Graf-Herne, einer der Beurtheilten im Essener Meinerds-Prozeß, dem der Vorstand zu seiner gestern erfolgten Entlassung aus dem Zuchthause eine Gratulation übermittelte hatte.

Dann nimmt zur Debatte das Wort: Belgelt-Steinag: Die Größelmacher in Sachsen-Meiningen unterliegen betreffs der Lohnverhältnisse großen Schwankungen. Diese sind begründet in den besonderen Verhältnissen. Die Arbeiter

können als selbständige Unternehmer betrachtet werden, weil sie die Brüche pachten und selbst ausbeuten. Die Ueberproduktion wurde dadurch nicht etwa behindert, sondern sogar befördert, während dem die Ueberproduktion unglücklich auf die Lohnverhältnisse einwirkte. In den Kleinbetrieben ist die Frauen- und Kinderarbeit in schrecklicher Weise ausgebreitet. Mütter nehmen ihre Säuglinge mit zur Hütte, sechs-jährige Kinder werden tagelang mit Größelmachen beschäftigt.

Rüller-Vochum brachte zu diesen Ausführungen folgende Resolution ein:

Nach den mit statistischen Angaben belegten Erörterungen des Delegierten der Größelmacher, Weigelt-Steinag, hat der Kongreß die Ueberzeugung gewonnen, daß die Fühlung in der Größel-industrie in Sachsen-Meiningen als außerordentlich fruchtbar bezeichnet werden müssen; ferner, daß der Meiningische Fiskus die günstige Monopolstellung, welche er als der weitest große Besitzer inne hat, noch nicht aus eigenem Antriebe zur Verbesserung der Löhne seiner Arbeiter benutzte, sich vielmehr weigerte, auf Vorschläge in diesem Sinne einzugehen. Er giebt der ganzen Kulturwelt das häßliche Schauspiel einer erbarmlichen socialpolitischen Rücksichtslosigkeit. Die dadurch entstandene und sich immer mehr ausdehnende Frauen- und Kinderarbeit in der Größelindustrie ist geradezu himmelschreiend geworden.

Der Kongreß spricht die schärfste Mißbilligung darüber aus und erwartet, daß namentlich die Lage der Größelmacher wenigstens menschlich gestaltet werde. Ihre jetzigen Erwerbsverhältnisse sind mit einem langsame Hinmorden zu vergleichen und zu fordern flammenden Protest aller human denkenden Menschen heraus. Der Kongreß wünscht der Bewegung der Größelmacher zur Verbesserung ihrer elenden Lage die Unterstützung aller deutschen Bergleute.

Diese Resolution, sowie die des Referenten Sache, diese mit dem Nachtrage: Desgleichen ist die Frauen- und Kinderarbeit auf den Gruben und Hütten gesetzlich zu verbieten. Die Arbeit unter Tage darf erst mit vollendetem 18. Lebensjahre beginnen, wurden angenommen. Ferner wurde folgendem Antrage zugestimmt: Der Vork- und Lehrhauer darf weder zum Kohlenfahren, noch zum Bergederfahren verwendet werden. Der diesjährige Vergaber-Kongreß protestiert energisch dagegen, daß dem Lehrhauer 20 Proz. weniger an Lohn gezahlt werden, wie dem Volkshauer. Dies umso mehr, da doch dieser Abzug nur den Verlobten zugute kommt. Das Vergabergericht muß bei allen Verhandlungen statt mit 3 Vertretern (1 Arbeitnehmer, 1 Arbeitgeber-Vertreter) durch 4 Repräsentanten sein.

Sodann nahm zum nächsten Punkt der Tagesordnung: Regelung des Knappschafstweens durch Reichsgesetz, das Wort Henker-Dresden. Redner fordert den Erlass eines Reichs-Vergabergesetzes.

Nach längerer Debatte wird die Resolution Henker-Dresden zu diesem Punkte einstimmig angenommen und folgender Resolution zugestimmt:

Der zweite Kongreß deutscher Berg- und Hüttenarbeiter protestiert nachträglich gegen jede Beschränkung des Koalitionsrechtes der Arbeiter, wie sie geplant wird in der angelegten Zucht-haus-vorlage. Wir verlangen völlige Freiheit der Vereinigung für die Arbeiter, da nur ein wirklich freies Volk auch empfänglich ist für eine hohe geistige Bildung. Nicht mit drakonischen, die Arbeiterhoffen empörenden Gerichtsurteilen, sondern durch Anerkennung der staatsbürgerlichen Rechte der arbeitenden Klasse ist der sociale Frieden gesichert.

Als Ort des nächsten Kongresses wurde Braunschweig bestimmt und hierauf mit einer zustimmend angenommenen Schlußrede des Bergmanns Schröder-Dortmund der Kongreß geschlossen.

Kongreß der Handels-, Transport- und Verleherarbeiter.

In der Sitzung vom 3. April wird beschlossen, den Lokalorganisationen eine Uebergangszeit von sechs Monaten für den Anschluß an den Verband zu gestatten.

Leipzig, den 4. April.

In der heutigen Sitzung beginnt die Specialdiskussion über das Statut. Dazu beantragt Holz-Hamburg, im § 3 Absatz 1 zu streichen: „sowie alle in Verleheranstalten, Omnibus- und Straßenbahn-Betrieben thätigen Arbeiter, Konduktoren und Aufsicher“ somit die Verleherarbeiter von der Mitgliedschaft im Verbande auszuschließen. Dies wird abgelehnt. Hierauf wird der § 3 des Statuts, welcher vom Beitritt, Austritt und Ausschluss handelt, in seiner alten Fassung bekräftigt. Schwerdt-Frankfurt beantragt die Verlegung des Verbandssitzes. Es wird beschlossen, denselben in Berlin zu belassen. Eine längere eingehende Debatte entwickelt sich namentlich über die Beitragshöhe und die Arbeitslosen-Unterstützung. Die namentliche Abstimmung ergibt die Beibehaltung der Arbeitslosen-Unterstützung mit 23 gegen 12 Stimmen. Die Beitragshöhe wird in namentlicher Abstimmung mit 25 gegen 10 Stimmen auf 20 Pfennige pro Woche festgesetzt, das Eintrittsgeld auf 50 Pf. normiert. Der Agitationsbeitrag soll pro Quartal 10 Pf. betragen. Dem Vorstand wird aus weiterem das Recht eingeräumt, für unvorhergesehene Fälle Extrabeiträge bis 10 Pf. erheben zu dürfen. Ein Antrag, den Verwaltungsrath über 500 Mitglieder das Recht einzuräumen, über die Höhe der diversen Unterstützungen selbst bestimmen zu können, wird abgelehnt. Der Sitz des Ausschusses wird von Stuttgart nach Leipzig verlegt. Namentlich wird über einen Antrag der Lokalorganisation Hamburg, welcher verlangt, Schumann und Dreher-Berlin, Himpel-Hamburg und Garbit-Mannheim auf 3 Jahre das Recht abzuerkennen, irgend welche Aemter innerhalb des Centralverbandes zu bekleiden, verhandelt. Gegen Schumann liegt ein gleicher Antrag aus Leipzig vor. Beide Anträge werden gegen 7 Stimmen abgelehnt. Bei der Vorstandswahl erhalten in geheimer Abstimmung Albold 9, Schumann 20, Rein 1 Stimme. Schumann ist somit gewählt. Rasperli wird als Hauptkassierer mit 17 gegen 6 Stimmen gewählt. Es folgt die Wahl des zweiten Verbandsvorsitzenden, welcher bei Anschluß der Lokalvereine beibehalten werden soll. Hierzu wird seitens der centralen Richtung Albold — früher Vertrauensmann der lokalen Richtung — einstimmig vorgeschlagen. Albold erklärt ablehnend zu müssen. Die Delegierten der lokalen Richtung ziehen sich zu einer Beratung zurück. Nach Beendigung derselben erklärt Albold im Namen der übrigen Delegierten: Die Delegierten der lokalen Richtung erheben Anspruch auf die beiden noch zu besetzenden Aemter des Redacteurs und des zweiten ambeduldeten Vorsitzenden. Sollte der Kongreß diesen gestellten Anspruch nicht erfüllen, so erklären die Delegierten (lokaler Richtung), nicht mehr weiter über den zweiten Punkt der Tagesordnung (Statutenberatung) verhandeln zu wollen.

Die Delegierten centraler Richtung ziehen sich nun ebenfalls zur Beratung zurück, das Ergebnis derselben leidet Hoffmann in folgender Erklärung: Die Kollegen centraler Richtung erklären, daß sie mit der Wahl resp. der Besetzung des 2. Vorsitzenden durch einen Kollegen lokaler Richtung einverstanden sind. Sie erklären weiter, daß sie dafür eintreten wollen, daß Rein im Berliner Bureau angestellt wird. Den Kollegen lokaler Richtung soll der Vorsitz des Ausschusses und weitere Vertretung in demselben zugestimmt werden.

Albold entgegnete hierauf seitens der lokalen Delegation, daß für sie die Sache erledigt sei, sie werden deshalb nicht weiter an der Statutenberatung teilnehmen. Das Statut wird hierauf weiter beraten und schließlich an bloc angenommen.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Der Ausstand der Krefelder Weber. Die „Krefelder Ztg.“, das Fabrikantenorgan, giebt in seiner letzten Nummer eine interessante Schilderung über die Stimmung in den Kreisen der christlichen Textilarbeiter. Sie schreibt:

Bei der Firma Felger & Co. sollte nach den getroffenen Abmachungen heute früh von sämtlichen Arbeitern die Arbeit wieder

aufgenommen werden. Thatsächlich hat aber nur ein einziger Arbeiter sein Wort gehalten und den Mut gehabt, durch die Spalier bildenden ausländigen Kollegen hindurch zur Weberei zu gehen und die Arbeit aufzunehmen.

Der Vorstand des Niederrhein. Verbandes christlicher Textilarbeiter ist mit seinen Mitgliedern, soweit sie zu den ausländigen Sammelwebern gehören, am Sonnabend in Miffelligkeiten geraten... Als die Ausländer des christlichen Verbandes am Sonnabend abend in der „Litas“ ihr Streifgeld erheben wollten, wurde die Auszahlung des Geldes von der Verpflichtung abhängig gemacht, den obenerwähnten Beschl. des Vorstandes anzuerkennen und auf seiner Grundlage mit den Fabrikanten zu verhandeln. Nur vereinzelte wurden dieser Aufforderung entsprochen, unter der großen Mehrzahl griff eine große Erregung Platz, die noch durch Anschläge des Gewerkschafts-Kartells in Verbindung mit dem Deutschen Textilarbeiter-Verband und dem Niederrheinischen Weberverband erheblich genährt wurde, deren Inhalt dahin ging, daß, falls den Mitgliedern des christlichen Verbandes die Unterstützung verweigert werde, die anderen Verbände und das Kartell ihre fernere Unterstützung für die Dauer des Streiks übernehmen. Daraufhin hat der Vorstand des Verbandes christlicher Textilarbeiter die Auszahlung der Streifgelder wieder aufgenommen. Inzwischen sollen jedoch, wie bestimmt behauptet wird, schon an hundert seiner bisherigen Mitglieder zum Niederrhein. Weberverband übergetreten sein... Die wiederholten Versuche der Führer der christlichen Organisation, eigenmächtig die Bedingungen für die Beendigung des Streiks zu dictieren, sind bisher immer an dem Widerstand der Arbeiter gescheitert. Es zeigt sich somit, was auch in dem Bericht des Fabrikantenorgans bestätigt wird, daß sie jede Fühlung mit den Arbeitern verloren haben und ihre Organisation der Auflösung entgegenbringen. Die zähe Ausdauer und die Einmütigkeit der Arbeiter, die nahezu ohne Beispiel in gewerkschaftlichen Kämpfen besteht, verdient hohe Anerkennung, sie beweist am besten, wie berechtigt das Verlangen der Arbeiter ist. Ohne einen berechtigten Kern in ihrer Forderung wäre dieser Zusammenhalt nicht möglich gewesen. Die Millionäre der Krefelder Textilindustrie mögen sich noch so sehr entrüsten, ihre geistigen Vorkämpfer sind unerlässlich in ihrem Streben, das Joch uneingeschränkter Ausbeutung abzuschütteln.

Die Maurer in Blankenburg a. S. stehen in einer Lohnbewegung. Sie fordern einen Lohn von 35 Pf. pro Stunde; für Junggefellnen 30 Pf., zehnstündige Arbeitszeit, achtstündige Lohnzahlung und einen Zuschlag von 5 Pf. für Ueberstunden. Bis jetzt wurde gezahlt 25-30 Pf. Die schon längere Zeit eingeführte zehnstündige Arbeitszeit wurde vielfach von fremden Arbeitern durchbrochen. Verhandlungen schweben. Jugung ist streng ferngehalten.

In Nürnberg haben 60 Dachdecker die Arbeit niedergelegt, da mit den Unternehmern keine friedliche Einigung erzielt werden konnte.

Der Ausstand in der Reiheng. Fabrik Karl Edert Sohn u. Comp. in Nürnberg wurde zu Gunsten der Arbeiter beendet. Viele Paragrafen der Fabrikordnung wurden abgeändert, die umfangreichen Strafparagrafen sämtlich gestrichen. Der Fabrikhaber garantierte, den Wirkungskreis des Vorarbeiters nicht einzuschränken, und endlich versicherte er noch, keinerlei Maßregelung vornehmen zu wollen.

Die Maler und Tüncher in Vahrenth und Umgebung sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern 8/10stündige Arbeitszeit bei Beibehaltung des bisherigen Lohnes.

Lohnkämpfe der Steinarbeiter. 36 Steinarbeiter der Firma Walthers in Erfurt haben die Arbeit niedergelegt. Da die Firma alles mögliche anbietet wird, „Arbeitswillige“ aus allen Himmelsgegenden nach Erfurt zu locken, so seien die Steinarbeiter Deutschlands sowie Böhmens ganz besonders darauf aufmerksam gemacht. Der Ausstand der Steinarbeiter in Albenleben dauert fort, bedesgleichen in Felsbach a. M. Im Rainthal haben sämtliche organisierte Steinarbeiter Lohnforderungen gestellt. Der Streik bei der Firma Blöge in Springe und Altenhagen ist durch gegenseitige Vereinbarung beendet.

Fortschritte der Gewerkschaftsbewegung in Lothringen. Auch in der sonst von der Gewerkschaftsbewegung gar nicht berührten Militärstadt Metz hat es endlich angefangen, etwas lebendig zu werden. Nachdem dort bereits vor Jahresfrist die Schuhmacher sich organisiert hatten, folgten bald darauf die Holzarbeiter ihrem Beispiele. Dies war das Signal für die anderen Arbeiter, die sich nun ebenfalls zu regen begannen. Maler, Anstreicher, Yachter, Maurer, Steinhauer, Dachdecker, Bierbrauer, Küfer und Bäcker versammelten und schritten — wie wir einem Situationsbericht in der „Freien Presse“ entnehmen — zur Gründung von Gewerbevereinen, die sich ihren Centralverbänden in Albenleben anschließen. Das Unternehmertum geriet darob in nicht geringe Angst und Verdrüß, wie gewöhnlich, die Bewegung durch Maßregelung der führenden Personen im Keime zu ersticken. Als dies nicht gelang, nahmen die Herren ihre Zuflucht zur Polizei. Sämtliche von den provisorischen Vorständen der neugegründeten Gewerkschaften eingereichten Gesuche zwecks Erlangung der polizeilichen Genehmigung wurden abschlägig beschieden, Privatversammlungen der Arbeiter ohne weiteres aufgelöst, die Einzelkämpfer verfolgt, und was der Maßnahmen mehr sind. Aber mit welchem Erfolge? Die in den Privatversammlungen durch Vorträge, Flugchriften und Gewerkschaftsblätter aufgeregten Arbeiter blieben, nachdem ihre lokalen Gewerkschaften den behördlichen Segen nicht erhalten hatten, Einzelmitglieder der Centralverbände und hielten um so zäher zu ihren Organisationen. Gegenwärtig gehören etwa 600 Metzger Arbeiter den letzteren an, gewiß ein schöner Erfolg unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen! Wenn nun damit für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auch noch nicht viel getan werden konnte, so soll doch nicht unerwähnt bleiben, daß bereits in zwei Fällen eine von den Unternehmern verübte Lohnreduktion mit Erfolg zurückgewiesen wurde. Sollten die Behörden wie bisher fortfahren, im Bunde mit dem Unternehmertum die Arbeiterschaft zu belämpfen und ihre ohnehin schon spärlichen Rechte noch mehr zu verkürzen, so steht zu hoffen, daß binnen kurzem die große Mehrzahl der Metzger Arbeiterschaft aus ihrer lethargie ausgerüttelt und der Organisation ihres Berufes zugeführt wird.

Ausland.
Der schwedische Sicherheitskongress fand in diesen Tagen in Stockholm statt. Es sind 30 Lokalverbände durch 34 Deputierte vertreten. Auch Vertreter des dänischen und des deutschen Verbandes waren anwesend.

Die Arbeiter am Durchstich des Sumpfen. Vor einigen Wochen kam die Nachricht vom Sumpfen, daß die an den Sumpfen Durchstich beschäftigten Italiener ausständig geworden und daß es dabei zu Ausschreitungen gekommen sei. Truppen wurden mobil gemacht, Polizei aufgeboten und — die „Rube“ wurde wieder hergestellt. In den Zeitungen hieß es natürlich, daß die Arbeiter zum Streik geheißen worden seien. Hatten die Leute nun wirklich Ursache, mit ihrer Lage unzufrieden zu sein?

In den drei Dörfern, die am Eingang des Sumpfes liegen wohnen etwa 800 Italiener, von denen 600 ihre Familien in Italien haben. Dreihundert Mann sind bei den eigentlichen Sumpfenarbeiten, fünfhundert sind an den äußeren Arbeiten, am Bahnhofsbaue z. besetzt. Die Bohrer, fast immer bis über die Knie im Wasser wadend, haben bei einer Temperatur von 20, 25, auch 30 Grad zu arbeiten. Diese Leute erhalten für eine achtstündige Schicht 3,60 Fr.; nur 36 Mann unter ihnen bringen es auf 4,50 Fr. In junge Leute von 14-17 Jahren werden Tagelöhner von 2,50 Fr., 2 Fr., selbst 1,80 Fr. gezahlt. Von den Löhnen werden aber noch Abzüge gemacht für das Werkzeug und die Lampen, die von der Direction geliefert werden. Die Lebensweise ist eben so teuer wie in den großen Städten der Schweiz. Am schlimmsten liegen die Wohnungsverhältnisse. In den kleinen Dörfern suchen die etwa 1000 Arbeiter Unterkommen zu finden; es läßt sich denken, daß sich da die größten Mißverhält-

nisse herausbilden. Für die elendesten Häuser, die zum Teil zu Massenquartieren umgewandelt sind, müssen ganz horrenden Mieten bezahlt werden. Auch die Lebensmittelpreise sind sehr hoch, die Dörfer lassen sich von den fremden Arbeitern alles möglichst gut bezahlen. Dabei grassieren Krankheiten unter den Arbeitern, hervorgerufen durch die schwere ungewohnte Arbeit, und die schlechte Lebensweise, zu der sie gezwungen sind.

Die Unternehmern haben auch eine Art Krankenkasse gegründet, für die jeder Arbeiter beizusteuern hat und zwar 1,50 Fr. pro Monat. Dafür wird Arzt und Medizin gestellt. Das ist eigentlich geizig, denn das Schweizer Gesetz schreibt vor, daß der Unternehmer den Arzt aus eigenen Mitteln stellt.

Das ist in kurzen die Lage der Arbeiter am Sumpfen. Die Italiener spielen bei ihrer Arbeitsamkeit und ihrer Zurechtfindung mit geringen Löhnen in der Schweiz die Rolle der Chinesen. Sie in dieser Rolle zu belassen, ist das Bestreben der Unternehmern. Daß sich ein Teil ihrer aufgeregten Landsleute und auch Schweizerbürger befleißigen, den armen, unterdrückten Arbeitern Bedürfnisse anzuerkennen, sie aufzuklären über ihre Lage, das ist es, was das Unternehmertum mit scheelen Widen betrachtet; darum das Gesetz gegen die „Heizer“ und „Wähler“.

Sociales.

Zur Lage der ländlichen Arbeiter. Zur Illustration der im Reichstage gefallenen Behauptung, daß die ländlichen Arbeiter dreimal in der Woche Braten und Kompott bekämen, veröffentlicht unser Vorkämpfer in Stettin, der „Volkshute“, den Vertrag eines Tagelöhners in Krefow bei Jüßow in Vorpommern, wo übrigens die Verhältnisse noch günstiger sind wie in Hinterpommern. Der Vertrag lautet:

Der Tagelöhner in Krefow ist verpflichtet, einen Hofgänger zu halten. Für die Wohnung muß er 52 Hofstage gleich 20,80 Mark Miethe geben. Er erhält frei 2 Haufen Holz oder 9 M. Für jeden Tag, den er im Tagelohn arbeitet, erhält er 25 Pf. und 5 Liter Roggen, der Hofgänger 40 Pf. An Mehl erhält der Tagelöhner 4 Scheffel Erbsen à 3 M. und 4 Scheffel Gerste à 2,25 M.; ferner 6 Scheffel Monatergerste à 2,75 M. In Accord erhält er bei Dampf-drehsen 25 Scheffel, bei der Pferdemaßchine 21 Scheffel, bei Pflügel-drehsen 14 Scheffel. Er erhält eine Kuh durchgefüttert wie die Hofkühe ohne Kraftfutter und Rüben. Er kann sich 12 Hühner und einen Hahn halten mit Zugut im Selege und 2 Jungvögel, von der Zugut er die zehnte à 12 Pfd. an die Herrschaft abliefern muß. Er ist verpflichtet, eine Klude zu setzen, wozu er die Eier von der Herrschaft erhält; für jedes Entenlächlein erhält er 1 1/2 Liter Gerste, für jedes Hühnerlächlein 1 Liter Gerste. In der Ernte erhält er frei 1 Scheffel Trinsgerste, 2 M. Schnapsgeid für sich und 1 M. für den Hofgänger, ferner erhält er 18,00 M. Wollgeid. Für Seiden erhält er 10 Pf. pro Tag extra, der Hofgänger für Pflügen 5 Pf. extra und für Pferdebesorgen 10 Pf. extra und für den Sonntag erhält der Hofgänger 25 Pf. extra. Für einen Sonntag erhält der Tagelöhner wie Hofgänger 50 Pf., die Frau erhält 50 Pf. pro Tag, Gemeinte 75 Pf., Komernte 1 M. pro Tag und im Fach 25 Pf. extra. Ein Kind erhält 30 Pf. pro Tag. Arzt hat der Tagelöhner frei, doch keine Medizin. Jedes Jahr kann ein Kalb aufgezogen werden von einer Familie, welche die Herrschaft bestimmt. Er erhält 4 Sackel Kartoffelland und 48 Rut Leinland, ferner kann er sich 12 Rut Torf machen. Bei fehlender Kuh erhält der Tagelöhner 4 Liter Milch im Sommerhalbjahr und 3 Liter Milch im Winterhalbjahr.

Die Einnahmen des Mannes stellen sich danach für 226 Tage-lohntage vom 7. November 1897 an wie folgt:

| | |
|--|---------------|
| Für 226 Hofgängerstage à Tag 40 Pf. | 90 M. 40 Pf. |
| Für 179 Männerstage à Tag 25 Pf. | 44 „ 75 „ |
| Für 179 Männerstage à Tag 5 Liter Roggen zu Scheffeln gerechnet 22,40 Scheffel à Scheffel 4,80 M. macht | 109 „ 20 „ |
| 20 Tage im Torf auf Accord | 33 „ 50 „ |
| Gedroschen, verdient 19 Scheffel Roggen, 14 Scheffel Hafer, 3 Zentner Gerste, 18 Scheffel Mangelorn, das gedroschene Korn zu Geld gerechnet 19 Scheffel Roggen 91,20 M., 14 Scheffel Hafer 42 M. | 183 „ 20 „ |
| 3 Zentner Gerste 19,50 M., 18 Scheffel Mangelorn 54 M. | 73 „ 50 „ |
| Für Weizen 3 Scheffel à Scheffel 8 M. | 24 „ — „ |
| Summa | 608 M. 55 Pf. |
| Für die Kuh im Durchschnitt gerechnet | 146 „ — „ |
| | 654 M. 55 Pf. |

Das ist aber die Einnahme für die Arbeit von drei Personen, nämlich des Tagelöhners, seiner Frau und des Hofgängers. Davon hat der Tagelöhner folgende Ausgaben zu bestreiten:

| | |
|--|---------------|
| Hofgänger an Geldlohn | 90 M. — Pf. |
| Für Hofgänger Kost und Logis, à Tag 75 Pf. | 273 „ 75 „ |
| Für Torf 11 Ruten | 19 „ 25 „ |
| Für Mehl 4 Scheffel Erbsen à 3 M. | 12 „ — „ |
| 4 Scheffel Gerste à 2,25 M. | 9 „ — „ |
| Für Hausmiete | 20 „ 80 „ |
| Für Alters- und Invalidenklasse | 5 „ 20 „ |
| Für sonstige Steuern (Kirche und Kommune) | 2 „ 71 „ |
| Summa | 432 M. 61 Pf. |

Was nach Abzug dieser Summe übrig bleibt, das kann dann ja nun zu Braten und Kompott für Mann und Frau verwendet werden.

Das schweizerische Schnapsmonopol ergab im Geschäftsjahr 1898 einen Reingewinn von 7 260 000 Fr. (1897: 6 980 000 Fr.), um 780 400 Fr. mehr als budgetiert war. Von obiger Summe erhalten die Kantone 6 453 335 Fr.

Für gewerbliche, industrielle und kaufmännische Vererbung hat der Bund im Jahre 1898 die Summe von 1 110 000 Fr. ausgegeben in Gestalt von Subventionen an Kantone, Gemeinden und Vereine. Für 1899 sind ca. 200 000 Fr. für den gleichen Zweck mehr budgetiert.

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Wachsneider togte am Dienstag im „Englischen Garten“, Alexanderstraße, in der der Vertrauensmann E. T. u. b. über: „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den kaufmännischen Geschäften“ referierte. Nach den Ausführungen des Referenten, der die traurige Lage der Schneider eingehend schilderte, wird der im Jahre 1893 festgelegte Tarif in vielen kaufmännischen Geschäften gar nicht mehr und in einigen nur teilweise innegehalten. Unabhängig sind seit dieser Zeit Lohnabzüge gemacht worden und der Verdienst demzufolge so außerordentlich niedrig, daß die Arbeiter nur durch äußerste Anstrengung und lang bis in die Nacht ausgedehnte Arbeitszeit ihr recht anspruchsloses Leben fristen. Nachdem der Redner die unwürdigen Zustände, unter denen die Schneider in den verschiedenen Geschäften zu leiden haben, kritisiert und darauf hingewiesen hatte, daß die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage dieser Arbeiter infolge des Indifferentismus, der teilweise bei denselben noch vorherrscht, sehr schwierig ist, erinnerte er an die Erfolge, die die Wachsneider in der letzten Zeit in den besseren Geschäften durch ihr einmütiges und energisches Vorgehen erzielt haben und forderte die Anwesenden auf, in derselben Weise für ihre Interessen einzutreten. In der hierauf folgenden Diskussion, an der sich V. a. n. d. e., S. u. l. z., L. a. t. e. r. a., W. i. t. t. e. u. a. beteiligten, wurde für eine recht rege Agitation und für den festen Zusammenschluß in der Organisation plädiert. Die Einführung der zweierlei Tarife für die einzelnen Geschäfte hat sich, wie im weiteren angeführt wurde, nicht bewährt und nur zum Nachteil der Arbeiter gewirkt. Der erste Tarif mit den höheren Preisen kommt fast überhaupt nicht in Anwendung und auch der zweite Tarif wird ignoriert und von den Unternehmern die Löhne ganz willkürlich festgesetzt. Von mehreren Rednern wurden die Mißstände bei der Firma Paer Sohn, über die wir bereits berichtet haben, und bei der Firma Weltmann einer herben Kritik unterzogen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei den

Firmen: S. Gräß, Rudolf, Leineweber, Casodow und Lindenbaum wurden gleichfalls bemängelt und sollen die bestehenden Zustände in einer späteren Versammlung eingehend erörtert werden. Mitgeteilt wurde noch, daß sich die Arbeiter bei der Firma Kalkisch, Alt-Moabit 17 wegen Lohnminderungen im Auslande befinden. Folgende Resolution gelangte hierauf zur einstimmigen Annahme:

Die Versammlung erklärt, daß nach den Ausführungen des Referenten und den in der Diskussion zu Tage getretenen Thatsachen ein Vorgehen unerlässlich ist. Zu diesem Zwecke erachtet die Versammlung es als Pflicht eines jeden Kollegen, behufs weiterer Verhandlung über zu bessernde Lohn- und Arbeitsbedingungen in nahe Fühlung mit dem Vertrauensmann zu treten. Auf Grund der in den „Arminhallen“ gefaßten Resolution am 13. März d. J., wonach die Kollegen verpflichtet sind, einen besseren Zusammenhalt in den einzelnen Geschäften anzubahnen, spricht die Versammlung die bestimmte Erwartung aus, daß die Werkstatt- und Geschäftsdelegierten-Sitzungen in Zukunft mehr als zuvor auch von den Kollegen des Centrums und der Louisestadt die gehörende Berücksichtigung finden werden. Da es Thatsache ist, daß in einzelnen Geschäften eine sofortige Verbesserung der Lohnverhältnisse unumgänglich notwendig ist, autorisiert die heutige Versammlung die Leiter der gewerkschaftlichen Organisation, in Verbindung mit den Arbeitern der in Betracht kommenden Geschäfte unverzüglich Schritte einzuleiten, um dem weiteren Niedergang der dort gezahlten Arbeitslöhne energisch entgegenzutreten. Die Kollegenschaft verpflichtet sich, in dem Falle, daß Arbeitseinstellungen notwendig werden, diese Kollegen in dem berechtigten Kampfe um ihre Existenz nach besten Kräften zu unterstützen, erwartet aber auch, daß sich alle Kollegen dem Verbandsdeutsch Schneider und Schneiderrinnen, welcher als gewerkschaftliche Organisation die wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder vertritt, in Zukunft anschließen.

Nachdem der Vertrauensmann noch auf die Lohnkämpfe, die zur Zeit in den verschiedenen Orten stattfinden, hingewiesen und ersucht hatte, den Juzug nach dort fernzuhalten, erfolgte der Schluß der Versammlung.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Der am Montag, den 27. März, angekündigte Vortrag des Herrn Dr. Penzig über: „Die Strafe in der Erziehung“ mußte leider wegen plötzlicher Erkrankung des Herrn Referenten ausfallen. Die versammelten Mitglieder und Gäste füllten jedoch den Abend mit sehr interessanten Debatten über Kindererziehung aus. Zum Teil gaben Mütter über ihre eigene Erziehungsmethode etwas zum Besten, sodas sich eine eifrige Diskussion entspann und es sicher keinen der Anwesenden gereut hat, diesen Abend, der nach dem plötzlichen Ausfallen des Vortrages des Referenten verloren schien, dort zugebracht zu haben. Hossentlich ist es dem Vorstand möglich, den Vortrag des Herrn Dr. Penzig seinen Mitgliedern ein ander Mal bieten zu können, da gerade dieses Thema, wie vorausgedacht, großes Interesse für seine Mitglieder hat.

Billet für die Urania-Vorstellung am 9. April sind noch zum Preise von 60 Pf. zu haben bei Frau Bengels, Fruchstr. 80; Frau Junf, Gräferstr. 6; Frau Luz, Puttkamerstr. 7a; Frau Meisch, Uhlenstr. 8.

Centralverband der Konditoren. (Mitgliedschaft Berlin.) Heute abend 8 1/2 Uhr bei Schiller, Rosenkranzstr. 57: Mitglieder-Versammlung. Bericht des Delegierten vom Verbandstage. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen sämtlicher Mitglieder. Gäste willkommen.

Centralverein der Bureau-Angestellten Deutschlands. (Mitgliedschaft Berlin.) Heute abend 8 1/2 Uhr bei Schiller, Rosenkranzstr. 57: Generalversammlung. Jahresbericht und päpstliches Erscheinen der Mitglieder ist dringend erforderlich. Gäste willkommen.

Freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins. Sonntag, den 9. April, vormittags 10 Uhr, bei Wernau, Schwedterstr. 23/24: Versammlung. Vortrag.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Neue Enthüllungen zur Dreyfus-Affäre.

Paris, 5. April. (W. Z. S.) Das Blatt „Voltaire“ berichtet, aus den Aufzügen des französischen Botschaftssekretärs Paléologue vor dem Kassationshofe geht hervor, daß das Ministerium des Aeußern zu wiederholten Malen amtliche Mitteilungen erhielt, dahin lautend, daß weder von Schwarzkoppen noch Panizzardi Beziehungen zu Dreyfus hatten. Das Blatt führt eine Erklärung der deutschen Botschaft vom Jahre 1897 an, welche besagt, d. Schwarzkoppen habe die Versicherung abgegeben, daß er Dreyfus niemals gekannt habe. Auch der italienische Botschafter Graf Tornielli gab der französischen Regierung Kenntnis von einem Bericht Panizzardis an den italienischen Generalsstab, welcher die Versicherung Panizzardis enthält, daß er niemals mit Dreyfus zu thun gehabt habe. Das Blatt fügt hinzu, auch der italienische Generalsstab habe erklärt, niemals direkte oder indirekte Beziehungen zu Dreyfus gehabt zu haben. „Voltaire“ sagt weiter, die Aussage Paléologues erwähne ein Telegramm des französischen Botschafters in Rom, in welchem es heißt, Esterhazy habe mehr als 200 000 Francs von auswärtigen Regierungen erhalten. Auch erklärte Paléologue, er habe niemals die angeblichen Briefe des Kaisers Wilhelm gesehen.

Die Anstiftung zum Mord.

Helsingfors, 5. April. (Privat-Depesche.) „Nya Pressen“ und „Aftonposten“, die zwei größten Blätter von Helsingfors, sind, das eine auf zwei, das andere auf einen Monat, verboten. (Finnland beginnt die russischen Segnungen zu spüren.)

Zürich, 5. April. (W. Z. S.) Hier hat sich ein Centralverband deutsch-österreichisch-ungarischer und slavischer Sozialisten gebildet.

Paris, 5. April. (W. Z. S.) Der Director des „Figaro“ ist für nächsten Sonnabend vor das hiesige Schwurgericht geladen, um sich wegen Veröffentlichung der Verhöre der Kriminalkammer zu verantworten.

Rom, 5. April. (W. Z. S.) Die Kerze rieten dem Papp die Einstellung der Pilgerempfangs.

Rom, 5. April. (W. Z. S.) Die Senatoren De Campo reale und Vitelleschi-Robilli richteten an den Präsidenten des Senats die Anmeldung einer Anfrage an den Minister des Aeußeren Canevaro. In der Anfrage heißt es, sie wünschten zu wissen, ob die Regierung Kenntnis von einem englisch-französischen Abkommen habe, durch welches Frankreich ein eventueller Besitz im Hinterlande von Tripolis zugesichert wird und welche Schritte die Regierung demgegenüber gethan habe, oder zu thun gedenke.

Rom, 5. April. (W. Z. S.) Der internationale Presskongress hielt heute Nachmittag seine erste Sitzung ab. Monets sprach sein Bedauern aus über die unfreiwillige Abwesenheit der Kollegen Chiesi Romussi und Turati und schloß daran den Wunsch, daß diese der bürgerlichen Arbeit des Journalismus zurückgegeben werden möchten. (Beifall.) Präsident Singer erwiderte, die Versammlung werde es nicht an hoher Achtung vor den italienischen Behörden fehlen lassen; er hege die Hoffnung, daß die abwesenden Kollegen bald dank den besonderen Vorrechten des Königs in Freiheit gesetzt werden. (Beifall.)

Madrid, 5. April. (W. Z. S.) Durch ein königliches Dekret ist der Staatsrat aufgehoben worden. Jedes der 12 Mitglieder bezog jährlich 15 000 Pécias.

Helsingfors, 5. April. (W. Z. S.) Die finnischen Landstände sind entschlossen, die russische Wehrpflichtvorlage abzulehnen und es auf die gewaltsame Durchführung der Vorlage ankommen zu lassen.

Kauca, 5. April. (W. Z. S.) Der Oberkommissar Prinz Georg erließ eine Amnestie für die in der Zeit vom September 1896 bis Dezember 1898 begangenen politischen Vergehen; nur die im August 1898 in Kandia begangenen sind von der Amnestie ausgenommen.

Landesversammlung der sächsischen Socialdemokratie.

Krimmitschau, 4. April. Die alljährlich stattfindende Landesversammlung wurde heute vormittag 11 Uhr hier vom Reichstags-Abgeordneten Stolle mit einer Begrüßungsansprache eröffnet. Stolle wies darauf hin, wie gerade Krimmitschau historischer Boden für alle freihellen Bestrebungen seit 1848 sei. Hier habe sich auch die Arbeiterklasse frühzeitig als Klasse gefühlt und sich organisiert. Hier haben aber auch viel mehr als anderswo die Arbeiter die Macht der Reaktion zu fühlen bekommen. Krimmitschau habe in solchem Sinne ein Recht darauf, die Delegierten empfangen zu dürfen.

In das Bureau wurden hierauf Raden-Dresden und Grenz-Leipzig als Vorsitzende, Schmidt-Krimmitschau, Sindermann-Dresden, Zeißig-Chemnitz und Kleris-Weißwasser als Schriftführer gewählt. Das später verlesene Resolvent der Mandatsprüfung ergibt, daß alle 23 Wahlkreise durch 64 Delegierte vertreten sind. Außerdem sind außer Auer und Schippel sämtliche sächsischen Reichstags- sowie die Landtags-Abgeordneten anwesend. Ebenso das Centralkomitee. Der Parteivorstand in Berlin hat diesmal keinen Vertreter geschickt. In einem Briefe wird das mit Unwohlsein und anderweitiger Behinderung entschuldigt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird auf Antrag Eichhorn-Dresden beschlossen, über die diesmaligen Verhandlungen ein gedrucktes Protokoll herauszugeben.

- Die Tagesordnung ist folgende:
1. Bericht des Centralkomitees. Berichterstatter: Eichhorn-Dresden.
2. Die Organisationsfrage. Berichterstatter: Goldstein-Jwidan.
3. Agitation und Presse. Berichterstatter: Eichhorn-Dresden.
4. Die bevorstehenden Landtagswahlen. Referent: Frähdorf-Nützen. Korreferent: Lipinski-Leipzig.
5. Die Gemeinderatswahlen. Referent: Höppler-Cotta.
6. Anträge der Parteigenossen.
7. Neuwahl des Centralkomitees.
8. Wahl des Ortes für die nächste Landesversammlung.

Sum ersten Punkt verweist der Referent Eichhorn auf den gedruckten Bericht, der aus dem „Vorwärts“ gleich den sächsischen Parteiblättern im wesentlichen abgedruckt worden ist. Ergänzend weist der Referent auf die Referentenfrage besonders hin, die immer noch nicht genügend geregelt sei. Ein früherer Beschluß, daß sich die Referenten nur den Agitationskomitees zur Verfügung stellen sollen, werde nicht gehalten; ebenso nicht, daß die Referenten gegenseitig von den Bezirken ausgetauscht werden sollen. Die Agitation zur Reichstagswahl sei außerordentlich rege gewesen, in der schriftlichen habe man vielleicht gar stellenweise des Guten etwas zu viel gethan. Das erklärt sich aber zum Teil wieder aus dem Mangel an Versammlungsorten. — Der Stimmenrückgang in einigen Kreisen sei teilweise wohl der lässigen Agitation der Genossen mit zuzuschreiben. — In der Strafliste sind die verurteilten Löbtauer Banarbeiters mit aufgeführt. Damit ist das nachgeholt, was der Parteivorstand in Berlin unterlassen hat. Es sieht fast so aus, als ob man sich dieser Arbeiter geschämt habe. Der Parteivorstand habe da wohl einmal eine Dummheit begangen; man muß dagegen protestieren, ohne in dem Verhalten gerade eine Schwelchung zum Opportunismus zu erblicken. So schlimm ist es wohl nicht.

Die nun folgende Diskussion drehte sich fast ausschließlich um die Haltung des Parteivorstandes das Justizhaushalt betreffend. Voll und ganz auf dessen Standpunkt stellte sich aber nur Genosse Raden. Alle übrigen Redner, so Lorenz, Hofmann, Seher, Leipzig, Sindermann-Dresden gaben Eichhorn recht. Sindermann brachte sogar eine Protest-Resolution gegen das Verhalten des Parteivorstandes ein. Ein derartiges Vorgehen wurde nur freilich von allen anderen Rednern als übertrieben bezeichnet. Im allgemeinen ging die Meinung dahin, daß sich über die Sache streiten lasse und das Nichtregistrieren des Urteils vielleicht ein Fehler war; daß aber das unnötige Aufbauschen in der Presse nicht notwendig gewesen sei. Jedenfalls müßte die Frage, welche Urteile zu registrieren seien, in nächster Zeit einmal erörtert werden. In dem Sinne äußerten sich noch eingehend Gradnauer und Seher. — Den Stimmenrückgang einiger Kreise führen mehrere Redner in der Hauptsache auf sehr natürliche Ursachen, nicht auf mangelhafte Agitation zurück, das wird hauptsächlich vom Vertreter des 11. Kreises (Burgen) betont. Die Erfolge in der Oberlausitz sollen vornehmlich der Agitation in gegnerischen Versammlungen zu danken sein.

In seinem Schlusswort weist Eichhorn unter anderem die Ansicht Radens über das Justizhaushalt zurück. (Dieser hatte jeden Zusammenhang desselben mit der Arbeiterbewegung bestritten.) Eine solche Ansicht werde sich auch der Parteivorstand nicht zu eigen machen.

Sindermann zog schließlich seine Resolution zurück. Nach einigen persönlichen Bemerkungen war nunmehr der erste Punkt erledigt.

Zum zweiten Punkt erhält darauf das Wort Goldstein-Jwidan: Die Organisation ist das Rückgrat der Partei. Sie auszubauen ist deshalb eine Notwendigkeit, die Organisation war bisher eine sehr lose in Sachsen — eine Folge der gesetzlichen Zustände und des Polizeistroms.

Nachdem nun die eine gesetzliche Schranke: das Verbindungsverbot, aufgehoben ist, müßte die Partei in Sachsen ganz selbstverständlich an die Organisationsfrage herantreten. Die Landtagsfraktion in Gemeinschaft mit dem Centralkomitee ist an diese Aufgabe herangetreten. Das positive Ergebnis ist der vorliegende Organisationsentwurf. (Derselbe ist seinerzeit in den Parteiblättern abgedruckt worden.) Mit der Aufhebung des Verbindungsverbotes ist aber den Arbeitern zugleich eine Verschlechterung des Vereinsgesetzes beschieden worden — der Ausschluß der Winderjährigen aus politischen Versammlungen. Die Regierung hat es aber unterlassen, eine Definition zu geben, was politisch ist, und was nicht; eine solche Definition ist auch sehr schwer. Da ist nun aber das eingetreten, was bei den sächsischen Polizeimaximen vorausgesehen war und was von unserer Seite im Landtage seinerzeit als Befürchtung ausgesprochen wurde, nämlich, daß von der Polizei überhaupt alle Versammlungen, auch die gewerkschaftlichen, als „politische“ angesehen werden. Jede Behörde verfährt und entscheidet wie sie gerade Lust hat. Minister v. Meißel hat also nach der Richtung den früheren Kurs beibehalten. Unter solchen Umständen ist es ganz erklärlich, daß den Arbeitern die Aufhebung des Verbindungsverbotes nicht so viel nützt, als man geglaubt hat. Solche Erwägungen waren mitbestimmend für das Zustandekommen des vorliegenden Entwurfs. Derselbe bringt keine grundsätzlichen Änderungen gegen bisher Bestehendes. Er will nur das Vorhandene in gewisse Formen bringen und zusammenfassen; die Agitationskomitees sollen mehr Befugnisse bekommen, vor allem dort, wo sie bis jetzt nur als Eventualkraft wirken konnten. Sie hatten jetzt nicht die Macht, ihren Beschlüssen und Direktiven die nötige Geltung zu verschaffen. In der Diskussion über die Frage in Genossenschaft sind drei Richtungen vorhanden: die auf dem Boden des Entwurfs stehende, die centralistische (für einen Landesverein nach süddeutschem Muster), und die föderalistische (Kreisvereine). Redner hält die erstere Anschauung für die richtigere, weil sie nicht schablonisiert, sondern jedem einzelnen Kreise für die Art der Organisation freie Hand lasse. Als Einheit sei der Wahlkreis da; dieser muß aber in sich selbst eigenes Leben bringen. Eines schide sich und passe da nicht für alle. Redner führt dafür eine Reihe Beispiele an. Er weist ferner ebenfalls an der Hand realer dastischer Beispiele auf die ganze gesetzliche politische Situation in Sachsen hin, die mit Süddeutschland nicht zu vergleichen sei. Er erinnert an Vorgänge

unter dem Socialistengesetz. Heute sei es nicht anders. Damit solle man rechnen. So lange wir das „Juwel“ haben, müssen wir an dem, was sich bewährt hat, festhalten.

Es wird darauf in die Diskussion eingetreten. Außer dem Entwurf liegen noch einige Anträge, die sich auf die Organisation beziehen, vor; der 6. Kreis (Dresden-Alttadt) will Schaffung eines Landesvereins unter Beibehaltung des Vertrauensmännerstems; das Centralkomitee soll nächste Jahr einen neuen diesbezüglichen Entwurf vorlegen; der 16. Kreis fordert einen Landesverein nach bayerischem Muster; der 6. Kreis wünscht das Kreisvereinstem eingeführt; der 18. Kreis möchte das bisherige Vertrauensmännersthem beibehalten wissen und ist für Annahme des Entwurfs.

Nach einer längeren Geschäftsordnungs-Debatte werden diese Anträge von Rednern aus den betreffenden Kreisen, und zwar von Dreher-Löbtau, Lorenz, Chemnitz, Krüger-Dresden und Reifel-Krimmitschau begründet.

Die Generaldebatte eröffnet Frähdorf-Nützen. Er ist mit dem Entwurf einverstanden. Eine andere Art der Organisation sei unter dem jetzigen Polizeisthem nicht möglich. Wir müssen uns auf den Standpunkt stellen: Es stellt man sich, vereint schlagen.

Seher ist mit dem, was der Entwurf will, im allgemeinen auch einverstanden. Er ist aber gegen die sofortige Annahme, da man sich heute noch nicht festlegen dürfe. Die Ansichten sind noch nicht geklärt, das beweisen die vorhandenen drei Richtungen. Er sei gegen einen Landesverein weniger in Rücksicht auf die Polizei, sondern aus praktischen Gründen. Die Centralisation mache die Werbung von Genossen schwieriger. Die durch lokale Vereine den Genossen gegebene Selbständigkeit erhöhe den agitatorischen Eifer. In seinem Artikel über die Frage sei er mehrfach mißverstanden worden. Er wolle die Vertrauensmänner nicht beseitigen; er habe nur gesagt, daß sie in manchen Fällen überflüssig sein werden. Uebrigens brauche man auf dieses System nicht zu sehr zu pochen. Es sei seinerzeit nur als Rotbehelf eingeführt worden; die Aktionsfähigkeit einer geschlossenen Organisation könne ein solches System nicht ersetzen.

Lange-Niederbühlisch ist für Wahlkreis-Vereine. Grenz-Leipzig weist auf die bisherige verschiedenartige Stellung der Agitationskomitees hin. Er ist für den Entwurf, da dieser den verschiedenen Meinungen Rechnung trägt. Redner exemplifiziert weiter auf Verhältnisse und Einrichtungen im 12. und 13. Kreise. Die weitgehendste lose Form biete der Behörde sicher am wenigsten Angriffspunkte.

Die Verhandlungen wurden nunmehr abends 8 Uhr abgebrochen. Die Krimmitschauer Genossen haben zu Ehren der Delegierten einen Kommers in zwei festlich und feinsinnig decorierten Lokalen arrangiert.

Krimmitschau, 5. April. (Privat-Telegramm.) Die sächsische Landesversammlung der Socialdemokratie debattierte heute ausführlich über die Partei-Organisation. Der centralistische Landesverein wird abgelehnt, der Vorschlag des Centralkomitees, welcher die bestehenden Organisationsformen systematisch zusammenfaßt, angenommen.

Ueber die Presse referierte Eichhorn. Er stellt ihren bedeutenden Aufschwung fest; die Abonnentenzahl hat sich von 57 000 auf 72 000 seit Jahresfrist gehoben. In der Debatte werden besonders Bedenken geäußert wegen des niedrigen Preises des umgestalteten Chemnitzer Blattes. Der „Arme Teufel für die Oberlausitz“ wird als Partei-Organ anerkannt.

Es folgt die Diskussion über die Beteiligung an den Landtagswahlen. Der Antrag Sindermann, es den Wahlkreisen zu überlassen, ob sie sich beteiligen wollen oder nicht, wird mit großer Majorität abgelehnt. Der Beschluß: Die Partei beteiligt sich an den Landtagswahlen, wird mit 58 gegen 21 Stimmen angenommen.

Lokales.

Eine Flugblattverteilung findet im zweiten Wahlkreise am nächsten Sonntag statt. Die Genossen, die sich im Dienste der Partei hierfür zur Verfügung stellen wollen, sind gebeten, sich recht frühzeitig und recht zahlreich an den bekannten Stellen zur Verfügung zu stellen. Dann ist die Arbeit rasch und ohne allzugroße Belastung für den Einzelnen geschehen.

Erster Reichstags-Wahlkreis. Heute abend 8 1/2 Uhr findet eine öffentliche Versammlung in Coburg Festsälen, Deutschstr. 20-21 statt, in welcher der Reichstags-Abgeordnete Genosse W. Liebknecht über die Angelegenheit des „Friedens-Kongresses“ spricht. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Zur Neuwahl im zweiten Wahlkreise. Den Parteigenossen und Genossinnen die Mitteilung, daß heute abend 8 1/2 Uhr in Kriegers Salon, Wasserthorstr. 68, eine Versammlung stattfindet, in der Reichstags-Abgeordneter Max Schippel über die bevorstehende Neuwahl sprechen wird.

Warum wurde die Wahl des Herrn Abg. Kreißling kassiert? Ueber diese Frage spricht Parteigenosse Abgeordneter Otto Antrich heute abend in einer bei Habel, Bergmannstraße 5-7 stattfindenden öffentlichen Versammlung des Wahlvereins für den zweiten Wahlkreis. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Freie Volkshöhle. Die Vorstellung der 3. Abteilung (graue Karten) findet am Sonntag, den 9. April, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater statt. „Der Erbforster“ von Otto Ludwig. Die Vorstellung der 6. Abteilung (grüne Karten) am Sonntag, den 9. April, im Lessing-Theater: „Erziehung zur Ehe“ und „Liebesträume“. Es ist somit in beiden Theatern eine Vereinsvorstellung. Siehe heutiges Inserat.

Mit der Denunziation droht Eugen Richter wieder einmal. Sein Haß gegen die Arbeiter und die Furcht vor dem socialdemokratischen Wahlsiege hat alle kapitalistischen Instinkte dieses Bourgeois-politikers zur Glühigkeit entflammt. Die Einküsterungen gewisser Wahlmacher aus der Viktoriastraße über „Wahlschaltungen der Socialdemokratie“ haben ihn sogar die Thatsache vergessen lassen, daß die Wählerlisten von dem freisinnigen Berliner Magistrat angelegt sind. Wenn also wirklich Wähler eingetragen sind, die gar nicht in der angegebenen Wohnung wohnen, so trifft die Verantwortung dafür einzig und allein den freisinnigen Magistrat, dem nachträgliche Anmeldungen zur Wählerliste erfolgen nur gegen Vorweis der amtlichen Papiere. Trotzdem stellt Eugen Richter immer wieder die grundverlogene Behauptung auf, daß „socialdemokratische Wähler (zu Tausenden, schrieb er zuerst) 1898 im 2. Berliner Wahlkreis zur Wählerliste sich gemeldet haben, obgleich sie in dem Wahlkreis gar keine Wohnung besaßen.“ Zum Beweise aufgefordert, konnte er beklammert nur einen einzigen Wähler nennen, und von dem Tapezierer Rademacher, den niemand kennt, und von dem Eugen Richter daher wohlfeil behaupten konnte, er sei Socialdemokrat. Um seine Verlogenheit und seine elende Verdächtigung des politischen Gegners zu verdecken, greift er jetzt unter großer Wortkannone mit dem edelen Mittel aller schönen Seelen: er droht mit Gericht und Polizei und thut so, als wolle er die socialdemo-

kratischen Wähler einschüchtern, indem er schreibt: „Die betreffenden socialdemokratischen Wähler, welche damals zur Neuwahl sich angemeldet haben, werden gut thun, um spätere sogar unbedeutende Weiterungen zu vermeiden, diesmal dem Wahllokal fernzubleiben.“

Wir verlangen Angabe von Name, Beruf, Wohnung oder wir erklären nach wie vor diese Eugen Richterschen Redensarten als elende Plunzereien, denn weiter sind sie nichts. Und im übrigen kann sich Richter auslachen lassen: Wer in der Wählerliste steht, hat das Recht zu wählen, gleichviel, ob er im Wahlkreise wohnt oder nicht. Und niemandem können „unbedeutende Weiterungen“ daraus entstehen! Herr Eugen Richter braucht man auch dann nicht zu glauben, wenn er sich einmal ausnahmsweise sogar dümmert stellt, als er selber — sein will!

Den Dank der Konservativen sich im voraus zu sichern, ist Eugen Richter ängstlich bemüht. So druckt er heute in der „Freisinnigen Zeitung“ die Aufforderung des Vorstandes des konservativen Wahlvereins nach, worin dieser um Beiträge zum Wahlfonds ersucht und die „nationalgesinnten“ Mitglieder auffordert, sich zu den Wahlvorbereitungsarbeiten zur Verfügung zu stellen. Ob Eugen Richter unter den „nationalgesinnten“ Männern auch die sonst von den Konservativen so verächtlich mit „jüdischem Freisinn“ benannten Heilmann, Perls, Wilsen, Sasse u. s. w. versteht?

Kein Agitationsvieh zu erlangen. Am 30. März brachten wir eine Aufforderung ab, die vom freisinnigen Wahlausschuß des zweiten Reichstags-Wahlkreises an die freisinnigen Unternehmern gerichtet war und dahin ging, am Wahltag so und so viele Handelsangestellte zur freisinnigen Agitation abzulommandieren. Herr Eugen Richter meinte darauf ganz nat in der „Freis. Ztg.“, an wen sich der Wahlausschuß in solchem Falle denn sonst wenden sollte, wenn nicht an die Prinzipale!

Mit dem Streben auf Erlangung von Agitationsvieh scheint es aber keine Schwierigkeiten zu haben, denn ein parteioffizielles Circular an das freisinnige Unternehmertum besagt folgendes: Berlin, den 5. April 1899.

Sehr geehrter Herr! Vor einiger Zeit erlaubten wir uns an Sie die ergebene Bitte zu richten, uns für den Wahltag einige Herren als Hilfskräfte zur Verfügung zu stellen.

Zu unserem größten Bedauern sind wir bis heute ohne Antwort Ihrerseits geblieben und gestatten uns daher, unsere Bitte recht dringend zu wiederholen und Sie zugleich zu ersuchen, uns die Namen der Herren zugleich mit Ihrer Zusage schleunigst aufzugeben zu wollen.

Wir sagen Ihnen im voraus besten Dank und zeichnen Hochachtungsvoll Der Vorstand des Wahlvereins der Fortschrittspartei im zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreise.

J. A. Arnold Perls, Albert Heilmann. Moran liegt es, daß der Vorstand des Wahlvereins mit Hilfe des Unternehmertums nicht genügend Agitationskräfte erlangen kann? Denken die freisinnigen Unternehmer anständiger als die freisinnige Wahlleitung? Schämten sie sich der Zuzunung, ihre Angestellten, um deren politische Gesinnung sie sich nach liberaler Weltanschauung nicht kümmern sollten, wider Sitte und Recht zur freisinnigen Wahlagitation abzulommandieren? Fürchten sie den Protest der Handlungsgehilfen? Oder ist ihnen in richtiger Erkenntnis die freisinnige Sache nicht so viel wert, um die gewinnbringende Arbeitskraft der Angestellten auf einen Tag preiszugeben?

„Kommunale Monopolbestrebungen auf dem Gebiete des Badewesens“ wollen die Inhaber der Privat-Badeanstalten erndtet haben. Nachdem sie mehrere Jahre hindurch erfolglos dagegen protestiert haben, daß die Stadtgemeinde durch die Errichtung von Warm-Badeanstalten ihnen die Rundschaft entzieht, hat jetzt der Verein der Badeanstalts-Inhaber von Berlin und den Vororten eine Denkschrift verfaßt, durch die das Publikum über die angeblichen Monopolbestrebungen der Kommune aufgeklärt werden soll. Die Denkschrift verlangt, daß in den städtischen Badeanstalten der Preis für die Bannenkäbel herabgesetzt und die Zahl der Brause-Badeeinrichtungen vermehrt wird. Die Stadt verdiene noch zu viel an ihren Bädern und Verlässliche nicht genug die Bedürfnisse der unbemittelten Bevölkerung. Das stimmt vollkommen, aber die Inhaber der Privat-Badeanstalten sagen das nicht deshalb und treten nicht darum für die unbemittelte Bevölkerung ein, weil sie uneigennützig Förderer der Volksgesundheit sein wollen. Sie wollen die städtischen Warm-Badeanstalten durch die von ihnen vorgeschlagene Reform in den Augen desjenigen Publikums, das zwar auch nichts weiter in die Suppe zu broden hat, das aber doch, wie man zu sagen pflegt, noch ein bißchen auf sich hält, auf das Niveau von Anstalten für das „niedere“ Volk herabdrücken. In der Denkschrift wird das nicht offen als Absicht zugegeben, aber die Badeanstalts-Besitzer können von ihren Vorschlägen unmöglich etwas anderes als diese Wirkung erwarten. Vielleicht würde die (aus sachlichen Gründen zu empfehlende) Durchführung ihrer Vorschläge nur bewirken, daß der größte Teil der ihnen jetzt bereits untreu gewordenen Rundschaft nach der Preisherabsetzung erst recht in den städtischen Badeanstalten bliebe. Dann könnte es leicht geschehen, daß der Betrieb von Badeanstalten hauptsächlich zu einem kommunalen Monopol würde. Der öffentlichen Wohlfahrt wäre damit nur gedient.

Ueber die Bildung eines Regierungsbezirks Berlin, in den die Städte Charlottenburg, Schöneberg und Nixdorf, sowie eine Anzahl benachbarter Gemeinden aufgenommen werden sollen, wird der „Köln. Ztg.“ zufolge dem Landtag schon in nächster Zeit eine Gesetzesvorlage zugehen. Die „Kölnische Zeitung“ bringt mit diesem Plan die Neuorganisation der Polizeiverwaltung in Schöneberg in Verbindung, das seit dem 1. April einen eigenen Stadtkreis bildet. Während die Ortspolizeiverwaltung von Schöneberg bisher dem Polizeipräsidenten in Berlin unterstellt war, ist jetzt für sie eine eigene königliche Polizeidirektion geschaffen und an die Spitze derselben der bisherige Landrat in Ruhrodt, Hammacher, der Sohn des früheren Parlamentariers, vorläufig kommissarisch, gestellt worden. Wemerlenwort ist hierbei, daß für die neue Polizeidirektion in Schöneberg nicht, wie für die Polizeidirektion in Charlottenburg, das Polizeipräsidentium in Berlin, sondern bis zu der in Aussicht genommenen anderweitigen gesetzlichen Regelung der Regierungspräsident in Potsdam als Aufsichtsinanz bestellt worden ist.

Ueber die Berliner Sterblichkeit im Jahre 1898 liegen bereits jetzt ausführlichere Mitteilungen bezüglich des Alters der Gestorbenen und der Todesursachen vor. Von den Altersklassen war die Klasse 0-1 Jahr, die Säuglinge, mit 10 290 unter insgesamt 30 574 Sterbefällen weitaus am härtesten betroffen. Unter den 12 Monaten hatten, wie immer, die heißesten die höchste Säuglingssterblichkeit. Infolge der zunächst kühlen Temperatur des Sommers fiel aber das Maximum diesmal erst in den August und September. Allein 3233 der gestorbenen Säuglinge kamen auf die Monate August und September, wodurch sich auch die Gesamtsterblichkeit, deren Höhe ja wesentlich durch die Höhe der Säuglingssterblichkeit beeinflusst wird, in diesen beiden Monaten bedeutend steigerte. Von den

früher Gestorbenen des Jahres kommen auf die Altersklassen: 1-5 Jahre 3907, 5-10 Jahre 660, 10-15 Jahre 327, 15-20 Jahre 584, 20-30 Jahre 1815, 30-40 Jahre 2208, 40-50 Jahre 2635, 50-60 Jahre 2790, 60-70 Jahre 2672, 70-80 Jahre 2432, über 80 Jahre 965. Unter den Todesursachen standen oben die Erkrankungen der Atmungsorgane, speziell der Lungenarterien mit 3553 (besonders viele Fälle in den Frühjahrsmonaten) und die Lungenentzündung mit 2389. Die Erkrankungen der Verdauungsorgane waren diesmal weniger stark vertreten (in größerer Zahl besonders im August und September), speziell Brechdurchfall mit 1436, Diarrhöe mit 1229, Magen- und Darmkatarrh mit 1032. Die große Zahl von Todesfällen durch Erkrankungen der Atmungsorgane bzw. der Verdauungsorgane, von denen jene besonders in den mittleren Altersklassen, diese unter den Säuglingen ihre Opfer forderten, ist für die Berliner Sterblichkeit charakteristisch; sie erklärt sich daraus, daß Berlin im wesentlichen eine Arbeiterstadt ist. Von den akuten Infektionskrankheiten sind ferner besonders zu nennen: Masern und Diphtherie mit 1229, Scharlach mit 264, Scharlach und Scharlachdiphtherie zusammen 268, Diphtherie 608. Zahlreich waren auch die Todesfälle durch Schlagfluß, 1008 Fälle. Gewaltsamer Tod wurde 903 Mal festgestellt, 483 Fälle davon wurden als Selbstmord gemeldet.

Kadispport und Kirchenfrömmigkeit. Ueber die Festtage in Berlin läßt sich die ultramontane „Köln. Volksztg.“ schreiben: Die Berliner pflegen an den hohen Festtagen in größerer Zahl als sonst die Kirche zu besuchen, besonders wenn es schlechtes Wetter ist. Bei gutem Wetter werden — wenigstens Ostern und Pfingsten — Ausflüge in die Umgegend gemacht; statt nach Treptow oder Wannsee geht es dann oft weiter, besonders in die märkische Schweiz oder nach Dresden, bis an die böhmische Grenze. Die protestantischen Kirchen sind Weihnachten, Neujahr und Charfreitag am meisten gefüllt. Der Charfreitag ist eigentlich der am meisten gefeierte Tag, neuerdings leidet an diesem Tage der Kirchenbesuch vielfach durch das Kadispport. Die Theater sind geschlossen und auch sonst giebt's kein „Bergnügen“ in der Stadt; so fahren denn die „jungen Leute“ beiderlei Geschlechts scharenweise hinaus auf die Dörfer. Schon am frühen Morgen bevölkerten viele Tausende von Kadifahrern den Kurfürstendam und den ganzen Tag hindurch waren alle Aneipen in den weiter hinaus liegenden Orten überfüllt. Jedenfalls schädigt das Kadifahren stark den Kirchenbesuch, und die an den Vor so vieler protestantischer Gotteshäuser an hoher Stelle geknüpften Hoffnungen haben sich im allgemeinen nicht erfüllt. In der ersten Zeit schien es anders zu sein; jedermann wollte die neuen Kirchen wenigstens in Augenschein nehmen. Jetzt hat der Zulauf wieder stark nachgelassen, dem veränderungs-süchtigen Großstädter ist der Kirchenbesuch schon wieder „was Altes“ geworden. Hier hat eben alles abwechselnd seine „Zugkraft“, auch der Kirchenbesuch. Damit der „Reichsbote“ nicht etwa argwöhnt, wir sagten das aus ultramontaner Bosheit, wollen wir darüber die allem Rationalismus abholden rechts-nationalliberale „Vorwärts“, citieren, die dieser Tage an leitender Stelle schrieb: „Der Einfluß in die sehr zahlreich gewordenen Berliner Kirchen am Sonntag leidet, daß nur eine kleine Anzahl Personen das kirchliche Bedürfnis empfindet.“

Katolisch behauptet die „Köln. Volksztg.“, um das Dogma von der Berliner Kirchennot wenigstens für die katholischen Kirchen aufrechtzuerhalten, daß es in diesen voller ist. Augenscheinlich hat also, so bemerkt die „Volksztg.“, der Kadispport in katholischen Kreisen weniger Anhänger als in den evangelischen.

Die veredelnde Wirkung des Rennsports hatte man an den Feiertagen auf der Rennbahn zu Karlshorst zu beobachten Gelegenheit. Man braucht an der Rennbahn kaum die Bahn selber zu betreten; es genügt, wenn man am Abend die Heimkehrenden nach dem Ausfall der Rennen befragt. In neun von zehn Fällen erhält man die Antwort: heute war es sehr interessant; so und so viele Reiter sind gestürzt und so und so viele Pferde mußten erschossen werden! Mit besonderem Entzücken wird ein Unglücksfall geschildert, wenn er sich in möglichster Nähe des erzählenden Sportfanatikers ereignet hat. Passiert kein Malheur, so ist allerdings auch das Publikum unwirlicher Laune, und man vernimmt die Klage, daß es diesmal nicht recht was war, da kein einziger Zwischenfall vorgekommen sei. Ein besonders widerlicher Vorgang war am zweiten Feiertage auf der Rennbahn zu beobachten. In einem Rennen war ein Pferd, auf das man allgemein große Hoffnungen gesetzt hatte, mitsamt seinem Reiter gestürzt und dadurch hatte ein anderer Gaul den Sieg errungen. Hierüber geberdeten sich zwei junge Leute wie wahnsinnig; sie jauchzten vor Freude auf und fielen einander schließlich um den Hals. Die Ursache dieses Wometanuels ist leicht zu erraten: die beiden Jünglinge hatten gerade auf das Pferd gesetzt, das durch den Unglücksfall seines Mitsäufers als erstes aus Ziel gekommen war. An den Reiter, der längere Zeit besinnungslos auf dem Plage liegen blieb, dachte niemand. Es muß übrigens betont werden, daß selbst Arbeiter an Renntagen die Arbeit verläumten, um sich an dem häßlichen Schauspiel in Karlshorst zu weiden und womöglich ihre sauer verdienenden paar Pfennige in irgend einem jener Wettbüros anzulegen, die zu Duzenden in der Gegend etabliert sind.

Die Befreiung des Rathhausdaches ist jetzt wieder gegen Zahlung einer Gebühr von 20 Pf. täglich von vormittags 10 bis nachmittags 3 Uhr gestattet.

Von einer geregelten Sonntagruhe im Droschkenfuhrgewerbe nach den Wünschen der Kutsher ist trotz der schönen Versprechungen der Unternehmer noch wenig zu verspüren. Im Droschkenfuhrgewerbe besteht ein Arbeitszeit von zwölf, vierzehn und noch mehr Stunden. Von Ruhetagen für die Kutsher ist überhaupt kaum zu reden; es herrscht hierin die reine Willkür. Hat ein Kutsher einmal das Bedürfnis, einen Tag frei zu erhalten, so kommt der Unternehmer und verlangt von dem Kutsher, daß dieser den verläumten Tag nachhole. Dieses „Nachholen“ geschieht in der Weise, daß der Kutsher für den freien Tag, welchen er gehabt hat, nachträglich 38 Stunden hintereinander fährt, damit der Fuhrherr keinen Schaden erleide. Diejenigen Fuhrherren, welche die Kutsher gewissermaßen auch als Menschen betrachten und ihnen wenigstens in bestimmten Zeiträumen einen freien Tag gewähren, befinden sich in der verschwindenden Minderheit. Von einem im Osten der Stadt wohnenden Fuhrherren, welcher über 20 Kutsher beschäftigt, veröffentlicht die „Allgemeine Fuhrerzeitung“ von 8 Kutshern in betreff der Ruhetage, welche dieselben gehabt haben, folgende recht lehrreiche Zahlen:

| Kutsher A. hatte in 3 Jahren 50 Ruhetage, darunter 8 Sonntage. | | | |
|--|-------|----|----|
| A. | 2 | 48 | 2 |
| B. | 2 | 44 | 17 |
| C. | 2 | 34 | 3 |
| D. | 2 | 31 | 4 |
| E. | 1 1/2 | 22 | 7 |
| F. | 2 | 15 | 2 |
| G. | 3 1/2 | — | — |

Letzterer ist somit 8 1/2 Jahre hindurch gefahren, ohne auch nur einen Ruhetag gehabt zu haben! Und dabei ist der in Rede stehende Fuhrherr noch zu denjenigen zu rechnen, bei denen die Arbeitsverhältnisse einigermaßen geordnet sind. Bei den meisten Fuhrherren aber liegen die Verhältnisse noch weit ungünstiger. Angefichts solcher Thatfachen ist wohl die Frage berechtigt: „Wer zerstört das Familienleben der Arbeiter?“

Die Gründung eines Allgemeinen Antisemitenbundes für ganz Deutschland ist in Aussicht genommen. Der zu diesem Zwecke erlassene Aufruf schließt in bezeichnender Weise mit folgenden Worten: „Die Namen der Bundesmitglieder sollen, um deren geschäftliche Schädigung zu verhüten, geheimgehalten werden.“ So sieht das Urgermanentum ungewohnter Sorte sich dem Feinde ins Auge.

Den stärksten Tagesverkehr, der jemals auf der Großen Berliner Straßenbahn zu verzeichnen war, hat der zweite Osterfeiertag gebracht. Es sind an diesem Tage auf der Straßenbahn gegen 700 000 Personen befördert worden, davon rund 600 000 gegen

Einzelfahrgeiß, so daß die Einnahme dieses Tages sich auf 69 500 M. belief, während noch fast 100 000 Personen die Straßenbahn auf Abonnementkarten benutzten. Am ersten Osterfeiertage wurden von der „Großen Berliner“ rund 600 000 Personen befördert, so daß die beiden Festtage der Straßenbahn nicht weniger als rund 1 300 000 Fahrgäste gebracht haben, eine Ziffer, die bisher für zwei Tage noch niemals erreicht worden ist.

Die neue Berliner Omnibus-Gesellschaft hat mit dem Inkrafttreten ihres Sommer-Fahrplanes die fünfjährige Leistung der drei Schöneberger Touren vermehrt. Die Linie Goldstraße-Spittelmarkt hat jetzt sechs, die Linie Schöneberg-Brunnentstraße besitzt deren acht, und die Linie Bahnhof-Groß-Görschenstraße-Frankfurter Allee sieben solche billigen Leistungsdienste.

Das Waldeck-Denkmal auf dem alten Jakobi-Kirchhof (Waldeck-Park) an der Oranienstraße — so schreibt ein Bericht-erstatler — gewährt einen Anblick, der deutlich darauf hinweist, daß das Monument seit seiner vor neun Jahren erfolgten Enthüllung einer Säuberung nicht unterzogen worden ist. Bewohner der dem Park benachbarten Häuser sowie andere Personen haben nun an die Stadtverwaltung das Gesuch gerichtet, bei der demnächst beginnenden „Denkmalswache“ auch des Standbildes Waldecks zu gedenken.

Ein neues Einberufungsverfahren wird zunächst versuchsweise für das Mobiljahrgangsjahr 1899/1900 eingeführt werden. In den erlassenen Ausführungsbestimmungen heißt es: Die Einberufung der Offiziere und Mannschaften des Beurlaubtenstandes, einschließlich der Ersatzreserve, erfolgt durch öffentliche Aufforderung auf Grund von bereits im Frieden ausgehändigten Bestimmungsbefehlen (Kriegsbeordnungen). Die Mannschaften, die zunächst nicht gebraucht werden und daher in den ersten Tagen der Mobilmachung den Bezirkskommandos ferngehalten werden sollen, erhalten im Frieden eine Patente, die im wesentlichen besagt, daß ein besonderer Befehl noch abzuwarten ist. „Kriegsbeordnungen“ und „Patente“ sind so eingerichtet, daß sie in den Militärpark oder in den Ersatzreservepark eingeliebt werden können. Nach diesem neuen Verfahren muß sich jeder Mann bei den Kontrollversammlungen im Besitz einer Kriegsbeordnung befinden, so daß Irrtümer sofort bemerkt werden.

Die Berliner Unfallstationen sind im Monat März d. J. in 2525 Fällen gegen 2251 im gleichen Monat des Vorjahres für erste Hilfe in Anspruch genommen worden, und zwar 2327 mal bei Unfällen und 498 mal bei plötzlichen Erkrankungen. In den Stationen wurden 2583, außerhalb derselben 242 Personen behandelt. Mit den Krankenwagen der Unfallstationen wurden im verflochtenen Monat 128 Transporte ausgeführt. Die Zahl der polizeilicherenfalls den Stationen übergebenen, teils betäubten Personen betrug 159; die unentgeltliche Inanspruchnahme von Eis bei Krankheitsfällen geschah in 167 Fällen.

In der Schönholzer Halde erschossen hat sich der 31 Jahre alte Schneidermeister Paul L. aus der Brunnenstr. 148, der kränklich und seit Dienstag voriger Woche verschwinden war. Arbeiter hörten den Schuß fallen, fanden L. mit einer schweren Kopfwunde am Boden liegen und sorgten für seine Ueberführung nach einem Berliner Krankenhaus. Hier ist der Verwundete, der eine frange Frau hinterläßt, gestorben.

Die Kriminalpolizei hat als vermutlich gestohlen ein Zweirad „Marke Deutschland Nr. 7272“ mit Beschlagnahme. Das Fahrrad ist schwarz lackiert und hat weiße Felgen. Der Eigentümer wird ersucht, sich während der Vormittagsstunden auf dem Polizeipräsidium, Zimmer 30, einzufinden.

Von den jugendlichen Mördern des Justizrats Leiby dürfte der eine, Große, seine bis 1912 dauernde Strafbüße schwerlich überleben. Er befindet sich seit einiger Zeit im Lazareth des Gefängnisses zu Pflanzensee, da er körperlich sehr herabgekommen ist. Dabei leidet er auch an Zahnvorsprosseln, die mit der Mordthat in Zusammenhang stehen. Oft spricht er zusammen und sieht dann stark nach einer und derselben Richtung. Befragt, was ihm sei, erwiderte er, ihm scheine, als wenn da der Justizrat Leiby stehe. Sein Komplize Werner befindet sich dagegen wohl.

Zahlreiche Hausdiebstähle an Waren und Geld hat ein 21 Jahre alter Handlungsgehilfe Zickel um Schaden einer großen Teppichhandlung in der Spandauerstraße verübt. Er wurde gestern verhaftet.

Verabreichung eines Geldbriefes. Durch ein Berliner Bankhaus wurde dieser Tage dem Sohne eines höheren Offiziers, welcher sich gegenwärtig in einem Marburger Pensionate befindet, ein Geldbrief mit 550 M. Inhalt überhandt. Bei der Aushändigung des Wertbriefes an den Adressaten stellte sich nun heraus, daß von der be-zierten Summe 400 M. fehlten. Der Brief wurde sofort zur Post zurückgebracht und dort nachgewogen, wobei sich ergab, daß er sechs Gramm Mindergewicht aufwies, also etwa so viel, wie vier Hundertmarkstücke wiegen. Ferner machte man die Entdeckung, daß sich unter dem einen der beiden Verschlusssiegel, welches abgelöst gewesen sein muß, ein kleiner Schnitt im Couvert befand, aus welchem in ge-richtiger Weise die fehlenden Scheine herausgeholt worden sind. Die Postbehörde in Marburg hat sofort eine Untersuchung eingeleitet, doch konnte bisher nicht ermittelt werden, ob der Brief in Berlin während der Fahrt oder in Marburg berührt wurde.

Mit Salzsäure vergiftet hat sich ein unbelastetes, junges Mädchen, das gestern Abend am Alexanderufer zusammenbrach und besinnungslos liegen blieb. Leute, die dazu kamen, und ein Schutzmänn brachten die Unbekannte nach der Charite. Bei ihr fand man einen Zettel mit dem Namen Handl.

Schwer verunglückt ist gestern morgen der 20 Jahre alte Feuerschutz Karoli, der in der Luisenstr. 21 beschäftigt war. Der junge Mann wollte eine dreifache Scheibe eines Lichtschattes öffnen. Die schwere Scheibe schlug wieder zu und ging in Trümmer. Karoli wurde an der linken Hand zwei Finger abgequetscht und Sehnen durchgeschnitten. Ein schweres Glasstück durchschlug ihm außerdem einen Stiefel und verletzte ihn am Fuß.

Feuerbericht. Mittwoch mittag hatte Neue Königsstr. 190 der Inhalt eines Hängebodens Feuer gefangen, wobei Kleider, Betten und allerlei Hausrat verbrannt wurden. In der vorder-gehenden Nacht wurde die Wehr nach Heißstraße 4 gerufen, wo in einem Maschinenhaus der Kesselmantel in Brand geraten war, der auch die Vollenlage erheblich beschädigte. Vorher erfolgten Alarmierungen nach Marlagrabenstraße 25 und Prinz Eugenstraße 25, doch handelte es sich in beiden Fällen um Brände, die mit Leichtigkeit erstickt werden konnten. Dienstagabend 8 Uhr gingen Prinzengrabenstraße 9 Kleidungsstücke und Papier in Flammen auf. Kleider, Wäsche und Körbe wurden eingeschwert bei einem Brände, der eine Stunde vorher Fort-straße 20 abgelöst werden mußte. Außerdem erfolgte noch eine Alarmierung nach Friedrichstraße 97, wo in einem Hotel Gardinen und künstliche Palmen Feuer gefangen hatten.

Die Hochschule für Zahnmacher beginnt ihren Sommer-Kursus in der Hochschule für Richter und Gesellen am Sonntag, den 9. April, vormittags 9 Uhr, in der Aula der Gemeindefabrik Adrestr. 30, und am Dienstag, den 11. April, abends 7 Uhr, ebendort. Der Unterricht umfaßt Anatomie des Mundes, Abgipfen von Zähnen, Verleihen und Barenhand, Kalkulation und Buchführung; außerdem wird ein Kursus eröffnet für Schachfabrikation, unter Vorführung der neuesten Maschinen. — Der Unterricht im Rechnen, Lesen, Schreiben, Deutsch, Buchführung und Modellzeichnen beginnt am Montag, den 10. April, abends 7 1/2 Uhr, im Schulhaus Riederwallstr. 67. Meldungen zur Aufnahme nehmen die Herren Direktoren an den Unterrichtsämtern, sowie der Dirigent der Hochschule für Zahnmacher, Obermeister L. Schumann, Weststr. 45, bis zum 8. April entgegen.

In der 4. Fortbildungsschule, Heinersdorferstr. 18, sind im letzten Halbjahr zwei neue Kurse im Englischen eröffnet worden. Der Unterricht ist besonders Kaufleuten und Handwerkern zu empfehlen, die später ins Ausland gehen wollen; denn er beginnt sofort mit Konversation im Anschluß

an Bilder, englische Fibeln und Zehnbücher und findet Dienstag und Freitag, abends von 7-9 Uhr, statt. Anmeldungen nimmt täglich Herr Rektor Engenberger, Heinersdorferstr. 18, entgegen.

Marktpreise von Berlin. 4. April 1899. (Nach Ermittlungen des Polizeipräsidiums.) Weizen 15,80-14,80 M., Roggen 14,35 bis 13,40 M., Futter-Getreide 18,70-13,00 M. (ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der preuß. Landwirtschaftskammer — Notierungsstelle — und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppelcentner). Hafer, gute Sorte 15,40-14,90 M., Mittel-Sorte 14,80 bis 14,20 M., geringe Sorte 14,10-13,50 M., Nichtstroh 4,16-4,00 M., Heu 6,80-4,40 M., Erbsen, gelbe zum Kochen 40,00-25,00 M., Spriebohnen, weiße, von 50,00-25,00 M. Binsen von 70,00 bis 30,00 M. (Einheitspreis); Kartoffeln von 6,00 bis 4,00 M.; alles per 100 Kilogramm. Rindfleisch von der Kaule von 1,00-1,20 M., Bauchfleisch 1,20-1,00 M., Schweinefleisch von 1,60 bis 1,20 M., Kalbfleisch von 1,80-1,00 M., Hammelfleisch von 1,60 bis 1,00 M., Butter von 2,00-2,00 M.; alles per 1 Kilogr. Eier 4,00-2,40 M. per 60 Stück. Fische per 1 Kilogr.: Karpfen von 2,20-1,20 M., Aale von 3,00-1,80 M., Zander von 2,80-1,00 M., Seehecht von 2,40-1,00 M., Barsche von 1,80-0,80 M., Schleie von 3,50-1,40 M., Meise von 1,40-0,80 M., Krebse 60 Stück 12,00 bis 4,00 Mark. — Berliner Produzentenmarkt. Weizen zog am Mittwoch 1/2 Mark, Roggen 1/4 Mark an. Hafer und Reis waren nur schwach beauftragt. Rüböl still. Für Loco war die Tendenz am Spiritusmarkt fest, die Fabrikanten zeigten größere Aufnahme-lust. Hamburger Käufe machten sich weniger bemerkbar. Angeboten waren 125 000 Liter 70er Spiritus, wovon 50 000 Liter nach Hamburg verkauft wurden. Bezahlt wurde 40,20 M. (+ 0,20 M.). 50er Spiritus fehlte. Auf etwas Käufe zogen Termine um 30 Pf. an. — Kartoffelfabrikate. Berlin, 5. April. Prima Kartoffelmehl per 100 Kilogr. 20,00 M. Prima trockene Kartoffelfstärke per 100 Kilogr. 20,00 M. Feuchte Kartoffelfstärke per 100 Kilogramm 10,40 M.

Der deutsche Ackerbauverein teilt uns mit, daß die alten Hundsteuermarken nicht, wie kürzlich berichtet worden, am 1. April, sondern am 1. Juni ihre Gültigkeit verlieren. Bis dahin schützt die alte Marke vor dem Aufgreifen.

Aus den Nachbarorten.

Aus Groß-Lichterfelde wird uns berichtet: In den hiesigen bürgerlichen Kreisen scheint man sich sehr lebhaft für die Frage des Austritts von Groß-Lichterfelde aus dem Kreisverband Teltow zu interessieren. Diese Ausschreibung aus dem Kreise kann selbstverständlich erst stattfinden, wenn unser Ort zur „Stadt“ erhoben worden ist, und hierzu ist die Vorbedingung eine Einwohnerzahl von 25 000, an der zur Zeit 3000 fehlen. Groß-Lichterfelde bezahlt an Kreissteuern mehr als 100 000 M., d. i. der sechste Teil des Gemeinde-Etats. Nach den Festsetzungen des Kreisrats für 1899 steigen die Kreisumlagen für den hiesigen Ort auf 102 000 M. Nachdem Schöneberg und Rixdorf, die mit ihren hohen Beiträgen für den Kreisetat von äußerst erheblichem Einfluß waren, ausgeschlossen sind, steht Lichterfelde bezüglich der Belastung mit Kreissteuern bereits an zweiter Stelle (nach Wilmersdorf), dann folgt Steglitz, Grunewald etc. Bei der fortwährenden Steigerung der Kreisumlagen und dem Auscheiden der kapitalstärksten Gemeinden aus dem Kreisverband, erscheint eine weitere prozentuale Erhöhung der Kreisumlagen für die noch übrigen Orte sehr wahrscheinlich. Die Zuwendungen, die Groß-Lichterfelde aus den Kreismitteln erhält, sind relativ gering. Der Betrag von 500 000 M. für das hier zu erbauende Krankenhaus kann nur zum geringsten Teil der hiesigen Gemeinde gutgeschrieben werden, da dasselbe für den Kreis errichtet wird. Ferner erhält Lichterfelde als Beitrag zu den Kosten der Amtsverwaltung 1200 M. Bei der Erwerbung des Städtchens für die Gemeinde Groß-Lichterfelde dürfte als Abfindungssumme für den Kreis der Betrag von einer Million Mark in Betracht kommen und würden außerdem noch erhebliche Aufwendungen für den Fall der Umwandlung der bisherigen Orts- in eine „königliche“ Polizei zu machen sein. Besonders wegen des letzteren Umstandes scheint bei den bürgerlichen Interessenten der Respekt vor den enormen Kosten mindestens ebenso groß zu sein als vor der „königlichen Polizei“ selbst. Jedenfalls bedarf die Frage des Auscheidens unserer Gemeinde aus dem Kreisverbände einer eingehenden, gründlichen Prüfung. —

Eine der wesentlichsten Beschäftigungen nationalen Stunes und patriotischer Pflichterfüllung sieht das deutsche Unternehmertum belamüht darin, daß es sich sofort billige Arbeitskräfte aus dem Auslande heranholt, wenn die deutschen Arbeiter in profitorischer Zeit ihren künftigen Lohn um ein geringes erhöhen wollen. So geschah es auch während des vorjährigen Wauerstreiks in Spandau. Diese nationale Unternehmerrmaxime haben sich die italienischen Maurer zu nuge gemacht, die sich im vorigen Jahre zu Streikbrecherdiensten mitherausdrücken ließen. Sie sind wieder in Spandau eingetroffen und hoffen, auch in diesem Jahre wieder Arbeit zu erhalten. Auch haben sie die Ankunft einer größeren Anzahl von Landknechten in Aussicht gestellt. Es wird Sache der deutschen Maurer sein, die Italiener von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen und ihnen klar zu machen, welche entwürdigende Rolle sie im vorigen Jahre hier spielten.

Recht teuer ist der Besuch der Karlshorster Rennbahn einem jungen Ehepaar aus Friedrichsberg ansehend zu stehen gekommen. Aus Furcht vor Einbrechern hatte die Frau einen ihr gehörigen Hundertmarkschein in einem mit Kartoffelschalen gefüllten Korb gelegt, dessen Inhalt am andern Morgen dem Wächmann mit auf die Kelle gegeben wurde. Als die Frau den Irrtum gewahrt geworden war und sich jammernd auf den Weg gemacht hatte, um den Hundertmarkschein aufzuheben, wußte sie nicht, wo der Wächmann wohnte. Ob sie ihr Eigentum wiedererhalten hat, war nicht in Erfahrung zu bringen.

Die Tochter des Schmiedemeisters Vorchert in Tempelhof, die von dem Grenadier Schiefer auf dem Tempelhofer Felde überfallen worden ist, ist von den schweren Verletzungen jetzt geheilt. Freilich ist eine merkwürdige Schwäche zurückgeblieben, die Hrl. Vorchert noch unfähig zur Arbeit macht. Die militärgerichtliche Verhandlung gegen Schiefer, der neuerdings sich aufs Zeugnen legt, soll in nächster Zeit erfolgen.

Ein erschütternder Straßenbahn-Unfall hat sich vorgestern in Spandau zugetragen. Der Amtsvorsteher Tefchner aus dem Kreise Heilsberg war zum Besuch seines Sohnes, eines Zeugoffiziers, nach Spandau gekommen. Beide stiegen in der Neudorferstraße von der Straßenbahn und wollten sogleich das benachbarte Geleise von der Straßenbahn und wollten sogleich das benachbarte Geleise überschreiten. Der Sohn kam auch glücklich darüber hinweg, der Vater wurde jedoch von einem aus entgegengesetzter Richtung kommenden Straßenbahnwagen überfahren und ansehend tödlich verletzt. Der Unglücksfälle wurde in völlig betäubtem Zustande ins städtische Krankenhaus geschafft.

In Friedrichsberg hat am Samstagabend ein Gendarm auf offener Straße mit einem Revolver auf einen fliehenden Menschen geschossen. Ueber den auffeuererregenden Vorfall wird uns berichtet: Nachmittags gegen 5 Uhr richtete in der Gürtelstraße ein der Rummelsburger Gemeinde angehöriger Gendarm an einen als gewalttätig bekannten Menschen die barihe Aufforderung, den Bürgersteig zu verlassen. Der Angeredete beachtete die Aufforderung nicht, sondern leistete Widerstand, als der Gendarm ihn gewaltsam vom Bürgersteig entfernen wollte. Schließlich suchte ihn die Person oder doch ihr Heil in der Flucht. Der Gendarm feuerte nunmehr bei der Verfolgung seiner Revolver auf den Flüchtling ab; glücklicherweise verfehlt der Schuß sein Ziel, auch wurde sonst niemand von dem Geschöß verletzt. Darauf zog der Gendarm auch noch seinen Säbel hervor. Inzwischen war der Flüchtling mit Hilfe einer Privatperson gestellt worden; der Gendarm schritt auf ihn zu und ließ ihn bald darauf ruhig seines Weges gehen. Man kann sich leicht vorstellen, wie dieser Vorgang auf die Bevölkerung eingewirkt hat.

Das Elend der Eisenbahn-Angestellten vor Gericht.

Die zweite Abteilung der ungetrennten Bahnsteigschaffner der Stadt- und Ringbahn stand gestern vor der III. Strafkammer des Landgerichts I...

die drei Ehefrauen je 9 Monate Gefängnis. Diese Anträge wurden von lauterem Ausschrei und Schlägen der im Zuschauerraum anwesenden Anverwandten der Angeklagten begleitet...

Revision des Prozesses wegen der Schöneberger Schülermishandlungen. In dem bekannten Verleumdungsprozess, der in erster Instanz mit der Verurteilung der wegen objektiver Verleumdung...

Vermischtes.

Ueber den Untergang des englischen Dampfers „Stella“ wird noch folgendes bekannt: Das Unglück geschah zwanzig Seemeilen nördlich von Guernsey...

Zimmer allein schlafende Lehrer träumte, Diebe seien in seiner Stube eingebrochen. Er schrie laut um Hilfe und eilte schlaftrunken zur Thür...

Nein Verlassen des Hafens von Eureka in Kalifornien ist der Dampfer „Chilla“ untergegangen. Von den an Bord befindlichen vierzehn Mann Besatzung und fünf Passagieren sind elf entkommen.

Neue Eide wird die Familie Bismarck zu schwören haben. Aus Hamburg wird gemeldet, Förster Spörde hat jetzt durch seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Viehbach, einen Prozess gegen den Fürsten Herbert Bismarck um Gewährung der ihm angeblich kontraktlich zustehenden Pension in Höhe von rund 1450 M. anstrengen lassen.

Aus New-York wird berichtet: Meldungen der Blätter aus Montevideo zufolge hat die Reise der „Belgica“ vollen Erfolg gehabt. Sie hat viele neue Länder im Weddelmeere entdeckt...

Aus New-York wird berichtet: Die Zahl der bei dem Brande des Windsor-Hotels am 18. März umgelommenen Personen wird sich schwerlich feststellen lassen. Bis zum 21. März sind in dem Schutt Leichenreste gefunden worden...

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Zeitschrift über Dienstadt, Donnerstags und Freitags abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abgehalten. Streiffragen 58. 1. Seite. 2. Seite. Anna B. Wenden Sie sich zunächst an den Metallarbeiter-Verband...

Witterungsbericht vom 5. April 1899, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke. Rows include Eintrunde, Hamburg, Berlin, Wiesbaden, München, Wien.

Weiter-Propgnose für Donnerstag, den 6. April 1899. Kübler, vielfach heiter, jedoch unabhängig mit geringen Niederschlägen und frühen nordwestlichen Winden.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen und Genossen zur Kenntnis, das meine Frau Anna Plath geb. Hülsen am 3. April nach langen, schweren Leiden verstorben ist.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

(Verwaltungsstelle Berlin). Todes-Anzeige. Am Sonntag, den 2. April, fand nach langem Krankenlager unser langjähriges Mitglied, der Klempner Ernst Böhm.

Möbel auf Theilzahlung.

Möbel auf Theilzahlung. J. Kellermann, jetat Prinzenstr. 97.

Dankagung.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie dem Gesangsverein Männerchor Nord-Dr., welche meinem Nann, dem Bildhauer Hubert Radmacher, die letzte Ehre erwiesen haben, sage ich hiermit meinen innigsten Dank.

Dankagung.

Allen Genossen, Freunden und Bekannten des Lebendigen, sowie dem Gesangsverein Nord-Dr. sage ich meinen Dank für die Ehre, die dieselben meiner Frau Minna Weiss zu teil haben werden lassen.

GENERAL-Fundbureau.

Charlottenstr. 93.

Möbel

Rleiderstühle, einfach, v. 20 M. an, f. 40 M. an, Wäscherstühle v. 20, Schlafsofa v. 20, Wohnzimmersofa v. 25, Vaneissofa v. 60, Bildergarnituren l. od. r. v. 100, Bettstellen m. Federboden v. 30, Nachbetten mit Deste v. 30, Matratzenbetten v. 25, Kommoden, Anrichtentische von 15, Sophas, Küchenschränke von 15, Rohrstühle v. 2 1/2, sowie alle sonstigen Möbel in großer Auswahl allerbilligste Selbständige Einrichtungen, besonders preiswerth, transportfrei.

Berliner Flick-Schusterei.

Hans Sachs, Besoh- und Reparatur-Werkstatt, Brunnenstr. 198, am Rosenthaler Thor.

Filiale und Laden-Geschäft: Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 156.

Saubere Arbeit! Unbedingte Reellität! Herren-Sohlen 1,65, Absätze 0,60, Damen- „ 1,30, do. 0,50, Knaben- „ 1,30, do. 0,50, Mädchen- „ 1,00, do. 0,40, Kinder- „ 0,60, do. 0,30. Handarbeit! Pa. Kernleder! Schnell! Reell! Abholen und Wiederbringen gratis!

Andreas-Festsäle, Andreasstrasse 21.

Bringe den geehrten Vereinen und Gewerkschaften meine Säle, 100 bis 1500 Personen fassend, zu festlichen jeder Art und öffentlichen wie Vereinsversammlungen in empfehlende Erinnerung.

D. Wurzel & Co., Wangelstraße 17.

Wäsche ausschließlich eigenes Fabrikat. Spezialität: Arbeiter-Verleumdungs- und Wäscherarbeiten. D. Wurzel & Co., Wangelstraße 17.

Möbel, billigst, Frankfurt a. M. 110 I., Ecke Königsbergerstr.

Damp 5 1/2 Pfg.

Qualität a. importirt. Tabaken hergestellt. 10 Stück 55 Pf., bei Kisten Rabatt. Ernst Damp, Friedrichstr. 200, auch: Oranienburgerstr. 50, Ecke Wilmersd., auch: Friedrichstrasse 99, a. d. Stadtbahn (49/14).

Fahrräder-Teilzahlung.

direkt aus der Fabrik mäßige Anzahlung, restl. Teilzahlung. 1 Jahr fahrbar, Garantie. 33, Cranienerstr. 33. (14152)

Fahrradreparaturen.

Adolf Zimmer, Andreasstr. 70. Carl Karras, Langestr. 93. Telefon Amt VII 4610.

A. JANDORF & Co

Spittelmarkt 16/17

und

Belle-Alliancestrasse 1/2.

Schulbedarfs-Artikel.

| | | |
|---|---|--|
| Schreibhefte, sämtliche Liniaturen, Stück 5 Pf. u. 8 Pf. | Ordnungsmappen . . . Stück 23 Pf., 43 Pf. | Schulmappen für Mädchen Stück 75 Pf., 1 ³⁵ Mk., 1 ⁶⁵ Mk., 2 ³⁵ Mk. |
| Diarien Stück 5 Pf., 8 Pf., 15 Pf., 22 Pf., 40 Pf. | Federhalter Stück 2 Pf. | Frühstückstaschen Stück . 40 Pf., 90 Pf. |
| Aufgabenhefte Stück 4 Pf. | Bleistifte von Joh. Faber 2 Stück 5 Pf. | Collegmappen Stück 28 Pf., 38 Pf. |
| Censurenmappen Stück 23 Pf., 43 Pf. | Federkasten Stück 5 Pf., 8 Pf., 10 Pf. | Butterbrodpapier (ca. 100 Bogen) 25 Pf. |
| | Schultornister für Knaben Stück 90 Pf., 1 ³⁵ Mk., 1 ⁹⁰ Mk. | |

Holzwaaren.

| | | |
|--|--|--|
| Bambusständer mit 1 Teller . . . Stück 38 Pf. | Salontische, rund, Stück 2 ⁷⁵ Mk. | Consolen Stück 28 Pf., 42 Pf. |
| Bambusständer „ 2 „ 90 Pf. | Vogelbauerarme Stück 45 Pf., 95 Pf. | Handtuchhalter Stück 40 Pf., 90 Pf., 1 ²⁰ Mk., 1 ⁴⁰ Mk. |
| Schirmständer Stück 2 ⁰⁰ Mk., 2 ⁶⁵ Mk. | Zeitungsmappen 90 Pf., 1 ³⁵ Mk. | Garderobenleisten mit 3 4 5 Haken Stück 25 Pf., 30 Pf., 38 Pf. |
| Bauerntische Stück 2 ⁵⁰ Mk. | Eckbretter 45 Pf., 90 Pf. | Panöee ca. 50 65 80 100 125 cm 90 Pf., 1 ⁴⁰ Mk., 2 ⁰⁰ Mk., 2 ⁶⁰ Mk., 4 ⁰⁰ Mk. |

| |
|--|
| Waschkörbe, oval 1,20 Mk. 1,70 Mk. 2,20 Mk. 2,45 Mk. |
| Waschkörbe, viereckig 2,45 Mk. 3,30 Mk. 3,75 Mk. |

| |
|---|
| 100 Briefbogen u. 100 Couverts 65 Pfg. |
| Leitz Registrator Sammelmappe Stück 95 Pfg. |
| Leitz Registrator Sammelmappe mit Futteral Stück 1,20 Mk. |
| Knaben-Schirm-Mützen Stück 48 Pfg., 85 Pfg., 1,15 Mk. |
| Kinder-Matrosen-Mützen Stück 70 Pfg., 1,15 Mk. |
| Kinder-Regen-Schirme Stück 1,15 Mk., 1,25 Mk., 1,50 Mk. |

Knaben-Schul-Anzüge.

Kurzgeschlossenes Façon in verschiedenen Farben, gute haltbare Stoffe

Für das Alter von:

| | | |
|---------------------|---------------------|---------------------|
| 2-3, | 3-4, | 4-5 Jahre |
| 2 ⁹⁰ Mk. | 3 ³⁵ Mk. | 3 ⁸⁰ Mk. |
| 5-6, | 6-7, | 7-8 Jahre |
| 4 ³⁰ Mk. | 4 ⁸⁰ Mk. | 5 ³⁰ Mk. |

Einzelne Knaben-Hosen für das Alter von 2-9 Jahren

durchschnittlich **78** Pfg.

Schwarze Costume-Röcke, 4,25 Mark.

gemustert Alpaca auf Futter mit Stoss und Besenborde, extraweit, Stück

Bettfedern.

| |
|--|
| Graue kleine Füllfedern Pfund . . . 60 Pf. |
| Weisse Rupffedern mit Daunern Pfund 2,90 Mk. |
| Graue Mandarinendaunen Pfund 2,65 Mk. |
| Gänse-Halbdauen, grossartig füllend, das beste im Gebrauch, Pfund 2,75 Mk. |

Bettstellen u. Matratzen.

| |
|---|
| Polsterbettstellen mit Spiralboden und Gobelinbezug, Stück 8,25 Mk. |
| Eiserne Bettstellen m. Kreuzgurtboden ca. 80/185 cm. Stück 4,50 Mk. |
| Eiserne Bettstelle mit patentamtlich geschützter Matratze, ca. 80/185 cm. Stück 18,00 Mk. |
| Grosse Matratzen aus guten Stoffen, gefüllt mit Wolle, Faser, Ross-haar, Seegras von 4,50 an. |

Bettwäsche.

| | |
|---|----------------------------|
| Inletts, gestreift 70 Pf. 1,00 Mk. 1,35 Mk. | 2 Kopfkissen |
| 1 Deckbett | 1 Unterbett |
| 2,50 Mk. 3,80 Mk. 4,80 Mk. | 2,00 Mk. 3,20 Mk. 4,00 Mk. |
| Laken ohne Naht. Stück 95 Pf., 1 ³⁵ Mk., 1 ⁵⁰ Mk. | |
| Bezüge weisse Garnitur. Bunte Garnitur (Züchen) | 1 Deckbett 2 Kopfkissen. |
| 3 ³⁵ Mk. 4 ²⁰ Mk. | 2 ⁹⁵ Mk. |



Frauen-Vortrag
heute Donnerstag, Engl. Garten, Alexanderstr. 27o.

Männer-Vortrag
morgen Freitag, abends 8 1/2 Uhr, Weberstr. 17, über **Geschlechtsleiden und Syphilis** vorgelesen vom prakt. Naturheilk. **Gründmann** an gr. Lichtbildern. Für 20 Pf. Eintritt 1 Broschüre. Der Naturheilk. Verein, C. Magazinstraße 17, Sprechzeit 11-2, 6-8.

Allerlei Anzeigen.

50 Mark Belohnung!
Ein fast neuer Holzwagen, dunkelbl. mit Firma Nib. Hoff, Stralauer Allee 23, Bogen 22, ist am 30. März vom Grundstück Weidenweg 40 entwendet. Der Nachweis liefert, erhält obige Belohnung. 24935

Gute Brotstelle.
Brauerei mit elektrischem Betriebe mit 12 Arbeiterinnen ist für 3500 M. gegen Barzahlung zu verf. Udr. Postamt 18 unt. 100 niederzuliegen. 24736

Destillation,
20 Jahre bestehend, unabh. behälter los! zu verf. Blumenstr. 52a.

Zwei schöne Stände im Garten-Restaurant Stralauer Allee 8 sind noch billig zu vergeben. 24768

Kaffe, gut erhalten, wird gegen Kasse zu kaufen gesucht. Offert. mit Preis an S. Müller, Röhrenstr. 46a.

Salzbrüner.
Modell 99, allerfeinstes deutsches Fabrikat, auch ich preisbillig verkaufen. Garantierte noch 10 Monate. Lange-straße 34, 1 Tr. links. 24776

Arbeitsmarkt.

Wäutung! Wäutung!
Ristenmacher!
Die Kollegen der Firma Fehle, Zedakianstr. 83, haben wegen Wäuregelung zweier Kollegen die Arbeit niedergelegt. Ich erlaube die anderen Kollegen, sich mit den Streikenden solidarisch zu erklären. 94/8

Der Vertrauensmann.
Franz Splinter, Eißendamm-Ufer 43.

Stellenangebote.

Fischbein.
Ein tüchtiger Verkäufer, der mit Bearbeitung dieses Artikels vollständig vertraut ist, findet bei sehr hohem Lohn in einer großen Fabrik Süddeutschlands sofort Stellung. Ges. Offerten sub B. N. 113 Hauptpost-lagernd. 24695

Tüchtiger Bildergläser sofort verlangt Schulze, Oranienstr. 185. [24776

Monteure,

Speziell für Gasbehälter mit schmiedeeisernen Bassins u. für große Wasser-ventilatoren, finden sofort dauernde Beschäftigung. [14102*
Reisungen mit Gehaltsanfr. und Zeugnisabschriften wolle man senden an die

Kesselschmiede Seegefild bei Berlin.

Polsterer,
tüchtige, auf Magazin-Arbeit, dauernde Beschäftigung, verlangt. Prinzessinnen-straße 21.

Ein Schrifthauer
wird verlangt im Grabsteingehäft Röllstr. 23, Weihensee. [24746

Tüchtiger Verleger verlangt Max Birkholz, Chausseestr. 48. 24706

Tüchtige Verleger gesucht. Gold-leistenfabrik Vignierstr. 15. 24795

Tüchtigen Farbmacher verlangt Wolf, Dieffenbachstr. 33. 24805

Wasserlehrling [24645
verlangt C. Schwenzler, Besselerstr. 5.

Schneiderlehrling.

Sohn anständ. Eltern, verl. Werner, Reine Andreassstr. 12 L.

Arbeiterinnen
auf Knaben- u. Herrenhemden verlangen bei lohnenden Preisen Dienstag & Wolff, Röhrenstr. 25.

Gute Quaderin und Lehr-mädchen für Schneiderei verlangt Jandier, Tempelhofer Ufer 19. [24669

Mütterinnen auf Stebfragen u. geschw. Umfragen im und auhrem Hause verlangt Treppe, Schönhauser Allee 167a, Fabrikgeb. IV. [24679

Zeitungsfrau verlangt Quambi, Bergmannstr. 23. 24725

Mamsells
auf glatte Damenjacketts erhalten bei guten Preisen dauernde Beschäftigung. Rosenberg, Kommandantenstr. 27

Gebüde Belegerin auf Goldleihen gesucht. Vignierstr. 15. 24785

150 Teppiche in verschiedenen Größen und Qualitäten werden

Donnerstag, den 6., Freitag, 7., Sonnabend, 8. April, nachmittags von 2-6 Uhr, in einem Lagerraum des Teppich-Fabrik-Lagers, Hauptstraße 1, zu einem Durchschnittpreise **von Mk. 25,- verkauft.**

Unter obigen Teppichen befinden sich ganz große, schwere Exemplare, die das Doppelte und darüber wert sind. Der Verkauf findet also nur an den obengenannten Tagen nachmittags von 2-6 Uhr

Berlin-Schöneberg, Hauptstraße No. 5-6, im linken Seitensügel 1 Treppe rechts hat.

Dritter Kongress der lokalorganisierten Gewerkschaften Deutschlands.

Braunschweig, den 4. April 1899.

Der Kongress wurde heute vom Vorsitzenden der Geschäfts-Kommission, Kater, Berlin, eröffnet, welcher die erschienenen Delegierten im Auftrage der Geschäfts-Kommission herzlich willkommen hieß. Die Geschäfts-Kommission hat folgende Tagesordnung festgesetzt:

- 1. Bericht der Geschäfts-Kommission.
2. Berichte der Delegierten.
3. Die Presse, ihre notwendige Vergrößerung und Verbreitung.
4. Arbeitsnachweise und Arbeitersekretariate.
5. Taktik der Gewerkschaften gegenüber den Angriffen auf das Koalitionsrecht.

6. Streiks, deren Regelung und Unterstützung.
Anschließend sind 29 Delegierte mit 34 Mandaten, die 13 Berufe aus 18 Orten vertreten. Die Berufe sind: Maurer, Fliesenleger, Bauarbeiter, Zimmerer, Töpfer, Tapezierer, Möbelpolierer, Musikinstrumentenmacher, Bilderrahmenmacher, Bäcker, Tischler und Weber. Die Orte der Vertretung: Berlin, Friedrichsfelde, Weihensee, Groß-Lichterfelde, Wlantenburg a. S., Halle a. S., Braunschweig, Königberg i. Pr., Stralsund, Rüdersdorf, Französisch-Buchholz, Bernau, Biesenthal, Tegel, Steglitz und Zehlendorf, Breslau, Bielefeld und Kachen.

Herforth beantragt, daß die als Rediforin antretende Frau Subela, welche auf Grund des Braunschweigischen Vereinsgesetzes an den Verhandlungen des Kongresses nicht teilnehmen könne, ihren Bericht an die Geschäfts-Kommission abgebe.

Dieser letztere Antrag führt zu einer längeren Debatte, in welcher allgemein bedauert wird, daß die Geschäfts-Kommission das braunschweigische Vereinsgesetz nicht in Betracht gezogen und solche Kalamitäten entstanden seien; die Anträge der Geschäfts-Kommission werden hierauf angenommen.

Hierauf wird Kater zum ersten, Gramann-Halle a. S. zum zweiten Vorsitzenden gewählt.

Es erstattet hierauf Kater den Geschäftsbericht über die im vorigen Jahre entfaltete Agitation und empfiehlt Redner zum Schluß die auf dem vorjährigen Kongress angenommene Resolution zur Wiederannahme.

Anschließend hieran erstattet Thieme-Berlin den Kassenbericht über das Jahr 1898, sowie den Geschäftsbericht über die Presse. Es sind 44 Fragebogen an die einzelnen Vertrauensmänner mit Anfragen über die am Orte befindlichen Berufe, Organisationen und deren Leistungen ausgegeben, von denen 33 beantwortet zurückgekommen sind. Der Agitationsfonds hat eine Einnahme von 7345,85 M., inkl. eines Darlehens von 5200,— M., und eine Ausgabe von 6876,51 M. Vom Darlehen seien noch 100 M. zu bezahlen. Die Einnahme des Profonds beträgt 11 128,69 M. und die Ausgabe 10 189,68 M., und sei der Stand des Blattes ein guter. Außerdem ist noch durch die Herstellung und den Verkauf von Kongressprotokollen ein Gewinn von 120,30 M. zu verzeichnen, so daß der Gesamtgewinn 1049,31 M. beträgt. Väter Klammert-Berlin bestätigt die Richtigkeit der Abrechnung.

Die Diskussion über den Geschäftsbericht war eine rege und wünscht in derselben Klammert-Berlin, daß, wenn von der Geschäfts-Kommission größere Agitationstouren unternommen, auch die nötigen Vorbereitungen unternommen werden.

Hoffmann-Berlin bemerkt, daß die Organisation ganz erhebliches an Streikunterstützung geleistet.

Fischer und Schulz-Berlin wünschen andere Fassung der vorjährigen Resolution, welche die Organisation regelt. Dieselbe hat folgenden Wortlaut:

Der zweite Kongress der lokalorganisierten Gewerkschaften Deutschlands nimmt Kenntnis vom Bericht der Geschäfts-Kommission und verpflichtet sich, da der Kommission im vergangenen Jahre die Mittel fehlten, welche zu einer gedeihlichen Fortentwicklung notwendig waren, zu folgendem: 1. Jeder Beruf hat am Ort einen Vertrauensmann zu wählen und die Adresse desselben mit Angabe des Berufes der Geschäfts-Kommission sofort mitzuteilen. Die Vertrauensleute sind verpflichtet, öffentliche Versammlungen einzuberufen und für die Ausbreitung unserer Organisationsform tätig zu sein. Bei Mangel an Referenten haben sich dieselben möglichst frühzeitig an die Geschäfts-Kommission zu wenden und ist diese verpflichtet, für geeignete Referenten zu sorgen.

Im obigen Anforderungen Rechnung zu tragen, verpflichtet sich jeder Beruf resp. Organisation für jedes Mitglied pro Quartal nicht unter 5 Pf. an die Geschäfts-Kommission abzuführen. Die Aufbringung dieser Gelder bleibt jedem Ort, resp. jedem Beruf selbst überlassen. Die Geschäfts-Kommission hat zur besseren Information ein Vertrauensmänner-Verzeichnis herauszugeben und an jeden Vertrauensmann zu senden.

Gramann-Königsberg und die übrigen Redner sind im allgemeinen mit dem Geschäftsbericht einverstanden. Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wird in der Diskussion über den Geschäftsbericht fortgefahren. Reuter wendet sich gegen Klammert, welcher die Kosten der Agitation von den einzelnen Orten getragen wissen will. Die Agitation müsse dort entfaltet werden, wo sie nötig erscheine. Ehrlich-Kachen berichtet über die Entziehung des Textilarbeiter-Fachvereins. Es ist ein Antrag von Mey, Wegener und Ahrend eingegangen, die Geschäfts-Kommission aufzufordern, überall Berufsvereine mit weiblichen Mitgliedern zu gründen. Kater wendet sich in seinem Schlusswort gegen den letzteingebachten Antrag, da es nicht in allen Orten Deutschlands möglich sei, dem Antrag zu entsprechen. Der erwähnte Änderungsantrag zur vorjährigen Resolution lautet:

Der dritte in Braunschweig tagende Kongress der durch Vertrauensmänner-Centralisationen Deutschlands beschließt im Anschlusse an die Beschlüsse der vorher stattgefundenen Kongresse:

- 1. Diejenigen Berufe und Organisationen, welche von der Geschäfts-Kommission Referenten verlangen, müssen die Mittel selbst aufbringen.
2. Die Geschäfts-Kommission hat möglichst an denjenigen Orten und Berufen Agitation zu betreiben, wo noch keine Organisationen bestehen. Zu diesem Zwecke verpflichten sich die einzelnen Gewerkschaften wie bisher 5 Pf. pro Quartal und Mitglied an die Geschäfts-Kommission abzuführen.
3. Alle diejenigen Organisationen, die diesen, sowie den auf dem zweiten Kongress gefassten Beschlüssen nicht nachkommen, können bei Streiks nicht berücksichtigt werden.
4. Alle Gelder, welche seitens der Gewerkschaften als Streikunterstützung gezahlt werden, sind an die Geschäfts-Kommission abzuführen; wenn das nicht möglich ist, ist aber bestimmt der Geschäfts-Kommission davon Mitteilung zu machen.

Von diesem Antrag wurde der Punkt 1 abgelehnt; Punkt 2 und 3 angenommen und Punkt 4 vorläufig zurückgestellt. Antrag Mey, Wegener und Ahrend wurde abgelehnt. Die beantragte Entlastung der Geschäfts-Kommission wird genehmigt.

Es wird in den 2. Punkt der Tagesordnung eingetreten: Bericht der Delegierten. Wegener-Berlin berichtet über den Fachverein der Fliesenleger. Von 200 Berufsgenossen sind nur etwa 50 organisiert. Es steuern auch die Unorganisierten größtenteils zum Generalfonds. Herforth-Berlin berichtet, daß die Maurer-Organisation von 1500 Mitgliedern im Laufe des letzten Jahres um das Doppelte gewachsen sei. Für Unterstützungen seien 9625 M. ausgegeben worden. Zu beklagen sei der Streit um die Organisationsform. Am Jahresabschluss waren 2540 Mitglieder organisiert. Auf 8200 abgelehnten Karten mit Hochdruckdruck sind 10 434 M. gesammelt worden. Bauarbeiter Käjer-Berlin erwähnt, daß

von seiner Branche 21 620,00 M. vereinnahmt und 11 904,40 M. verausgabt worden seien. Davon sind nur 4000 M. für Streikunterstützung und 7000 M. für die Verwaltung, die ganz in den Händen der Verbändler lag, verausgabt worden. Väter Post-Berlin berichtet, daß in seinem Beruf die Lohnkommission aus beiden Organisationen bestehe und sehr gut zusammen arbeite. In ihrer Lohnbewegung sei gegenwärtig ein Stillstand eingetreten. Die Frage eines partiellen Boykotts sei indessen noch nicht definitiv erledigt.

Zimmerer Gramann-Halle a. S. teilt mit, daß seine Organisation seit dem letzten Kongress ohne erhebliche Mühe den Stundenlohn von 45 Pf. errungen habe. Lokalfisten und Verbändler sammeln bei ihnen getrennt. Zimmerer Spiegel-Steglitz berichtet, daß dort die Mitglieder bedeutend zugenommen haben. Maurer Priester-Braunschweig teilt mit, daß 300 Kollegen im Verein seien gegen 450 während des Streiks. Das sei für 700 hier arbeitende kein schönes Bild. Der Stundenlohn betrage 43 Pf. Zwölf Jahre seien keine Forderungen an die Meister gestellt worden. Fünf Monate vor dem letzten Streik habe die Kommission die Meister benachrichtigt, damit diese ihre Kostenanschläge danach einrichteten könnten. Die Braunschweiger Maurer haben aber sehr gut gefamelt und selbst im Winter sei die Opferwilligkeit groß gewesen. Nach Berichten von Frederich-Friedrichsfelde und Petro-Stralsund teilt Tapezierer Strauß-Braunschweig mit, daß von 120 Kollegen 44 organisiert seien. Der Lohn schwankte zwischen 27—15 M. herab. Eine Mitgliedschaft des Verbandes bestehe am Orte nicht. Redner bemerkt, daß die Verbindung mit der Geschäfts-Kommission sich in Zukunft noch bessern würde.

Töpfer Hoffmann-Berlin berichtet, daß im Fachverein 70, im Verbands etwa 200 Kollegen seien bei etwa 2000 in Berlin und Umgebung beschäftigten Töpfern. Der Verdienst betrage 15—18 M. Es würde auch noch weniger verdient. Töpfer Gille-Breslau berichtet ausführlich über die dortigen Verhältnisse. Zimmerer Meier-Berlin schildert die Schäden des Submissionswesens. Die rege Agitation habe in den Vororten Berlins etwas gebessert. Es seien circa 200, zwei Drittel der Gesamtheit organisiert. Tischler Mey-Berlin berichtet, daß in Berlin etwa 25 000 Tischler arbeiteten, von denen ca. 6000 dem Verbands angehörten. In den vielverschiedenen Verbänden könnten jedoch die Interessen der einzelnen Berufe nicht gewahrt werden. Daher sei der Fachverein gegründet worden, der jetzt 150 Mann umfasse. Nach kurzen Bericht des Maurers Hermann-Rüdersdorf schildert Fischer-Berlin die dortige Zimmererbewegung unter Hinweis auf den vorliegenden gedruckten Bericht. Eine verjüngte Einigung mit den Verbändlern sei an Kleinigkeiten gescheitert. Mit dem Resultat der Lohnbewegungen könne man zufrieden sein. Erhöht werde das Vorgehen der Arbeiter durch die Behörden. Die Zimmerer Berlins seien zu zwei Dritteln organisiert. Der Verein habe 1236 zahlende Mitglieder und besitze 8285 M. Redner geht dann noch ausführlich auf die Bestrebungen ein, durch welche den Arbeitern das Koalitionsrecht verweigert werden solle, wobei die Bauunternehmer hervorragend beteiligt sind. Schließlich empfiehlt er noch, eine Änderung des Sammelwesens ins Auge zu fassen.

Generalversammlung des Verbandes deutscher Lagerhalter etc.

Mitnberg, 3. April.

Die vierte Generalversammlung tagte hier im „Baldschlöhchen“. In das Bureau wurden Puhl-Leipzig und Egner-Chemnitz als Vorsitzende gewählt. Zunächst gab der Verbandsvorsitzende Friedrich-Leipzig noch begrüßenden Worten den Jahresbericht. Er betonte zunächst, daß sich die Einführung eines eigenen Prehorgans und die Erhöhung der Beiträge bewährt und nützlich erwiesen hat. Redner kritisiert dann das Verhalten einiger Verwaltungen — Birna und Grösch speziell — gegenüber den Lagerhaltern. Letzterer Verein hat für sein Geschäft in 5 Jahren 8 Lagerhalter gebraucht. In den Verträgen haben vielfach die Lagerhalter nur Pflichten aber keine oder nur wenig Rechte; die Kollegen sollten ihre Anliegen und Beschwerden stets schriftlich bei der Verwaltung anbringen, damit dieselben mehr Beachtung finden. Redner hebt am Schluß hervor, daß die Lagerhalter-Organisation speziell die Aufgabe habe, das Genossenschaftswesen im für die Arbeiter günstigen Sinne zu beeinflussen.

In der Diskussion kritisiert Otto-Dresden das vielfach noch vorkommende Bezahlen der Lagerhalter nach dem Umsatze und das Kontommenten. Krausch-Brandenburg bemerkt, daß in seiner Gegend so trasse Mißstände, wie sie geschildert wurden im Bericht, im allgemeinen überwunden sind. Im weiteren Verlauf der Diskussion berichtet Bösch-Connewitz über das Ergebnis einer aufgenommenen Statistik. Es ist daraus hervorzuheben, daß aus 92 Vereinen 296 Lagerhalter und 14 Lagerhalterinnen berichten. Die Arbeitszeit beträgt demnach in der Hauptsache 60—100 Stunden pro Woche; das Gehalt beträgt 80—140 M. monatlich. Ueber 140 M. hatten 44, unter 80 M. 20 Personen. Die bekannte Dresdener Resolution ist für 105 Personen ganz oder zum größten Teil erfüllt. Sonntags-Lohnschluß war für 173, Mittagschluß für 55, Mittagspause für 172 Personen durchgeführt. Manövergütung wurde von 1/2—2 Proz. gewährt. Dividende an die Mitglieder zahlten 10 Vereine 5—8 Proz., 16 Vereine bis 10 Proz., 36 Vereine bis 18 Proz. (Hört, Hört!) Braun-Dresden meint, daß angefangen der Belämpfung der Konsumvereine die Verwaltungen die „Kleinigkeit“ gegen die Lagerhalter aufgeben sollten, um eine größere Einigkeit zu erzielen.

Es wird sodann die Bescheidung des Gewerkschaftskongresses angeregt und beschlossen, die eventuelle Bescheidung dem Vorstand zu überlassen. Sie soll nur erfolgen, wenn auf die Tagesordnung des Kongresses die Besprechung über die Lage der in Aussicht stehenden gesellschaftlichen Bestimmungen über die Handelsangelegenheiten gesetzt wird.

Aus dem Kassenbericht geht hervor, daß sich der Verband zur Zeit auf 42 Orte bez. Bezirke erstreckt. Die Bilanz beträgt bei einem Kassenbestand von 186,32 M. 3196,97 M.

Beim Punkt „Presse“ weist Friedrich-Leipzig darauf hin, daß von der arbeitereigenen Presse die Berichte über Arbeitsverhältnisse in Konsumvereinen, wie sie in „Handlungsgehilfen-Blatt“ öfter erscheinen, gegen die Konsumvereins-Verwaltungen ausgeübt werden. Den Lagerhaltern könne man aber daraus keinen Vorwurf machen, denn sie gehen nur in der Presse an die Öffentlichkeit, wenn kein anderer Weg, Mängeln Abhilfe zu schaffen, übrig bleibt.

Reutsch-Weidau bringt Mißstände, unter denen die Lagerhalter im Siedewitzer Verein zu leiden haben, zur Sprache. Auch von anderen Rednern wird, zum Teil persönlich, gegen den Leiter dieses Vereins polemisiert. Unter solchen Umständen sei eine scharfe Sprache in der Presse sehr nötig. Es schade auch nichts, wenn das die gegnerische Presse aufgreift, meint Kreuzel-Leipzig. Beschlüsse wurden zu dem Punkt Presse nicht gefaßt. Der Vorstand soll aber den gegebenen Anregungen Rechnung tragen.

Unter „Anträge“ liegen zwei sich bedende aus Dresden und Burgstädt vor. Danach wünscht man, daß die Generalversammlung in Zukunft durch gewählte Delegierte gebildet werden soll. Nach längerer, teils recht erregter Debatte werden die Anträge mit 82 gegen 34 Stimmen abgelehnt.

In den Vorstand wurden Friedrich und Bösch als Vorsitzende, Hennig als Kassierer, Weder als Schriftführer, Hantschmann, Thieme und Hagen als Beisitzer, sämtlich in Leipzig, wo der Verband seinen Sitz hat, gewählt. Die nächste Generalversammlung wird in Magdeburg abgehalten. Mit diesem Beschluß war die Generalversammlung, welche von 136 Lagerhaltern aus 43 Vereinen besucht war, beendet.

10. Generalversammlung des Verbandes der Lederarbeiter Deutschlands.

Halberstadt, 4. April.

Aus dem gestern erlegten Geschäftsbericht des Vorstandes ist noch folgendes nachzutragen: Der Kassenbericht schließt in Einnahme und Ausgabe mit 142 887,52 M. ab. Die finanziellen Leistungen des Verbandes werden durch folgende Ausgabenposten veranschaulicht: Reise-Unterstützung 33 419,63 M., Streikunterstützung 22 441,88 M., Umzugschadigungen 6001,00 M., Familienunterstützung 5088,50 M., Rechtschutz 676,59 M., Agitation 2478,87 M., Lederarbeiter-Zeitung 9174,68 M., Druckkosten, Marken etc. 2014,11 M. u. s. w. — Die Kassenverhältnisse haben sich seit der letzten Generalversammlung erheblich gebessert. Während damals der Kassenbestand 5000 M. betrug, waren am Schluß der gegenwärtigen Geschäftsperiode 36 656,91 M. in der Hauptkasse vorhanden.

In der heutigen Vormittags-Sitzung nahmen die Delegierten den Bericht des Redakteurs der „Lederarbeiter-Zeitung“, Weiswenger-Berlin, sowie den Bericht der Prek-Kommission entgegen, welchen Hafferland-Berlin erstattete. Mit der reaktionellen Haltung des Blattes waren alle Redner einverstanden, was auch durch Annahme einer dementsprechenden Resolution zum Ausdruck kam. — Eine Neuerung hinsichtlich des Inhalts der Zeitung wird durch die Annahme des folgenden Antrages herbeigeführt: „Von Zeit zu Zeit soll ein Bericht über den Geschäftsgang, sowie über den Preiscontant fertiger und roher Waare, über Import und Export gegeben werden.“

Hierauf wurde der nächste Punkt der Tagesordnung: „Agitation“ behandelt. Verschiedene Delegierte schilderten die drücklichen Verhältnisse und machten Vorschläge hinsichtlich einer denselben anzugewandten Art der Agitation. In der Nachmittags-Sitzung wurden zum Punkt „Agitation“ folgende Anträge angenommen:

„Die bestehenden und sich noch bildenden Agitations-Kommissionen sind weiter auszubauen, sowie in materieller und geistiger Beziehung zu unterstützen. Der Verbandsvorstand ist gehalten, inwieweit die Zeit ihm in Anbetracht seiner sonstigen Arbeiten das gestattet, sich persönlich an der Agitation zu beteiligen.“

Die Generalversammlung erklärt, daß sie solche Arbeiter, welche in der Gerberei und Lederfabrikation dauernd beschäftigt sind, nur dann als organisierte Arbeiter anerkennt, wenn sich dieselben dem Verbands der Lederarbeiter angeschlossen haben.

Dieser Antrag richtet sich — wie aus der Diskussion hervorgeht — gegen diejenigen ungelerten Arbeiter, welche in Lederfabriken arbeiten und sich dem Verbands der Hilfsarbeiter anschließen, bei welchem sie geringere Beiträge zu zahlen haben, wie bei dem Verbands der Lederarbeiter. Man ist der Meinung, daß es diesen ungelerten Arbeitern nur darum zu thun ist, den Schein eines organisierten Arbeiters zu wahren, und daß dieselben nicht anders, denn als Nichtorganisierte angesehen werden können.

Der folgende Punkt der Tagesordnung ist die „Arbeitslosen-Unterstützung“. Ueber die Einführung derselben waren die Meinungen geteilt. Die meisten Redner hatten zwar keine prinzipiellen Einwendungen gegen die Arbeitslosen-Unterstützung, sie hielten aber dieselbe im Hinblick auf die Verhältnisse des Verbandes zur Zeit noch nicht für durchführbar. Andere Redner, darunter auch die Berliner Delegierten, traten im Namen ihrer Zastellen für sofortige Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung ein. Sie halten dieselbe bei einer geringen Beitragserhöhung für durchführbar und versprechen sich davon auch eine Förderung und Stärkung der Organisation.

Am Schluß der Sitzung wurde in namentlicher Abstimmung mit 14 gegen 7 Stimmen folgende Resolution angenommen:

„In Erwägung, daß zur Einführung der obligatorischen Arbeitslosenunterstützung es zur Zeit an einer statistischen Unterlage über die Zahl der Arbeitslosen, sowie über die Dauer der Arbeitslosigkeit mangelt, in weiterer Erwägung, daß durch Einführung derselben eine bedeutende Erhöhung der Beiträge sich nötig machen würde, ferner, daß von den in Gerbereien beschäftigten circa 35 000 Arbeitern nur 5000 dem Verbands angehören, hohe Beiträge aber die Agitation unter den Indifferenten noch schwerer machen würden, möge die Generalversammlung beschließen, obgleich im Prinzip mit der Einführung derselben einverstanden, daß es zur Zeit aus materiellen und auch agitatorischen Rücksichten geboten erscheint, sich dieser Frage gegenüber ablehnend zu verhalten.“

Vierte Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Halle, den 4. April.

In dem festlich geschmückten Saale des Hofjägers wurde heute früh die vierte Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes eröffnet.

Nach dem Bericht der Mandatsprüfungs-Kommission sind 133 Delegierte erschienen, 5 fehlen noch. Als Vorsitzende mit gleichem Recht wurden gewählt: Käber-Berlin und Niemann-Chemnitz. Die dänischen Metallarbeiter sind vertreten durch Hansen aus Kopenhagen.

Roßloch begrüßt die Versammlung im Namen der dänischen, schwedischen und norwegischen Metallarbeiter. Er habe am letzten Kongress in Kopenhagen teilgenommen und sei dort auf das freundschaftlichste aufgenommen worden. Hansen-Kopenhagen dankt für die gute Aufnahme, die ihm zu teil geworden ist.

Darauf erstattet Schilde Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes. Da ein gedruckter Bericht vorliegt, so meint Redner, sich darauf beschränken zu können, nur diejenigen Punkte zu berühren, die für die Generalversammlung von wissenschaftlichem Interesse sind. Die statutarischen Bestimmungen betreffs Auszahlung von Streikgeldern auf Schuldgehältern seien zwecklos und könnten beseitigt werden, da dem Verbands, wie einige Berichte entschieden haben, ein Klagores Recht auf Zurückziehung der Streikunterstützung zustehe. Der Vorstand beantrage nach eingehender Beratung, die Erwerbung der Rechtsfähigkeit des Verbandes nach dem bürgerlichen Gesetzbuch nicht nachzuführen, weil man nicht gewillt sei, sich unter omstgerichtliche Kontrolle zu stellen. Einem kleinen Vortelle ständen größerer Nachteile entgegen.

Dejung erstattet darauf den Bericht über die Tätigkeit des Ausschusses. Bezüglich des mit dem Drucker des Fachorgans geschlossenen Vertrages meint Redner, daß der Drucker dem Verbands sehr entgegengekommen sei. Nach kurzer Diskussion wurde der Vertrag einstimmig angenommen.

In der darauf folgenden Diskussion über die Tätigkeit des Vorstandes monierte man, daß der Vorstand die Konferenzen beschied habe, um Propaganda für die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung zu machen. Man hätte gerechter gehandelt, wenn man ebenfalls Redner gegen die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung auf Agitation geschickt hätte. Im allgemeinen wurde aber die Tätigkeit des Vorstandes lobend anerkannt. Eine Streitsache von Leipzig, die aber kein öffentliches Interesse erweckt, wurde von mehreren Rednern etwas sehr ausführlich behandelt, worauf ein Antrag einging, die Leipziger Kollegen möchten ihre Angelegenheiten selbst regeln. Ferner ging hierzu ein Antrag ein, den Vorstand zu ersuchen, den Bevollmächtigten von Leipzig-West seines Amtes zu entheben.

Vor den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Donnerstag, den 6. April.
Opernhaus. Undine. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Der Burggraf. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues ital. Operntheater (Kron). Im weißen Röhl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Die drei Heisterberner. Anfang 7 1/2 Uhr.
Sessing. Kathana Nepina. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Was den Frauen! Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Der Schlafwagen. Kontroller. Vorher: Zum Einstudieren. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Polka. Anfang 7 1/2 Uhr.
Weiden. Das Bild im Winkel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Chand d'habits. (Der Kleiderhändler.) Vorher: Letzte Kavallerie. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Die große Mode. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Puppe. Anf. 7 1/2 Uhr.
Thalia. Der Raub der Sabinerinnen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Nach berühmten Mustern. Anfang 8 Uhr.
Velle Alliance. Durchläufig. Nach dem Waschen. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmsbühne. Maria. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Fuhrmann Henschel. Anfang 8 Uhr.
Wiener Volks-Theater. Unschuld. Anfang 7 Uhr.
Ostend. Die Bulgaria. Anf. 8 Uhr.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Urania. Lindenstraße 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. abends 8 Uhr: „Das Land der Fjorde“. Operntelephon.
Jubiläumstraße 57/58. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternmarie.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Feen-Palast. Specialitäten-Vorstellung.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die grosse Glocke.
Aufspiel
in 4 Akten von Oskar Blumenthal.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Neuwahlmänner.
Hierauf: **Verbotene Früchte.**
Sonabend, abends 8 Uhr:
Die grosse Glocke.

Central-Theater
Direktion: José Ferrazoy.
Die Puppe (La Poupée)
Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von G. Kuban.
Morgen und folgende Tage: **Die Puppe (La Poupée).**
Sonntag, nachmittags 3 Uhr, zu halb Preisen: **Die Fledermaus.**
Operette in 3 Akten von Johann Strauß. Max Heller-Erich als Gast.
Hend. Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstraße 122.
Novität. Zum 5. Male: **Novität. Die Bulgaria.**
Sensationsreiches Lustspiel mit Gesang (Wahrheit und Dichtung) in 3 Akten (10 Bildern) von Hans Buchholz. Musik von W. Hall. Gesangstexte von F. Will.
Anfang 8 Uhr.
Vorzugsbillets haben Gültigkeit.
Zum Tunnel von 7 Uhr
Frei-Konzert.
Am 4. Bild: Abfahrt der Bulgaria. Dekoration: Felsen von Nevo-Dorf mit Ansicht der Freiheitsstatue.
Morgen und folgende Tage: **Die Bulgaria.**

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73.
Gastspiel Emil Thomas.
Der Raub der Sabinerinnen.
Schwan
in 4 Akten von P. u. F. v. Schönthan.
Guanass Strie: Theaterdirektor,
Emil Thomas als Gast.
Anf. 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz.
Gastspiel des Mr. Séverin
(Frankreichs größter Mimiker).
Um 9 1/2 Uhr, zum 5. Male:
Chand d'habits
(Der Kleiderhändler).
Pantomime in 4 Bildern von Catulle Mendès. Musik von Jules Bouval.
Pierrot: Mr. C. Séverin.
Vorher um 7 1/2 Uhr:
Reichte Kavallerie.
Operette in 2 Akten v. Costa. Musik von Fr. v. Suppé.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

Luisen-Theater
34. Reichenbergerstraße 34.
Abends 8 Uhr:
Nach berühmten Mustern.
Voll mit Gesang in 4 Akten von G. Reizen. Musik von G. Colini.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Urania
Taubenstraße 48/49.
Im Theater:
Das Land der Fjorde.
Im Hörsaal:
Dr. Spios: Photographie in natürlichen Farben.
Invalidenstr. 57/58:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Passage-Panoptikum.
Geöffnet
9 Uhr früh bis
10 Uhr abends.
Miss Leah May,
das grösste Weib
des Jahrhunderts
La belle Irène,
die schönste
Tätowierte.
Theatro varié.
Ital. Marionetten-
Theater.
Pallastfahrt
des
Kaiserpaars.

Castan's Panoptikum.
Ital. Sänger- u. Tänzer-Gesellsch.
„Santa Lucia“.
Die berühmten „lebenden Bilder“.
Neu! Dreyfus-Esterhazy.

Feen-Palast-Theater
Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Das neue erstklassige
Specialitäten-Veranst.
Großes Riesens-Programm
25 Nummern! 40 Künstler!
Besonders hervorzuheben:
Die legenden Menschen.
Clown Tolly, Tierfamilie.
Lebende Photographien.
Dazu um 8 1/2 Uhr: Der
größte Schläger der Saison:
Fuhrmann Henschel.
Berliner Volkslied mit Gesang.
Fuhrmann Henschel: Direktor
Wilhelm Fröbel. Vene, seine
Tochter: Helene Vog.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 8 Uhr.
Bilder-Bord. Vorm. v. 11-1 Uhr.
Sonabend, den 15. April:
Benefiz für den Kapellmeister
Alfred Sommerfeldt.

Alcazar-Theater
Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: Richard Winkler.
Sensations-Schlager der Saison:
Endlich allein!
Sensations-Poese von Joh. Ehnert.
Musik von Max Schmidt.
Neu! Neu! Neu!
Mr. James Thomas,
Juggler on the wire.
Vorher neu:
**Eingeschriebene
Liebeserklärung.**
Aufspiel in 1 Akt.
Anfang: Sonntag 8 1/2 Uhr,
Wochentags 7 1/2 Uhr.
Entree nur 30 Pf.

W. Noack's Theater
Brannenstr. 16.
Jeden Sonntag, Dienstag und
Donnerstag:
**Theater-Vorstellung.
Verlorene Ehre.**
Schauspiel
in 3 Aufzügen v. Bohmann-Rügen.
Nach der
Vorstellung: **Langtränenchen.**

Circus Busch
Donnerstag, den 6. April 1899:
Gr. humorist. Vorstellung
zum Benefiz
des beliebten Clowns Bogonowski.
PERSIEN.
Außerdem: Clown Bogonowski.
Zum ersten Male: Zweifampf mit
dem Champion Geyer Gonzalez von
Amerika. Amateur-Restaurant.
(50 Mark Prämie etc.) Vorführten und
Vorreiten der beschriebenen Schaf-
und Freizeitspferde. Die lustigen
Chinesen Gebr. Dousek.
Freitag, den 7. April, abends
7 1/2 Uhr: **Persien.**
Sonabend, den 8. April: Benefiz
für Herrn Burkhardt-Footitt und
Madame Maria Doré.
Am Sonntag, den 9. April 1899,
nachmittags 4 Uhr:
Böhlthätigkeits-Vorstellung
zum Besten der ostafrikanischen
Gesellschaft zur Vinderung der
Hungernot in Deutsch-Ostafrika.
Am 12. April:
Schluss der Saison.

Apollo-Theater.
Das
humoristische Programm
der Saison.
Me. et Mr.
Bianca-Desroches
La Bella
Robert Steidl
Henry Bender
Ada Milani
Carmanellis, Prof. Jmanns.
Nur noch kurze Zeit:
Ein Abenteuer im Harem
Burleske von W. Mannstädt.
Musik von Paul Lincke.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vorverkauf im Theater und
beim „Kunstlerdank“, Unter den
Linden 69.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger
(Wienf.).
Vieiro, Britton,
Siebl, Krone,
Nahl, Schneider
und Schrader.)
Britton als
Panzen-Schulze
der Stolz vom Regiment.
Anfang präc. 8 Uhr.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Numerierter Balkon 75 Pf., Balkon-
Loge 1 Mk., Orchester-Loge 1.50 Mk.
Fremdenloge 2 Mk. Tageskasse 11-1.
Jeden Freitag:
Neues Programm.

Victoria-Brauerei
Lützowstraße 111/112.
Jeden Sonntag, Montag u. Freitag
**Humoristische Soiree der
Norddeutschen Sänger**
(Fuhrmann,
Horst, Walde).
Anfang:
wochentags
präc. 8 Uhr,
sonntags
7 Uhr.
Entree 50 Pf.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48.
Täglich: **Hoffmann's**
Quartett-Humoristen
Großartiges Programm
darunter die vorzügliche
Die letzte Fahrt
und Italiano Berolin.
Die letzte Vorstellung im
Concerthaus vor Abbruch
desselben findet statt am
Sonntag, den 23. April.

Dr. Simmel
Horstplatz.
Haus v. Aschinger
3 Treppen recht.
Specialarzt f. Haut- u. Hornleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Achtung! MAURER. Achtung!
Am Freitag, den 7. April, abends 8 1/2 Uhr, in Cohns Festsälen, Beuthstraße Nr. 20:
Mitglieder-Versammlung
der Zahlstelle Berlin II. des Central-Verbandes deutscher Maurer.
Tages-Ordnung:
1. Berichtserstattung vom Verbandstag. 2. Neuwahl des Aufsichtsr. 3. Gewerkschaftliches. 136/12
Um zahlreichen Besuch bittet
Die örtliche Verwaltung.

Billets zur Urania-Vorstellung
am 9. April, mittags 1 Uhr, sind noch an folgenden Stellen zu
haben: A. Bauschke, Rostockerstraße 47; A. Mesch, Lychnenstraße 3;
A. Schneider, Höchsteinstr. 29, v. 1 Tr.; D. Gerndt, Blumenstr. 26,
3 Tr.; M. Wengels, Fruchtstr. 30; Frau Sprung, Mariannen-
Ufer 7; Frau Jung, Gräfestraße 6, 2. Hof 1 Tr.; Bertha Busz,
Wilhelmstraße 28, Hof im Keller. 1/13

Apollo-Theater
RIXDORF
früher Victoria-Säle, Herrmannstraße 48-50.
Meinen prächtigen Saal, der grösste und schönste in Rixdorf und Umgegend, ca. 2000 Per-
sonen fassend, nebst grossem schattigen Garten, halte ich den Vereinen, Gesellschaften und Gewerk-
schaften zur Abhaltung von Sommerfestlichkeiten, Vergnügungen und Versammlungen
bestens empfohlen. 1420L
Hochachtungsvoll
Philipp Thomas, Gastwirth, Rixdorf.

Achtung! 1. Wahlkreis. Achtung!
Heute, Donnerstag, den 6. April, abends 8 1/2 Uhr, in Cohns
Festsälen, Beuthstraße 19-20 (großer Saal):
Große öffentliche Versammlung
für Männer und Frauen.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Wilhelm
Liebknecht über: Die Angelegenheit des „Griechen-Kongresses“.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 236/3
Um zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand.

Achtung! 2. Wahlkreis. Achtung!
Donnerstag, den 6. April, abends 8 1/2 Uhr, in Kriegers
Festsälen, Wasserthorstraße Nr. 68:
Volks-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Die Neuwahl zum Reichstage. Referent: Reichstags-
Abgeordneter Max Schippel. 2. Diskussion. 211/1
Um zahlreichen Besuch bittet
Das Wahlkomitee.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des 2. Berliner Reichstags-Wahlkreises.
Donnerstag, den 6. April, abends 8 1/2 Uhr,
in Habels Brauerei-Ausschank, Bergmannstraße Nr. 5-7:
Öffentliche Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Warum wurde die Wahl des Abg. Kreiling lostiert? Referent
Reichstags-Abgeordneter Otto Antrick (Mitglied der Wahlprüfungs-
Kommission). 2. Diskussion. 238/7
Um zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand.

Freie Volksbühne.
Sonntag, den 9. April, nachmittags 2 1/2 Uhr:
im Friedrich-Wilhelms-Theater
III. Abteilung (graue Karten):
Der Erbförster.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von
Otto Ludwig.
VI. Abteilung (grüne Karten):
Die Erziehung zur Ehe.
Hierauf: **Liebesträume.**
Achtung! Die Zahlstelle 28 befindet sich von
jetzt ab bei Johann Pfarr, Pustitzstraße 10 (Moabit). — Die
Zahlstelle 12 von Kothe befindet sich jetzt bei Gustav Vogel,
Cigarrengeschäft, Koppenstr. 58.
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Buchbinder-Männerchor Berlin.
Dirigent: Herr M. Bombelke.
Sonntag, den 8. April, in den Andreas-Festsälen,
Andreas-Strasse No. 21:
Feier des

X. Stiftungs-Festes,
bestehend in
Konzert, Quartett- und Chorgesänge, Theater-Anf-
führung, Lebendes Bild (unter gütiger Mitwirkung des Mit-
glieders des Turnvereins „Fichte“). — Konzert der Solisten des Lützen
Konzert-Orchesters. — Einlaß 7 1/2 Uhr. Eintritt 25 Pf. Anfang Punkt 8 1/2 Uhr.
23/20
Das Komitee.

Bauhandwerker-Krankenkasse
für Berlin und Umgegend (G. G. 118).
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß für Rixdorf und Charlottenburg
vom April an in folgenden Lokalen lastiert wird: 33/4
Für Rixdorf: Heißenstraße 77 bei Bracht.
Für Charlottenburg: Waisenstraße 94 bei Beyer.
Der Vorstand. J. K.: H. Metzke.

Möbel auf Theilzahl. Oranienstr. 181.
Konstante H. & M. Lewent. ohne Anzahl.
Mähr's Theater Circus Renz-Riesen-Tunnel.
Oranien-Strasse 24. Direktion: J. M. Hatt.
Täglich:
Mahilde. Großes Konzert
Schauspiel in 4 Aufzügen
von Robert Benedix.
Vorher:
Ein bengalischer Tiger.
Aufspiel in 1 Akt von Erieharve.
Anfang 8 Uhr. Bonds haben Gültigkeit.
Anfang wochentags 7 Uhr, sonntags
6 Uhr.

Orts-Krankenkasse
des Zimmerergewerbes
zu Berlin.
Sonntag, 16. April, vorm. 10 Uhr,
bei Buse, Grenadierstr. 33:
**Ordentliche Frühjahr-
General-Versammlung.**
Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung der Jahresrechnung
pro 1898. 2. Bericht des Prüfungsausschusses
und des Ausschusses über die Abnahme der Jahres-
rechnung. 3. Verschiedenes. 246/8
Der Vorstand.
J. Krause, E. Petermann,
Vorländer, Schriftführer.

Spar- u. Bauverein
eingetragene Genossenschaft mit be-
schänkter Haftpflicht.
Die Mitglieder unserer Genossen-
schaft werden hiermit zu der am
Sonntag, den 16. April 1899,
vormittags 9 1/2 Uhr, im großen Saale
des Berliner Handwerker-Vereins,
Cappelenstr. 15, stattfindenden
heutigen ordentlichen General-
Versammlung eingeladen.
Tages-Ordnung:
1. Vorlage des Geschäftsberichts,
sowie der Bilanz, nebst Gewinn- und
Verlust-Berechnung für das Jahr 1898.
2. Bericht der Revisionskommission.
3. Beschlußfassung über die Ge-
nehmigung der Bilanz und über die
Verteilung des Gewinnes. 4. Er-
gänzungs- und Neuwahlen zum
Ausschuss. 5. Beschlußfassung über
den Gesamtbetrag, welchen Anleihen
der Genossenschaft und Sparanlagen
bei derselben nicht überschreiten
sollen. 6. Beschlußfassung über die
Ausgliederung von sämmtlichen Genossen.
Die Bilanz, sowie die Gewinn-
und Verlust-Berechnung für das
Jahr 1898 sind in der Geschäfts-
stelle, Sickingenstr. 7, einzusehen.
Der Vorstand.
L. Schmidt, Ernst Roscher.

**Großer
Möbelverkauf**
Oranienstraße 73, an der Kom-
mandantenstraße (früher Schützenstr. 2),
in meinem vier Etagen hohen Fabrik-
gebäude, großes Möbel-Specialgeschäft
für kleine und mittlere Wohnungs-
einrichtungen. Brautleute, welche eine
dauerhafte und billige Einrichtung
kaufen wollen, bitte ich, ohne jeden
Zwang mein fotofestes Lager vor
Eintritt zu besichtigen. Verlangen Sie
mein Musterbuch gratis und franco.
Durch größere Masseneinkäufe und
Erspahrung der theuren Löhne
bin ich in der Lage, hübsche und
geschmackvolle Wohnungseinrichtungen
schon für 100, 200, 300-400 Mark,
hochselegante von 600-5000 Mark zu
liefern. Fertige Musterzimmer zur
Anschauung. Wohnungseinrichtungen auf
Zahlung unter den günstigsten
Bedingungen. Beamten ohne An-
zahlung. Eigene Tapezier- und De-
korationswerkstatt. Brautleute erhalten
hübsches Luxus-Möbelstück als Zugabe.
Kleiderkabinett 18, Wäschezimmer, Küchen-
schrank 18, Kommode 15, Spiegel 7,
Wäscheleiderband 25, Sopha 25,
Bettstelle mit Matrize 18 Mr., Kuch-
baum u. Mahagoni furnirte Kleider-
schrank, Berlinow 32 Mr., Wäsche-
besten mit Sprungfederboden 40,
elegante Säulentraverse 45 Mr.,
Salongarnitur 60, 75 und 105 Mr.,
Pancellophos 45, reichgeschmückte
Herrenkleider 45, reichgeschmückte
Büffel 100 Mr. Zu ganz billigen
Preisen werden die großen Vorzüge
verliehen gewissermaßen, zum Teil sehr
wenig bezugter Möbel verkauft, dar-
unter ganze Speisezimmer, Salons
und Schlafzimmer. Täglich Eingang
gebrauchter, einleuchtender, feiner Möbel.
Günstige Möbel werden 3 Monate
langfristig aufbewahrt, durch eigene
Werkstätte in die Wohnung gebracht
und aufgestellt, auch außerhalb.

Wer keinen Stoff hat
zum Anzug, betriebe
oder über Sohle, kann bei
mir billiger, wie beim
Zuchfabrikanten, da ich große
partielle Waren verfolge,
billigere Stoff zum Herren-
Anzug 9 Mark, neue
Wäcker, ff. Toga-Kommoden,
wie glänzend werden, in
Kosen-Kette, feinste Wäcker,
zu 4-6 Mark. Reste in
Kleider, Gleichzeitige
Bestelle gutachten, zwei
Kleider, nur unter Garantie
für guten Stoff.
Ludwig Engel, Herren-
Kleider, Münzstr. 26 part.
1241L
Vormittags: Amt III Nr. 1815.
sein Anzug. Man verlange
freie Bekleidung des
Kongers.

Schlaf-Sopha
mit Anzug 32 Mark, Divan mit
Sattelkissen u. Wäscheaufsatz 68 Mr.
(Konfurrenz ansonst selbe m. 85 Mr.)
Kuhbett 28 Mr. Garnitur ge-
webtes Muster u. Seidenstoff-
aufsatz 120 Mr. Gebrauchtes Sopha,
neu bezogen 18 Mr. 5jähr. Garantie.
Polstermöbel-Fabrik
Müllerstr. 3a (am Weddingplatz)
bei Fabrikgebäude part. 1182L